

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsidentin Regina van Dinter:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie zu unserer heutigen, 66. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein und kommen zu:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4600

In Verbindung mit:

**Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011**

Drucksache 14/4601

Und:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4602

erste Lesung

Zur **Einbringung** der Gesetzentwürfe erteile ich zunächst Herrn Finanzminister Dr. Linssen das Wort.

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wer Schulden hat, der ist nicht frei.“ Dieser Satz stammt vom vormaligen schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson. Mitte der 90er-Jahre hat er damit die Notwendigkeit einer strikten Haushaltskonsolidierung auf den Punkt gebracht. Anhand

dieser griffigen Formel wird klar, weshalb wir vom Schuldenstaat wegkommen müssen.

Besonders bemerkenswert finde ich an der klaren Botschaft Perssons allerdings, dass sie von einem eingefleischten Sozialdemokraten und Premierminister stammt, der das Land regiert hat, das in Europa als Sozial- und Wohlfahrtsstaat par excellence gilt.

Während sich aber die Schweden aus eigener Kraft fleißig und erfolgreich darum bemüht haben, von den Fesseln der Verschuldung freizukommen und den Staatshaushalt zu konsolidieren, stieg die Verschuldung unseres Landes gerade in diesem Zeitraum dramatisch an.

Die summierte Nettoneuverschuldung der Jahre 1995 bis 2005 beläuft sich auf 49,6 Milliarden €. Beim Regierungswechsel vor zwei Jahren haben wir einen Gesamtschuldenberg von 112 Milliarden € übernommen. Über 44 % des Schuldenbergs haben damit Sie, meine Damen und Herren von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zu verantworten. Sie stammen aus den letzten zehn Jahren Ihrer Amtszeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Schweden haben in den 90er-Jahren die Zeichen der Zeit erkannt. Sie haben zur rechten Zeit festgestellt, dass die über viele Jahre in den meisten Ländern Europas praktizierte Haushalts- und Finanzpolitik nicht halten konnte, was sie versprochen hat, nämlich Stabilität und Wachstum zu fördern. Göran Persson hat durch seine Entschlossenheit eindrucksvoll auch den früheren Ministerpräsidenten unseres Landes widerlegt und gezeigt: Wer will, der kann!

(Michael Groschek [SPD]: Das gilt auch für die Bildungspolitik!)

Während in der jungen Bundesrepublik der 50er- und 60er-Jahre die Politik der Verschuldung noch keine Rolle gespielt hat, ist die öffentliche Hand in den 70er-Jahren massiv in die Schuldenpolitik eingestiegen. Der Staat hat auf Pump konsumiert. Er war getrieben vom Glauben an die stabilisierende Wirkung des Schuldenmachens in Zeiten des Abschwungs. Einen Privatmann, der in schlechten Zeiten kreditfinanziert einen Ferrari kauft und glaubt, dass sich dadurch seine Situation verbessert, hielte jeder zu Recht für unseriös. Der Staat aber hat sich über viele Jahre hinweg genau so verhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Als falsch verstandene Grundlage der Schuldenpolitik diene das keynesianische Konzept einer

nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Der Konzeption des britischen Ökonomen Keynes liegt eine einfache Idee zugrunde: Der Staat müsse in Zeiten unbefriedigender gesamtwirtschaftlicher Entwicklung mit kreditfinanzierten Ausgaben gegensteuern, um Stabilität und Wachstum zu fördern. Spiegelbildlich sei es dann – nach Keynes – in konjunkturell guten Zeiten notwendig, die Staatsausgaben wieder zu begrenzen.

Heute wissen wir: Dieses Konzept ist zumindest in der Umsetzung gescheitert – und das aus mehreren Gründen.

Zum einen: Die Regierenden haben zwar in Abschwungphasen fleißig die Ausgaben erhöht – ganz im Sinne einer expansiven Fiskalpolitik. Den notwendigen zweiten Schritt ist die Politik aber nicht gegangen: in guten Zeiten mit der Schuldenmacherei aufzuhören und die notwendige Konsolidierung einzuleiten. Beides hat die öffentliche Hand unterlassen.

Zum anderen: Das Konzept hat völlig ausgeblendet, dass die Wirtschaftsakteure ihrem Handeln rationale Erwartungen zugrunde legen. Weil die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, passen Unternehmen und Bürger ihr Ausgabeverhalten an: Investitionen und Konsumausgaben werden zurückgehalten. Die erwarteten positiven Effekte der Staatsverschuldung für Wirtschaft und Beschäftigung bleiben aus.

Meine Damen und Herren, eine Haushalts- und Finanzpolitik, die auf Keynes' Überlegungen beruht, hat sich damit als Irrweg erwiesen. Sie ist auch aus folgenden Gründen falsch:

Erstens. Staatsverschuldung entwickelt aufgrund von Zins- und Zinseszinsseffekten eine sich selbst verstärkende Eigendynamik: Die Verschuldungsspirale dreht sich immer schneller, und die Dynamik ist kaum noch zu durchbrechen.

Zweitens. Staatsverschuldung wälzt in erheblichem Umfang Lasten auf zukünftige Generationen ab. Die Handlungsspielräume der öffentlichen Haushalte werden kleiner. Für die Bewältigung von Gegenwartsaufgaben bleibt immer weniger Geld übrig.

Hätten wir zum Beispiel einen Verschuldensstand wie Bayern, nämlich 23 Milliarden €, dann müssten wir nur 1,1 Milliarden € für Zinsen einsetzen statt der derzeitigen 4,8 Milliarden €.

Der Vergleich mit Bayern beweist: Haushaltskonsolidierung ist eine Anstrengung, die sich lohnt. Sie trägt Früchte in Form einer Konsolidierungsdividende, die sich in niedrigeren Zinsausgaben und größeren Haushaltsspielräumen niederschlägt.

Die letzten Jahrzehnte, gerade hier in Nordrhein-Westfalen, waren von einer anderen Philosophie geprägt. Doch die Erfahrung anderer Länder zeigt: Die alten Instrumente haben ausgedient. Wer Schulden hat, der ist nicht frei.

Meine Damen und Herren, eine ganze Reihe von Ländern haben sich bereits Mitte der 90er-Jahre von der Haushalts- und Finanzpolitik à la Keynes abgewandt. Neben Schweden sind es Reformländer wie Belgien, die Niederlande, Spanien, Finnland oder Österreich.

Sie alle haben frühzeitig erkannt, dass die überkommene Politik der Staatsverschuldung in eine Sackgasse und Schuldenspirale führt, dass von ihr negative Wirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung ausgehen. Mutig haben diese Länder auf einen Politikwechsel gesetzt und sich für einen Weg der Konsolidierung und Stabilität entschieden. Der Erfolg gibt ihnen recht.

Schweden hat die Konsolidierung insbesondere auf der Ausgabenseite bestritten. Dies belegen Untersuchungen der OECD. Sie zeigen, dass die Einnahmequote während der Konsolidierungsperiode stabil geblieben ist, die Ausgabenquote aber um mehr als 10 % geschrumpft ist.

Die Reduzierung der staatlichen Konsumausgaben, das Streichen von Subventionen, die Absenkung der Sozialausgaben, eine umfassende Reform im Bildungsbereich – mit diesen Maßnahmen hat die schwedische Regierung, eine sozialdemokratische Regierung, ein umfassendes Sanierungsprogramm erfolgreich umgesetzt. Hinzu kommt eine zurückhaltende Lohnpolitik der Tarifvertragsparteien, die den Sanierungsprozess so unterstützt haben. Bei alledem hat sich das Bild des schwedischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates nicht wesentlich verändert. Die soziale Balance im Land ist erhalten geblieben.

Der Blick zu unseren Nachbarn in Europa zeigt mir zweierlei:

Erstens. Konsolidierung ist machbar. Sie muss entschlossen und auf der Grundlage einer Gesamtstrategie mit differenzierten Maßnahmen durchgeführt werden.

Zweitens. Ohne Einsparungen lassen sich nachhaltige Konsolidierungsziele nicht verwirklichen. Sicherlich sind Kürzungen und Einsparungen im Einzelnen durchaus schmerzhaft. Doch Studien, wie von der EZB im April 2006 vorgestellt, zeigen deutlich, dass Länder mit einer reformierten und restriktiven Ausgabenpolitik eine wesentlich bessere Entwicklung aufweisen als Länder ohne Ausgabenreformen. Dies belegen fiskalische und

wirtschaftliche Indikatoren. Wenn deshalb auch der Weg einer Ausgabenkonsolidierung beschritten wird, sind positive Auswirkungen und Impulse für Staat und Wirtschaft insgesamt unbestreitbar.

Die Praxis in den Reformländern widerlegt damit eindrucksvoll die alte Behauptung, dass man mit mehr schuldenfinanzierten Staatsausgaben die Konjunktur am besten in Gang bringen kann. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass im Rahmen der Föderalismusreform II eine strenge Verschuldungsgrenze in die Verfassung aufgenommen wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine solche Selbstbindung ist wichtig. Sie garantiert zukünftig solide Staatsfinanzen.

Mindestens seit Ende der 90er-Jahre war auch für unseren Landeshaushalt die Sanierungsnotwendigkeit offensichtlich. Allerspätestens im Jahr 2001, als die Kreditverfassungsgrenze im Vollzug nicht eingehalten wurde, wäre es höchste Zeit zum Umsteuern gewesen. Aber Haushaltskonsolidierung bedarf nicht nur der Erkenntnis, dass eine Sanierung der Staatsfinanzen nötig ist. Der Erkenntnis muss eine schlüssige Gesamtstrategie folgen, ein verbindliches Ziel, auf das hingearbeitet werden soll. Vor allem aber braucht es Mut und den Willen, die Konsolidierungsstrategie umzusetzen und den Weg der Haushaltssanierung durchzuhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Landesregierung hat beides: den Mut und den Willen. Nach dem Regierungswechsel haben wir einen Kassensturz gemacht und als erste Sofortmaßnahme eine Haushaltssperre verhängt. Mit dem Haushalt 2006 und der zugleich vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung haben wir dann einen strikten Sanierungsplan für unser Land aufgestellt. Seine Ziele und Etappen waren und sind: erstens Einhaltung der Kreditverfassungsgrenze, zweitens Nettoneuverschuldung null, drittens Abbau der Altschulden.

Die Landesregierung hat ihre Haushalts- und Finanzpolitik damit nach anderen Grundsätzen ausgerichtet als ihre Vorgänger. Es ist eine Politik mit Weitblick, eine Politik, die Risiken frühzeitig erkennt und vor allem rechtzeitig einkalkuliert. Ihr grundlegendes Wesensmerkmal ist, dass die Ausgaben mittelfristig in voller Höhe durch regelmäßig fließende Einnahmen gegenfinanziert werden. Für eine expansive Schuldenpolitik ist dabei kein Platz.

(Beifall von CDU und FDP)

Auf dem Weg zu einer tragfähigen Finanzpolitik, den wir seit 2006 beschreiten, haben wir bereits beachtliche Erfolge erzielt. Ich will nicht verschweigen, dass dafür nicht allein die Sporbemühungen verantwortlich sind. Parallel dazu haben sich die Steuereinnahmen erfreulich gut entwickelt. Diese Einnahmen unterstützen den Sanierungskurs zusätzlich. Da ist das Glück mit den Tüchtigen – so sagt jedenfalls das Sprichwort.

Wir haben bereits mit dem Haushalt 2006 die Nettoneuverschuldung auf 3,2 Milliarden € gesenkt. Im Vergleich zu den Jahren 2003 bis 2005 haben wir die Nettoneuverschuldung mehr als halbiert. Damit hat die Landesregierung im ersten Jahr ihrer vollen Regierungsverantwortung einen sogenannten Primärüberschuss von rund 1,4 Milliarden € erwirtschaftet.

Das heißt: Es ist bereits 2006 wieder gelungen, die laufenden Ausgaben – die Zinsausgaben herausgerechnet – aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren. Ohne die Altlasten von SPD und Rot-Grün hätten wir damit schon im Jahr 2006 einen Überschuss aufweisen können. Nur die von unseren Vorgängern hinterlassenen Schulden zwingen und zwingen uns leider immer noch, den Kreditmarkt in Anspruch zu nehmen.

Das erste Etappenziel unseres Sanierungsplans für Nordrhein-Westfalen haben wir dann mit dem Haushalt 2007 erreicht.

(Beifall von der CDU)

Die Kreditverfassungsgrenze wird wieder eingehalten. Das ist kein Grund, sich zurückzulehnen. Wir haben den nächsten Schritt fest ins Auge gefasst, nämlich die Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf null. Dazu müssen wir jetzt Kurs halten. Wir dürfen uns nicht durch die positive Entwicklung bei den Einnahmen beirren lassen.

Steigende Steuereinnahmen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind erfreulich und hilfreich. Wir hoffen, dass die Konjunktur noch lange so gut läuft. Das ändert aber nichts an der Notwendigkeit zur weiteren Konsolidierung. Denn auch für 2008 müssen wir noch Schulden aufnehmen. Die Nettoneuverschuldung ist mit knapp 2 Milliarden € veranschlagt. Das ist immerhin der niedrigste Stand seit 1977, aber es ist eben noch nicht null. Deshalb müssen die Spenderhosen weiterhin im Schrank bleiben, und zwar in der allerletzten Ecke.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir dürfen uns auch nicht alleine auf die derzeit scheinende Konjunktursonne verlassen. Es gibt

immer noch genügend strukturelle Haushaltsrisiken.

Dazu zählen zum einen die wachsenden Versorgungsausgaben. Sie sind eine Hypothek, die wir berücksichtigen müssen. In diesem Jahr 2007 beläuft sich die Zahl der versorgungsberechtigten Personen auf 153.000. Hierfür sind rund 4,5 Milliarden € an Versorgungsausgaben pro Jahr zu leisten. Für 2030 rechnen wir demgegenüber mit rund 240.000 Versorgungsempfängern. Die dafür prognostizierten Versorgungsausgaben liegen bei 7,1 Milliarden €, wobei ein Anstieg der Versorgungsbezüge aufgrund von Besoldungserhöhungen noch nicht einmal berücksichtigt ist.

Zum anderen bringt der aufgelaufene Schuldenberg ein erhebliches Zinsrisiko mit sich. Wir werden nicht darauf vertrauen, dass die Zinsen dauerhaft niedrig bleiben. Eine Zinserhöhung um durchschnittlich einen Prozentpunkt erhöht für den gesamten Schuldenbestand die Zinsausgaben um mehr als 1 Milliarde €. Auch für Zinssteigerungen müssen wir daher gewappnet sein.

Für eine dauerhaft tragfähige Haushalts- und Finanzpolitik müssen wir die eingeleitete Konsolidierung fortführen, und zwar quantitativ, aber vor allem auch qualitativ. Was heißt das? – Das heißt, unsere Ausgabenpolitik muss verstärkt qualitative Grundsätze einbeziehen. Selbstverständlich muss der Staat wie gewohnt seine Aufgaben weiterhin erfüllen. Es muss aber noch stärker auf den effizienten Mitteleinsatz geachtet werden. Das schließt Planbarkeit und eine mittelfristige Orientierung ein.

Darüber hinaus müssen wir alle bestehenden Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Wir müssen prüfen, ob die Ausgaben effizient eingesetzt und die damit verfolgten Ziele überhaupt noch aktuell sind. Wir setzen dabei auf neue Instrumente der Haushaltssteuerung:

Das Landesamt für Personaleinsatzmanagement hat gerade im Juli seine Arbeit aufgenommen. Wir wollen damit kw-Stellen – sogenannte künftig wegfallende Stellen – schneller abbauen. Die Interessenabfrage zur Inanspruchnahme der Anreizsysteme ist bei den Beschäftigten auf große Resonanz gestoßen. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die im Haushalt 2008 bislang eingeplante Senkung der Stellenzahl berücksichtigt dies noch nicht. Das werden wir im Rahmen der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2008 umsetzen.

Unser Projektbüro Haushaltskonsolidierung hat in einer ersten Welle in Zusammenarbeit mit allen Ressorts der Landesregierung 46 strukturverän-

dernde Projekte identifiziert. Im Rahmen der Gesamtsteuerung durch das Projektbüro sollen gerade die Ziele einer qualitativen Konsolidierung damit unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, durch die umfassende Verwaltungsmodernisierung, die wir seit 2005 auf den Weg gebracht haben, straffen wir Strukturen, bauen Doppelzuständigkeiten ab und machen Verwaltungsabläufe noch moderner und effizienter.

Alle diese Maßnahmen gehören zur Gesamtstrategie unserer Haushaltskonsolidierung. Sie werden dazu beitragen, die Nettoneuverschuldung auf Null zu reduzieren. Dieses Ziel haben wir fest ins Auge gefasst, auch wenn in der mittelfristigen Finanzplanung für 2011 immer noch eine Neuverschuldung von 800 Millionen € ausgewiesen ist. Dass dem so ist, liegt nicht am mangelnden Konsolidierungswillen der Landesregierung, sondern am desaströsen Zustand der Landesfinanzen, den wir 2005 vorgefunden haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Es kommt hinzu:

Erstens gibt es kurzfristig nicht veränderbare Ausgaben wie zum Beispiel die Subventionierung des Steinkohlebergbaus. Bis 2019 werden wir für den sozialverträglichen Ausstieg über 3,9 Milliarden € aufwenden müssen, und das, obwohl durch den Ausstieg selbst und unsere Verhandlungserfolge in Berlin wichtige Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes getroffen worden sind. Sie entlasten den Landeshaushalt mittel- und langfristig erheblich.

Zweitens investieren wir zur Modernisierung unseres Landes verstärkt in zukunftssträchtige Aufgabenschwerpunkte. Das macht unser Land wettbewerbsfähiger. Diese Aufgabe ist von der Vorgängerregierung viel zu lange verschlafen worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Konsolidierung ist machbar. Die ersten Erfolge sind erkennbar, und sie können sich sehen lassen.

Lassen Sie mich nach den Ausführungen zu den Grundsätzen unserer Haushalts- und Finanzpolitik nun zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 im Einzelnen Folgendes bemerken:

Der Landeshaushalt für das kommende Jahr sieht Gesamtausgaben in Höhe von 50,8 Milliarden € vor. Gegenüber 2007 steigen die Ausgaben um 1,5 %. Zur Finanzierung des Haushalts ist eine

Nettoneuverschuldung von 1,99 Milliarden € vorgesehen. Gegenüber dem Vorjahr reduziert sich die Nettoverschuldung um 15 %.

Die Steuereinnahmen sind in 2008 mit 41,1 Milliarden € eingeplant. Hierbei sind die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform in Höhe von rund 800 Millionen € bereits berücksichtigt. Das ist viel, aber es ist gut angelegtes Geld, weil es eine Investition in den Wirtschaftsstandort Deutschland ist. Die übrigen Einnahmen, meine Damen und Herren, belaufen sich auf 7,5 Milliarden €.

Für Investitionen sind im Haushalt 4,7 Milliarden € veranschlagt. Zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um 3,2 %. Die Investitionsquote beträgt damit 9,2 %. Das ist immer noch viel zu wenig; ich glaube, das wissen wir alle.

Für Zinsen werden wir im Jahr 2008 voraussichtlich 4,8 Milliarden € bezahlen müssen. Die Zinslastquote beträgt 9,5 % und die Zinssteuerquote 11,8 %.

Für Personalausgaben, meine Damen und Herren, sind 19,3 Milliarden € etatisiert – ohne Hochschulen und Kliniken. Die Personalkosten verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %. Die Personalausgabenquote liegt somit bei 38,1 %. Sie wissen, dass das immer ein wichtiges Indiz ist, weil ich bei früheren Finanzministern gelernt habe, dass man die 40 % nie überschreiten darf – obwohl das natürlich früher in den Zeiten Ihrer Regierung permanent passiert ist. Die Personalsteuerquote liegt bei 47 %. Bei beiden Quoten erreichen wir damit den niedrigsten Wert seit zehn Jahren.

(Beifall von CDU und FDP)

Zur Kommunalfinanzierung wird mein Kollege, Herr Innenminister Dr. Wolf, später im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes weitere Ausführungen machen. Daher belasse ich es an dieser Stelle nur bei einigen Haushaltszahlen:

Die an die Kommunen verteilbare Finanzausgleichsmasse wird für 2008 mit 7,3 Milliarden € angesetzt. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 9,7 %. Insgesamt werden den Kommunen aus dem Landeshaushalt rund 13,7 Milliarden € zur Verfügung gestellt. Das entspricht einem Anteil am Landeshaushalt von immerhin fast 27 %.

Sicherlich muss man zur Beurteilung der Finanzsituation der Kommunen die Entwicklung der anderen kommunalen Finanzierungsquellen mit betrachten. So wie das Land profitieren auch die Kommunen von der positiven Steuerentwicklung. Landesweit hat sich das Gewerbesteueraufkom-

men erfreulich entwickelt. So beläuft sich das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer im ersten Halbjahr 2007 brutto auf 4,9 Milliarden €. Das ist gegenüber 4,6 Milliarden € im ersten Halbjahr des Vorjahres eine Steigerung von über 8 %. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 2007 rechnen wir mit 5,8 Milliarden €. Das sind rund 600 Millionen € mehr als 2006.

Wie in den Vorjahren, meine Damen und Herren, konzentrieren wir uns auch im nächsten Jahr auf die Finanzierung von Zukunftsaufgaben. Kinder, Jugend, Familie und Bildung spielen für die Zukunft unserer Gesellschaft und damit für das künftige Wohl unseres Landes eine entscheidende Rolle. Am 1. August 2008 tritt das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern – das KiBiz – in Kraft. Mit ihm wird die Finanzierung von Tageseinrichtungen, der Tagespflege, der Sprachförderung und der Familienzentren neu ausgerichtet.

Insgesamt stehen im Jahr 2008 für frühkindliche Bildung 969 Millionen € zur Verfügung.

(Beifall von CDU und FDP)

Allein aus dem Vergleich der Haushaltszahlen ergibt sich schon ein Plus von mehr als 10 % gegenüber 2007. Zu berücksichtigen ist aber, dass es zudem strukturelle Veränderungen durch das KiBiz gibt. Es kommt zu einem Wechsel der Förderstruktur und zur Umwandlung bisher freiwilliger Landesförderungen, nämlich Sprachunterricht und Familienzentren, in gesetzliche Leistungsansprüche. Bezieht man diese Veränderungen in die Berechnung ein, so zeigt sich, dass die Steigerung in einem Jahr im Bereich von 150 Millionen € liegt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Für den Aktionsplan „Frühe Förderung von Kindern“ sind weitere 13,4 Millionen € vorgesehen. Damit werden besondere Maßnahmen bis zum Inkrafttreten von KiBiz finanziert.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Kinder- und Jugendförderplan wird um 100.000 € auf 75,2 Millionen € aufgestockt. Für die Förderung der Familienhilfe stehen in 2008 rund 22 Millionen € und für die Einrichtungen der Familienbildung 14,8 Millionen € zur Verfügung. Das Sonderprogramm „Jugend und soziale Brennpunkte“ wird wie im Jahr 2007 mit 4,5 Millionen € fortgeführt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat bislang mehr als 3.000 zusätzliche Stellen ge-

gen Unterrichtsausfall eingerichtet. Mit dem Haushalt 2008 wird diese Zahl um 500 ansteigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Zahl der Lehrerstellen für die offene Ganztagschule wird zum 1. August 2008 um 190 und dann 1.551 erhöht. Mehr Lehrerinnen und Lehrer können sich damit aktiv in die Nachmittagsangebote einbringen. Die enge Zusammenarbeit von Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Kultur, Sport und anderen Partnern wird dadurch weiter gestärkt.

(Beifall von der CDU)

Die offene Ganztagschule im Primarbereich wird weiter ausgebaut. Für das Schuljahr 2007/2008 wurden 48.800 neue zusätzliche Plätze genehmigt. Die Mittel werden für das Schuljahr 2008/2009 um 47,8 Millionen € erhöht. Damit stehen insgesamt 187,7 Millionen € zur Verfügung.

Schließlich läuft der angekündigte Ausbau auf 50.000 Plätze an Ganztags Hauptschulen. Darüber hinaus werden 116 neue Ganztags Hauptschulen genehmigt und 100 Stellen eingerichtet, sodass im Endausbau sogar 86.000 Plätze bereitstehen werden. Sie wissen, meine Damen und Herren, alle 250 Hauptschulen, die den Ganztags beantragt haben, werden mit dem Schuljahr 2008/2009 voll in diese Form überführt.

(Beifall von CDU und FDP)

Nordrhein-Westfalen profitiert von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Sie ist die Basis für solide Steuereinnahmen. Zur Kofinanzierung von wirtschaftsfördernden Projekten aus dem laufenden Ziel-2-Programm 2007 bis 2013 stehen 41,7 Millionen € bereit. Das sind 22,2 Millionen € mehr als in 2007. Die Projektauswahl erfolgt aber zukünftig im Wettbewerbsverfahren, um die Ziele des Programms effizienter zu erreichen.

Das Land Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, unterstützt die NRW.BANK, also unsere Förderbank, auch zukünftig bei der Entwicklung neuer kapitalmarktgestützter Finanzierungshilfen für den Mittelstand. Für Garantien, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen steht im Haushalt wie in den Vorjahren ein Deckungsrahmen von 200 Millionen € zur Verfügung. Zudem wird das Finanzministerium ermächtigt, Haftungsfreistellung bis zu 200 Millionen € zu übernehmen.

Nordrhein-Westfalen setzt auch im Jahr 2008 auf Wissenschaft und Innovation. Hier liegt ein weiterer Schwerpunkt des Regierungshandelns. Die Landesregierung stellt die weitere Umsetzung der Exzellenzinitiative mit 20 Millionen € sicher. Für den Hochschulpakt 2020 werden 45,1 Millionen €

bereitgestellt. Für die Beschaffung eines Höchstleistungsrechners im Forschungszentrum Jülich sind Verpflichtungsermächtigungen von 44 Millionen € vorgesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Aufstellung kann nur ein kleiner Ausschnitt des gesamten Wirkens der Landesregierung sein. Wir setzen klare Schwerpunkte und verfolgen damit einen klaren politischen Kurs. Die Landesregierung hat bisher ein hohes Reformtempo an den Tag gelegt. Durch das umfangreiche Paket von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung kommt es zu erheblichen Veränderungen, unter anderem in der Behördenstruktur. Das Parlament ist über die Fachausschüsse frühzeitig eingebunden.

Die Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung muss sich natürlich auch im Haushalt widerspiegeln. Aufgrund der notwendigen Beratungen auf der Fachebene findet sich das noch nicht in Gänze in dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf wieder. Stichworte hierfür sind die Auflösung des Landesvermessungsamtes, die Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts, die Auswirkungen der Konzentration im Bereich des Widerspruchsverfahrens oder der Reform der Versorgungsverwaltung.

Zu den Auswirkungen auf den Haushalt wird die Landesregierung dem Parlament eine Ergänzungsvorlage vorlegen, sobald die fachlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Auch der Innovationsfonds, meine Damen und Herren, wird im Rahmen der Ergänzungsvorlage eingebracht. Es ist vereinbart, dass hierfür ein dreistelliger Millionenbetrag zur Verfügung stehen wird. Dies ist im Übrigen unabhängig vom weiteren Fortgang der Diskussion um die Beteiligung des Landes, über die man derzeit allenthalben in der Presse lesen kann.

Meine Damen und Herren, unsere Haushaltspolitik ist von dem Ziel geleitet, dass die Einnahmen die Ausgaben bestimmen. Getreu dem Grundsatz eines vorsichtigen Kaufmanns sind Einnahmen und Ausgaben dabei realistisch veranschlagt. Von diesem Grundsatz haben wir uns auch bei der Aufstellung der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011 leiten lassen.

Wir erwarten für das kommende Jahr Steuereinnahmen in Höhe von etwas 41 Milliarden €, für das Jahr 2011 etwa 46 Milliarden €.

Diese Ansätze orientieren sich an den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2007. Hieran halten wir fest.

Seit der Steuerschätzung gab es eine Reihe positiver Konjunkturdaten. Der Bundesfinanzminister nimmt dies zum Anlass, seine Einnahmeerwartungen heraufzusetzen und die Steuerschätzung vom Mai quasi in den Wind zu schreiben. Einen solchen Umgang mit Haushaltszahlen praktizieren wir nicht, weil in der Vergangenheit viel zu oft die optimistischen Einnahmeerwartungen von der Realität überholt wurden – um den Preis einer immer weiter angestiegenen Verschuldung.

(Beifall von CDU und FDP)

So zeigt sich bereits heute für die Entwicklung der Steuereinnahmen in diesem Jahr, dass die Mehreinnahmen der ersten sieben Monate nicht einfach fortgeschrieben werden können. Änderungen der statistischen Basis zum Beispiel bei der Lohnsteuererlegung und die zu erwartenden Körperschaftsteuererstattungen bedeuten eine Belastung von bis zu 1 Milliarde €.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Hört, hört!)

In der mittelfristigen Finanzplanung halten wir deshalb den Rahmen der vom Arbeitskreis Steuerschätzung erarbeiteten Prognose ein. Sollten wir darüber hinaus Mehreinnahmen erzielen, werden wir diese zur weiteren Rückführung der Neuverschuldung verwenden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Ausgaben des Landes, meine Damen und Herren, steigen zwischen 2008 und 2011 um insgesamt 3,7 Milliarden €. Die Entwicklung bei Personalausgaben, Zinsausgaben und kommunalem Steuerverbund erklären bereits 3,5 Milliarden € der Gesamtausgabensteigerung, also 94,6 % – allein diese drei Positionen.

Der Ausgabenanstieg bei den Personalausgaben ist nicht zuletzt auch der geplanten Besoldungserhöhung ab dem 1. Juli 2008 für unsere Beamtinnen und Beamten geschuldet. Sie haben in den letzten Jahren in erheblichem Maße Konsolidierungslasten getragen. Eine weitere Abkopplung von der Lohn- und Gehaltsentwicklung in unserem Land ist nicht verantwortbar und kommt deshalb für die Landesregierung auch nicht infrage.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Konsolidierungskurs dieser Landesregierung trägt erste Früchte. Dies erlaubt uns, wichtige Zukunftsaufgaben aufzugreifen, die unter Rot-Grün vernachlässigt wurden.

(Beifall von der CDU)

Im Finanzplanungszeitraum steigen die für Kulturförderung bereitgestellten Mittel des Landes von 123 Millionen € im Jahr 2007 auf 167 Millionen € im Jahr 2011.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Leistungen im Bereich der offenen Ganztagschule wachsen von 142 Millionen € auf 236 Millionen €.

(Beifall von CDU und FDP)

im Bereich der Ersatzschulfinanzierung von rund 1,1 Milliarden € auf etwa 1,2 Milliarden €.

(Beifall von CDU und FDP)

im Kindergartenbereich von 875 Millionen € im Jahr 2007 auf über 1 Milliarde € ab 2009.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Verbesserungen können wir vornehmen, ohne den Konsolidierungskurs zu gefährden.

Wir werden die Neuverschuldung bis zum Jahr 2011 schrittweise auf rund 800 Millionen € senken. Unsere nächsten Ziele sind ein Haushalt ohne Nettokreditaufnahme und der Einstieg in den Schuldenabbau. Ich werde mich heute nicht auf das Jahr festlegen, in dem wir den Haushaltsausgleich erreichen. Sie wissen: Prognosen sind immer unsicher, vor allem, wenn sie in die Zukunft gerichtet sind.

(Zuruf von Rainer Bischoff [SPD] – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ankündigungen bringen uns aber nicht weiter. Was alleine zählt, ist der Erfolg für das Land. Hieran werden wir uns messen lassen!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Ach!)

„Wer Schulden hat, der ist nicht frei!“ – Göran Persson hat recht. Die Belastungen der Vergangenheit, für die jährliche Zinsleistungen in Höhe von 4,8 Milliarden € ein sicherer Indikator sind, engen uns ein.

Nichtsdestotrotz hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, die Landesfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Andere Länder haben es uns vorgemacht und gezeigt: Konsolidierung ist machbar. Und sie hat auch noch positive Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung.

(Beifall von CDU und FDP)

Das bestärkt mich, meine Damen und Herren, in meiner Haltung, dass wir mit der Konsolidierung fortfahren müssen. Wenn wir jetzt Kurs halten,

können wir es schaffen, unser Land mit einer dauerhaft tragfähigen Finanzpolitik wieder nach vorne zu bringen: zum Wohl unseres Landes, zum Wohl der hier lebenden Menschen und für kommende Generationen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieses Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir alle in der Landesregierung vor Augen. Daher möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen für ihre tatkräftige Unterstützung dieses Kurses danken. Der Haushalt ist zwar das Zahlenwerk des Finanzministers, aber die dahinter stehende Politik und die grundlegende Philosophie sind das Werk der gesamten Regierung. Ich danke daher meinen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung dieses Haushaltsentwurfs.

Heute ist die Stunde des Parlaments. Ab jetzt liegt das Verfahren in Ihrer Hand. Ich bitte um Unterstützung für den vorgelegten Haushalt 2008. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Finanzminister. – Meine Damen und Herren, ich gebe nun das Wort zur Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2008 an den Herrn Innenminister Dr. Wolf. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Vorlage des GFG 2008 möchte ich drei gute Nachrichten für die Gemeinden an den Anfang stellen:

Erstens. Im Steuerverbund stehen 2008 über 7,3 Milliarden € zur Verfügung. Das sind fast 10 % mehr als im Vorjahr. Außerdem ist das der höchste Betrag seit dem Jahre 2001.

Zweitens. Wir halten unsere Zusage ein, den kommunalen Finanzausgleich einfach, transparent und gerecht zu gestalten. Der Verbundsatz bleibt bei 23 %. Es gibt keine Abrechnungen mehr. Es ist nun endgültig Schluss mit den Unsicherheiten aus den Zeiten von Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens. Die Landesregierung setzt einen besonderen Schwerpunkt in der Bildungspolitik. Die bisherige Schulpauschale wird zur Schul- und Bildungspauschale weiterentwickelt und mit 540 Mil-

lionen € dotiert. Das sind insgesamt 80 Millionen € mehr als im letzten Jahr.

Die Landesregierung hat beim GFG immer zwischen den Haushaltsebenen des Landes und der Kommunen abzuwägen; der Finanzminister hat dazu Ausführungen gemacht.

Wir müssen nach wie vor feststellen, dass sich die finanzielle Situation der Kommunen zwar auf der einen Seite deutlich verbessert hat, aber natürlich immer noch angespannt ist. Immerhin: Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Jahre 2006 um fast 2 Milliarden €, ca. 13 %, gegenüber 2005 erheblich an.

Der Finanzierungssaldo aller kommunalen Haushalte hat sich zwar halbiert, ist aber immer noch negativ. Das heißt: Auch hier gibt es noch einiges zu tun, ähnlich wie bei der Gesamtverschuldung und der Nettoneuverschuldung des Landes. Wir haben noch eine lange Wegstrecke vor uns. Aber wir sehen Licht am Ende des Tunnels – und das ist nicht der entgegenkommende Zug.

Der neue Höchststand der Kassenkredite zum Jahresende 2006 ist ein Zeichen dafür, dass die kommunale Finanzlage immer noch angespannt ist, insbesondere in den 110 Städten und Gemeinden, die sich ohne ein genehmigtes HSK in der vorläufigen Haushaltswirtschaft befinden. Auch hier sind zunehmende Anstrengungen erforderlich.

Die Landesregierung hat im Bewusstsein der nach wie vor schwierigen Finanzlage vieler Kommunen des Landes sorgfältig zwischen den Haushaltsebenen des Landes und der Kommunen abgewogen und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Verbundsatz bei 23 % bleiben kann. Ich glaube, das ist eine sehr gute Botschaft.

Wir wollen die Struktur des GFG 2008 im Wesentlichen an die des GFG 2007 anpassen. Das ist auch bewusst im Hinblick auf das laufende Gutachten zur Modernisierung des kommunalen Finanzausgleichs erfolgt, dessen Ergebnisse im Frühjahr des kommenden Jahres vorliegen sollen.

Fest steht aber schon heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Kommunen im Jahre 2008 erneut von der wichtigsten Strukturveränderung im damaligen GFG 2006 profitieren werden, nämlich der Einführung eines zurückliegenden abgeschlossenen Ableitungsreferenzzeitraums zur Ermittlung der Finanzausgleichsmasse. Am Ende des Gesetzgebungsverfahrens werden die Kommunen auf den Cent genau wissen, mit welchen Zuweisungen sie im nächsten Jahr rechnen können.



dungen im Schulbereich sowie – und das ist neu – kommunale Investitionsmaßnahmen zur frühkindlichen Bildung in allen Gemeinden unterstützt.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Kommunen können die pauschal zugewiesenen Mittel nunmehr sowohl für die bisherigen rein schulischen Zwecke, zum Beispiel für Investitionen in den Ganztagsbetrieb in Schulen, als auch im vorschulischen Bereich, zum Beispiel zur Aufbringung der kommunalen Eigenanteile an Investitionen zur energetischen und baulichen Modernisierung kommunaler Kindertageseinrichtungen, einsetzen. Als Sportpauschale stehen den Kommunen erneut 50 Millionen € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, das GFG 2008 ist transparent und fair abgewogen. Die Finanzausstattung der Kommunen wird sich durch die Zuweisungen des GFG 2008 erheblich verbessern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Innenminister. – Meine Damen und Herren, wir treten in die **Beratung des Haushaltsgesetzes 2008** ein.

Erste Rednerin ist Frau Kraft von der SPD-Fraktion.

(Zuruf von der SPD: Na endlich!)

**Hannelore Kraft (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, in Ihrer ersten Pressekonferenz nach der Sommerpause haben Sie verkündet, Sie seien gut drauf.

(Lachen von der SPD)

Ihren Zweckoptimismus in allen Ehren – er sei Ihnen gegönnt; doch Sie stehen mit dieser Stimmung ziemlich alleine da im Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vielen geht es anders: zuallererst den Eltern und Kindern, den Studentinnen und Studenten, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – insbesondere denen, die letzte Woche vor dem Landtag protestiert haben – und nicht zuletzt auch Ihrer Fraktion, wie zu hören ist. Es konnte kein deutlicheres Signal geben als die Nichtanwesenheit der Hälfte Ihrer Fraktion bei der Einbringungsrede des Finanzministers.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Selbst der Vorsitzende kam zu spät! – Zuruf von der CDU: Wir hat-

ten Sondierungsgespräche! – Weitere Zurufe)

Wir wissen, dass Sie an die Kraft der Psychologie ...

(Unruhe – Glocke)

Wir wissen, dass Sie an die Kraft der Psychologie in der Politik glauben. Sie glauben – so haben Sie es einmal auf einem Landesparteitag vor der Landtagswahl gesagt –, dass Psychologie 50 % des Erfolgs der Politik ausmacht.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Doch hier gilt es, sauber zu trennen, meine Damen und Herren: Psychologie ist wichtig, aber Selbstsuggestion ist gefährlich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es erinnert doch vieles an den Kapitän der Titanic, der trotz der Eisberge, die in Sicht kamen, auch unbelehrbar an seinem Kurs festgehalten hat. Ein Kurs, der auf Konfrontation ausgerichtet ist, führt zum Zusammenstoß. Das ist ein falscher Kurs für Nordrhein-Westfalen, Herr Ministerpräsident!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nur weil Herr Lindner behauptet, dass es nie mehr Chancengerechtigkeit gegeben hätte, geht es in Nordrhein-Westfalen leider nicht gerechter zu. Es reicht auch nicht, zu behaupten, durch das neue Kindergartengesetz würden die Kindergartenbeiträge nicht steigen. Die Realität sieht für viele Eltern und Kommunen anders aus.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Richtig!)

Es reicht nicht, ein Gesetz, das zu Unsicherheit und Fehlsteuerung in den Hochschulen führt, „Hochschulfreiheitsgesetz“ zu nennen,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und ein Gesetz, in dem es interessanterweise an keiner Stelle um Bildung geht, „Kinderbildungsgesetz“ zu nennen. Das reicht nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Man fährt auch nicht gut damit, das „Jahr des Kindes“ auszurufen, dann aber bei den Kindern zu sparen und die Betreuungsqualität herunterzufahren, oder das „Land der Mitbestimmung“ sein zu wollen und dann die Arbeitnehmerrechte zu schleifen.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben zwei Jahre lang an Ihrem sozialen Image gefeilt – offensichtlich zu heftig, denn der Lack ist ab!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie nennen sich so gerne „Koalition der Erneuerung“. Mit diesem Haushalt wird aber noch klarer, dass Sie eine Koalition der Enttäuschung sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Natürlich ist es nicht überraschend, dass ich als Oppositionsführerin ein solches Zeugnis ausstelle. Aber interessant ist, dass ich diese Einschätzung mit vielen anderen teile, die in den letzten beiden Jahren gegen Ihre Politik protestiert haben.

(Zuruf von der CDU)

Es gibt allein schon 200 Interventionen gegen das KiBiz, Hunderte Protestnoten gegen die Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und 65 Ratsresolutionen gegen die Reform der Gemeindeordnung, an denen viele CDU-Ratsfraktionen maßgeblich beteiligt waren. Das ist schon interessant.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Eine solche Haushaltsrede ist immer ein Resümee der letzten Monate. Der Protest äußerte sich auch in vielen Demonstrationen vor dem Landtag: Anfang August protestierten 10.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen den Abbau der Mitbestimmung, im Frühjahr mehr als 10.000 Bergleute gegen Ihre Kohlepolitik, im März 25.000 Menschen gegen die Änderung der Gemeindeordnung, im Mai 2006 4.500 Studentinnen und Studenten gegen Studiengebühren, ganz zu schweigen von den vielen Protesten an den Hochschulen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das war bei Ihnen früher auch so!)

Ende letzten Jahres protestierten 2.000 Polizistinnen und Polizisten gegen die sogenannte Polizeireform und im März 2006 – wir erinnern uns noch gut – mehr als 20.000 Bürgerinnen und Bürger gegen Ihre Kürzungen im sozialen Bereich. Das spricht eine deutliche Sprache, meine Damen und Herren!

(Anhaltender Beifall von der SPD)

Und es kommt noch dicker. Allein für Anfang September sind drei weitere Protestwellen angekündigt, nämlich für den 6. September eine Demonstration für den Erhalt der Versorgungsverwaltung, für denselben Tag ein landesweiter Protesttag der

Kitas und für den 15. September eine Großveranstaltung gegen das KiBiz. Diejenigen, die dort demonstrieren, sind mit uns der Meinung: KiBiz ist Mumpitz.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, die Enttäuschung ist im ganzen Land angekommen. Das hat die letzte WDR-Umfrage gezeigt. Schwarz-Gelb ist jetzt virtuelle Opposition. Da erstirbt Ihnen das Lachen auf den Lippen, Herr Papke. Das kann ich mir vorstellen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben jetzt gerade keine Mehrheit mehr.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Haben Sie nicht verloren? – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Besonders die CDU – die FDP kann damit leben – verliert das Vertrauen der Menschen in diesem Land. Ihr Koalitionspartner – falls Sie es noch nicht gemerkt haben – profiliert sich gerade auf Ihre Kosten. Seit der Landtagswahl hat er 3 % zugelegt und haben Sie 7 % verloren. Auch das spricht eine deutliche Sprache.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dabei ist die Konjunkturlage gut. Wir hoffen alle zusammen – das meine ich durchaus ehrlich –, dass diese Konjunkturlage auch weiter anhält und dass es auch auf dem Arbeitsmarkt weiter vorangeht. Das brauchen wir dringend für Nordrhein-Westfalen.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Aber ich mache mir Sorgen, wir machen uns Sorgen, denn eines ist auch klar erkennbar: Nordrhein-Westfalen fällt im Ländervergleich zurück. Beim Bundesländer-Dynamikranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft belegt NRW nur Platz 13.

(Zuruf)

– Ich habe den Einwand gerade gehört. Das bezieht sich ausschließlich auf Ihre Regierungszeit. Da können Sie einmal nicht mit der Erblast argumentieren.

(Beifall von der SPD)

Das ist Ihre Regierungszeit, die hier analysiert wird.

Das sieht nicht gut aus. Da helfen keine Überschriften und hilft keine Symbolpolitik. Da zählen Daten und Fakten.

Interessanterweise ist dieses Gutachten ja auch Grundlage zur Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes, Herr Ministerpräsident. Das sieht nicht gut aus. Daten und Fakten – da hilft wahrscheinlich auch keine Imagekampagne.

(Beifall von der SPD)

Fakten zählen. Die Menschen in unserem Land spüren trotz guter Wetterdaten: Der Kurs des Regierungsschiffs stimmt nicht.

(Beifall von der SPD)

Die Demonstrationen, die Resolutionen, die Zuschriften und letztlich auch die Umfragen sind eine Aufforderung der Bürgerinnen und Bürger an Sie, Herr Ministerpräsident: Steuern Sie endlich um in diesem Land!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

„Was macht der Regierungschef falsch?“ – Das fragte sich die „WAZ“ in einem bemerkenswerten Leitartikel vor einer Woche. Ich zitiere aus diesem Artikel vom 15. August:

„Rüttgers hat kein klares Profil: Mal gibt er den eisenharten Reformen, mal will er der Sozialpapst, der Hüter der kleinen Leute sein.“

Für uns ist diese Erkenntnis alles andere als überraschend. Für diese Übung in politischer Beliebigkeit hatten wir schon im Wahlkampf einen passenden Begriff gefunden: Die Rolle Rüttgers. Das ist leider so geblieben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Ihnen fehlt der innere Kompass. Gerade in Zeiten, in denen die Wogen höher schlagen, wird dies umso deutlicher und leider auch umso gefährlicher für unser Land. Den Bürgerinnen und Bürgern ist immer weniger klar, wofür diese Landesregierung steht. Wo will sie hin mit diesem Land? Was ist ihr Plan? Was ist ihr Ziel? Wohin führt ihr Kurs? – Im Moment bläst der Konjunkturwind kräftig in die Segel. Aber was ist, wenn die See wieder rauer wird? Unklarer Kurs, womöglich keine klare Sicht und ein Kapitän ohne Kompass – wir sorgen uns um dieses Land,

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

und wir sorgen uns um die Menschen in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Der frühere Ministerpräsident dieses Landes, Johannes Rau, stand bekanntlich für „Versöhnen statt Spalten“. Ihm wollen Sie doch nacheifern. Dazu, Herr Ministerpräsident, müssen Sie den

Menschen zuhören und den Rat von Fachleuten nicht nur einholen, sondern auch annehmen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Hören Sie doch – das wäre ja ein guter Anfang – wenigstens den Fachpolitikern zu. Der CDU-Kollege Hovenjürgen – ich glaube, er ist gerade nicht anwesend – lehnt das KiBiz wegen der Erhöhung der Elternbeiträge nach eigenen Aussagen seit 18 Monaten ab. Hat er bei Ihnen kein Gehör gefunden? Ihr Politikstil ist eben ein anderer als der von Johannes Rau. Sie spalten statt zu versöhnen und glauben, das ließe sich hinter Schlagwörtern und Überschriften verstecken.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Beim KiBiz haben Sie die Kritik der Verbände schlichtweg ausgeblendet. Sie haben Konsens vereinbart. Ihr Minister fand sich dann aber leider im Gesetz nicht mehr wieder.

Bei der Reform des LPVG haben Sie die Gewerkschaften einmal getroffen und dann ignoriert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber wann? Das kommt noch hinzu!)

Selbst Ihr CDU-Arbeitnehmerflügel, die CDA, beschwert sich, er würde nicht gehört.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bis auf den Bundesvorsitzenden!)

Ihre eigenen Leute werfen Ihnen vor, dass Sie die Personalvertretungen mit erfundenen Beispielen verunglimpfen, um den Gesetzentwurf durchzupeitschen. Das ist schon ein dolles Ding.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Reform der Versorgungsverwaltung wird gegen die Warnungen von mehr als 30 Interessenvertretungen und Sozialverbänden durchgedrückt. Damit werden nicht nur bewährte Strukturen zerschlagen. Die Kosten werden auch noch erhöht. Und die gesetzlichen Vorgaben zur Konnexität werden schlicht und einfach ignoriert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das kann doch nicht die richtige Lösung sein.

Wir haben hier in den letzten Wochen und Monaten einiges an Anhörungen erlebt. Ich hatte das Vergnügen, bei der Anhörung zur Gemeindeordnung einmal reinzuhören.

(Zuruf von der CDU: Sie waren da?)

– Ja. Selbst unter den Experten, die von CDU und FDP benannt waren, habe ich nur solche entde-

cken können, die dagegen waren. Leute, die Sie als Experten zur Unterstützung Ihrer Position gerufen haben, sprechen sich dagegen aus! In der Pressemitteilung haben Sie das schlicht und einfach ignoriert. Aus lauter Verzweiflung konstruieren Sie inzwischen schon Ihre eigene Wahrheit, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Doch leider ignorieren Sie nicht nur die Bedenken der Experten. Ich höre jetzt, auch Ihre eigene Fraktion spürt, dass der Kurs falsch ist. Die Mannschaft beginnt zu meutern. Nur unter Druck – so hört und liest man – können Sie auf dem Schiff Ruhe halten.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie spüren den eisernen Atem!)

-Ich komme jetzt zu Ihnen. Fühlen Sie sich bitte nicht vernachlässigt, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Heiterkeit von der SPD)

Auch innerhalb der Koalition ist nicht mehr viel von der Harmonie übrig, die Sie am Beginn Ihrer Zusammenarbeit so gerne zur Schau gestellt haben. Sie streiten sich: über das Tempo beim Schuldenabbau, über die Privatisierung der WestLB, über die Idee eines staatlichen RWE-Aktienfonds, über die Drogenpolitik, über die innere Sicherheit und über die Reaktion auf die massive Kritik aus Kommunen und Gewerkschaften.

Der Ton wird rauer. Herr Lindner, so habe ich gelesen, nennt seine Justizministerin ein „Sicherheitsrisiko“.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ein guter Mann!)

Herr Kollege Stahl vermisst bei Herrn Kollegen Papke die Seriosität, lese ich.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

In der CDU spricht man auch von Ihren „Profilierungsneurosen“. Für mich hört sich das nicht nach Harmonie an, und die „WAZ“ vom 16. Mai 2007 titelte demnach folgerichtig: „Koalition der Beleidigungen“.

(Beifall von der SPD)

Das geht sogar so weit, dass der CDA-Vize aus dem Ruhrgebiet, Dieter Landskrone, den Rücktritt von Innenminister Wolf fordert.

(Zurufe von der SPD: Genau! – Ralf Jäger [SPD]: Das hätte auch ich sagen können!)

Die CDA, der Arbeitnehmerflügel der Christdemokraten, erklärt – ich zitiere aus dem Papier der Landestagung –:

„Die CDU-Landesregierung sollte sich nicht vor den Karren der FDP-Fraktion spannen lassen und deren Wünschen nach willkürlicher Zerschlagung der Arbeitnehmerrechte nachgeben.“

Das ist ein Beschluss der Landestagung der CDA.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich weiß, dass in der CDU-Fraktion viele Mitglieder der CDA sitzen.

(Zuruf von der CDU)

Ich finde, Sie machen es sich zu einfach, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von der CDU: Kommen Sie doch endlich zur Sache! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist die Sache!)

An dieser Stelle muss ich auch auf die eigentümliche Bewusstseinspaltung von Minister Laumann eingehen. Wer, wenn nicht der Bundesvorsitzende der Arbeitnehmervereinigung CDA, muss sich gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten stark machen?

(Minister Karl-Josef Laumann: Das machen wir doch!)

– Ach, das machen Sie schon. Das ist interessant.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Er ist Untergrundkämpfer!)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier haben wenig davon, wenn Sie in Berlin Krawall schlagen. Machen Sie das doch einmal hier. Das würde weiterhelfen.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Er hat gesagt, er äußert sich nicht zum LPVG!)

Herr Laumann, es hilft Ihnen nicht, wenn Sie von der CDU fordern – so lese ich –, sie müsse wieder die Interessen der ganz normalen Arbeitnehmer vertreten.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das machen wir ja!)

Ich darf es Ihnen noch einmal bestätigen: Sie sind die CDU. – Das ist das Problem.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Die ganz normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer standen auch bei Ihnen vor der Tür. Sie haben darauf gewartet, dass Sie auch als Kabinettsmitglied dazu klar Stellung beziehen. Leider vergeblich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Das machen wir doch! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Er hat gesagt, er macht nichts, er ist Regierung!)

Doch das müssen Sie alles unter sich regeln. Uns geht es um das Land, um die Menschen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Oh!)

Wenn man sich für die Arbeitnehmerinteressen einsetzt, reicht es eben nicht, Bundesratsinitiativen anzukündigen und dann abzutauchen.

(Ralf Jäger [SPD]: Wo ist er denn eigentlich?)

Wir machen reelle und keine virtuelle Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall von der SPD)

Dazu gehört für uns, dass wir die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und für einen gesetzlichen Mindestlohn sowie für gerechte Arbeitsbedingungen kämpfen.

(Beifall von der SPD)

Deshalb habe ich gern den Auftrag angenommen, gemeinsam mit Franz Müntefering zu unserem Bundesparteitag den Leitantrag mit dem Thema „Gute Arbeit“ zu schreiben.

(Zurufe von der CDU)

Deshalb ist es für uns eine Verpflichtung, das, was dort zum Beispiel zu dem Thema „Zeit- und Leiharbeit“ steht, umzusetzen und deutlich zu machen, dass es hier nicht darum geht, eine Branche zu diskreditieren. Das würde ich nicht tun; denn das ist eine wichtige Branche, die für die Flexibilität und für die Abdeckung von konjunkturellen Spitzen gut ist. Dafür wird sie gebraucht.

Uns geht es darum, die negativen Auswüchse einzudämmen und dafür zu sorgen, dass dieses sinnvolle Instrument der Flexibilität nicht zu einem Instrument des Lohndumpings wird. Dafür kämpfen wir.

(Beifall von der SPD)

Konkrete Politik für mehr soziale Gerechtigkeit, das ist und bleibt unser Rezept – auch gegen die Linkspartei. Dämonisieren und im Internet ausspionieren hilft nicht. Es gilt – davon bin ich zutiefst

überzeugt –, die Linkspartei inhaltlich zu stellen. Wir tun das, ich tue das.

(Beifall von der CDU – Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Wo denn?)

– Der stellvertretende Ministerpräsident fragt gerade: „Wo denn?“ Vielleicht waren Sie, wie Ihr Ministerpräsident, zu dem Zeitpunkt gerade in den Sommerferien. Ich habe ein Streitgespräch mit dem designierten Vorsitzenden geführt.

(Zuruf von der CDU: Auf Augenhöhe! – Weitere Zurufe von der CDU)

Dieses Streitgespräch hat zumindest dazu beigetragen, den ...

(Zurufe von CDU und FDP – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das hat sie geschafft!)

– Nein, es ging nicht um Hoffähigkeit. Das machen Sie sich zu einfach.

(Zurufe von CDU und FDP)

Ich glaube, die Menschen in diesem Land müssen sehen, was die Linkspartei will. Das ist in dem Interview sehr deutlich geworden. Die Linkspartei in NRW will Deutschland nicht nur in die außenpolitische Isolation treiben – raus aus der NATO –, sondern sie will auch wichtige Schlüsselindustrien verstaatlichen und lehnt die soziale Marktwirtschaft als System ab.

(Dr. Gerhard Papke [FDP] [eine Zeitung hochhaltend]: So macht man das!)

Das bedeutet faktisch den Austritt aus der Europäischen Union. Und das sagen Sie den Menschen nicht. Deshalb müssen wir als demokratische Gemeinschaft den Menschen sagen, was das bedeutet. Das bedeutet weniger Arbeitsplätze für die Exportregion Nordrhein-Westfalen und sinkenden Wohlstand. Die Folgen müssen wir den Menschen klarmachen. Deshalb muss man die Linkspartei inhaltlich stellen. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall von der SPD)

Ganz interessant ist ja: Bei den Linken waltet eine falsche Ideologie, nämlich die des „Staat statt Privat“. Für NRW ist das ein genauso falscher Kurs wie Ihre Ideologie des „Privat vor Staat“.

(Beifall von der SPD)

Beide werden den Herausforderungen nicht gerecht.

Daseinsvorsorge ist ein hohes Gut. Deshalb erleben wir den Protest der Kommunen gegen die Verschärfung des § 107 der Gemeindeordnung.

Die Kommunen wollen keinen Tod auf Raten für ihre kommunalen Betriebe akzeptieren. Sie wollen die Verantwortung für ein funktionierendes Gemeinwesen mit bezahlbaren Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger, mit verlässlichen Einnahmen für die Stadtkassen und mit sicheren Arbeitsplätzen in den kommunalen Unternehmen behalten. Diese Verantwortung wollen sie nicht aus der Hand geben. Und in diesem Streit sind wir an ihrer Seite; denn hier geht es um Daseinsvorsorge.

(Beifall von der SPD)

Diese ganze Reihe von Entscheidungen, die Sie auf den Weg gebracht haben: Verkauf der LEG-Wohnungen, § 107 Gemeindeordnung, Sparkassengesetz – Sie wissen genau, was Sie tun. Sagen Sie den Menschen doch, was die Folgen sind!

Das Sparkassengesetz ist nicht direkt die Privatisierung der Sparkassen, aber Sie wissen genau, dass Sie damit die Existenz des öffentlich-rechtlichen Bankensektors in diesem Lande massiv gefährden. Sie streben die Privatisierung durch die Hintertür an.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wissen, dass die EU diese Tür betätigen wird.

Am Ende drohen nicht nur die Übernahme durch private Banken, die Schließung vieler Zweigstellen

(Zurufe von der CDU)

und Versorgungslücken im ländlichen Bereich.

(Christian Möbius [CDU]: So ein Blödsinn!)

– Nein, das ist kein Blödsinn; Sie müssen den Realitäten ins Auge sehen; gewöhnen Sie sich daran, denn auch die Proteste in diesem Feld werden Ihnen den Weg weisen.

Ihre Politik versucht krampfhaft, den Schein zu wahren: bunte Segel an brüchiger Takelage. Dieser Widerspruch spiegelt sich auch in Ihrem aktuellen Haushaltsentwurf für 2008 wider.

(Zurufe von der CDU)

– Sollten Sie die Spielregeln in diesem Parlament nicht kennen: Die Haushaltsrede ist immer eine generalpolitische Abrechnung. Da geht es nicht um Haushaltszahlen. Das sollten Sie wissen. Vielleicht sind Sie noch nicht so lange dabei, Herr Wüst.

(Beifall von der SPD – Volkmar Klein [CDU]: Das wird zum Bumerang!)

Wieder einmal sind die Kinder die Leidtragenden. Sie behaupten, mit dem KiBiz werde es mehr Geld für Kinder geben. Fakt ist, dass Sie 2006 156,9 Millionen €, die immer noch jedes Jahr im Etat fehlen, bei den Kindergärten gekürzt haben.

(Beifall von der SPD)

Jetzt verspricht die Landesregierung für 2008 zusätzliche 150 Millionen €. Aber die werden in dieser Größenordnung leider nicht in den Kindergärten ankommen; denn davon brauchen Sie allein 84 Millionen €, um den Trägeranteil der Kirchen abzusenken. Auch das wissen Sie. Seien Sie ehrlich zu den Menschen in diesem Land, Herr Laschet!

(Beifall von der SPD – Ralf Jäger [SPD]: Nepper, Schlepper, Bauernfänger!)

Eines finde ich besonders beschämend, Herr Ministerpräsident: Wenn Sie in Interviews behaupten, es gebe gar kein Problem mit der Erhöhung der Kindergartenbeiträge, weil die 19 %, die jetzt festgeschrieben sind, auch schon vorher 19 % gewesen seien, warum verschweigen Sie denn das, was Sie wissen: dass nämlich der kleine, aber feine Unterschied darin besteht, dass diese 19 % früher vom Land zugunsten der Kommunen zum Teil aufgefangen worden sind?

(Christian Lindner [FDP]: Zur Hälfte! – Minister Armin Laschet: Das hat mit KiBiz nichts zu tun!)

– Ja, natürlich hat das etwas damit zu tun! Also, wenn das nichts damit zu tun hätte! Dass Sie das Elternbeitragsdefizitverfahren ausgesetzt haben und dann bei 19 % geblieben sind, ist doch der eigentliche Skandal.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, in dem besagten Interview bei „Westpol“ besitzen Sie auch noch die Unverfrorenheit, ausgerechnet Gelsenkirchen als Beispiel zu nehmen –

(Gisela Walsken [SPD]: Ein bisschen dumm gelaufen!)

eine Stadt, die sich dagegen gewehrt hat. Sie wissen doch, dass der Wegfall dieses Elternbeitragsdefizitausgleichs besonders diejenigen Kommunen betroffen hat und betrifft, in denen viele einkommensschwache Familien leben. Und dazu gehört Gelsenkirchen. Deshalb haben Sie sich geweigert, die Elternbeiträge bei den anderen, die noch zahlen, anzuheben. Es geht nicht darum, dass es viele gibt, die nicht zahlen; das hat mit der Sozialstruktur zu tun. Es geht darum, dass die

Elternbeiträge bei den anderen massiv angehoben werden müssen, weil Ihre Regierungspräsidenten dazu aufgefordert sind, in diese Richtung Druck zu machen. Sie haben das politisch zu verantworten. Stehen Sie dazu!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir kannten die Nöte und die finanziellen Sorgen der Familien und der Kinder dort und in den anderen betroffenen Kommunen. Deshalb hatten wir einen solchen Ausgleich hergestellt, auch in Zeiten, in denen wir massive Steuermindereinnahmen hatten, und haben ihn in diesen schweren Zeiten aufrechterhalten.

Der Armutsbericht hat es erneut gezeigt: Es muss dringend etwas gegen die Armut im Land, besonders aber gegen die Armut der Kinder getan werden.

(Heike Gebhard [SPD]: Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher!)

Wir machen das zum Schwerpunkt unserer Fraktionsarbeit und unserer Klausur in der übernächsten Woche.

Die Probleme erfordern – das ist mir ganz besonders wichtig – eine Gesamtstrategie, keine Schnellschüsse. Wir brauchen mehr als Überschriften, als Einzelaktionen und reine Symbolpolitik. Wir werden unsere Vorschläge deshalb schon in die Beratung dieses Haushaltes einfließen lassen.

Liebe Grünen-Fraktion, da darf ich mich auch einmal an Sie wenden. Ihre Anträge beispielsweise zu der Erhöhung der Regelsätze sind sinnvoll, aber lassen Sie uns über ein Gesamtkonzept sprechen. Wir haben in diesem Feld viele Baustellen: Mittagessen, Lernmittel, Regelsätze. Wir sollten – das ist unsere tiefste Überzeugung – auch ernsthaft darüber nachdenken, ob wir zum Wohle der Kinder nicht auch dafür sorgen müssen, dass einmalige Beihilfen für Kinder wieder zurückkommen.

(Beifall von der SPD)

Denn wir haben die Erfahrung zu machen, dass vieles leider nicht bei den Kindern ankommt. Wenn wir es ernst meinen, gegen die Armut von Kindern vorzugehen, brauchen wir eine Gesamtstrategie. Lassen Sie uns gemeinsam an einer solchen Gesamtstrategie für Nordrhein-Westfalen arbeiten.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, um die Kinder geht es auch in der Bildungs- und Schulpolitik.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Die Kinder sind die Leidtragenden Ihres Schlingerkurses bei der Ganztagsbetreuung, Frau Ministerin Sommer. Die investiven Mittel für den Ausbau des Ganztags im Grundschulbereich haben Sie gekürzt.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Einige Kommunen konnten nicht mehr rechtzeitig reagieren, konnten das, was für sie plötzlich weggefallen war, nicht wieder drauflegen – mit dem Ergebnis, dass die Betreuung, wie wir hören, nun zum Teil in Fluren und Essenssälen stattfindet. Das ist kein pädagogisches Ganztagskonzept. Das ist Chaos, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Sören Link [SPD])

Davon versuchen Sie mit Umbuchungen im Gemeindefinanzierungsgesetz abzulenken. Sie erhöhen die Bildungspauschale und tun damit so, als gäbe es frisches Geld für die Schulen. Aber gleichzeitig tricksen Sie bei der Investitionspauschale. Aus der finanzieren die Kommunen aber bekanntlich hauptsächlich Investitionen in Schulen. Das ist wie gehabt: Linke Tasche, rechte Tasche – in der Hoffnung, dass es keiner merkt. Das ist Politik dieser Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Überschriftenpolitik!)

Auch bei der Sprachförderung, die Sie zu Recht stärken wollen, steckt hinter dem verbalen Marketing leider zu wenig Substanz. Frau Ministerin Sommer, da müssen Sie mit dem Finanzminister besser verhandeln.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist eine Katastrophe!)

Sie wissen, dass auch wir dieses Thema für zentral halten, doch mit 6,45 € pro Woche werden Sie die Sprachprobleme unserer Kinder nicht wirklich bekämpfen können.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Die hatten gar nichts! – Britta Altenkamp [SPD]: Das ist ja lächerlich!)

Das ist die Befürchtung, die wir haben.

(Beifall von der SPD)

Auch Ihre Familienzentren sind gnadenlos unterfinanziert. Zur Kostendeckung werden geschätzt

100.000 € pro Jahr benötigt. Sie geben 12.000 €, 1.000 € pro Monat für jedes Familienzentrum.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Die hatten gar keine!)

Das ist eine zu geringe Summe, um diese Leistung, die Sie damit dauernd in der öffentlichen Wahrnehmung verbinden wollen, wirklich erbringen zu können, Herr Minister Laschet.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Volkmar Klein [CDU])

Bleiben Sie redlich!

(Beifall von der SPD)

Genauso lächerlich war die Ankündigung, 400.000 € zur Verfügung zu stellen, damit ehrenamtliche Gruppen Kindern aus einkommensschwachen Familien ein warmes Mittagessen anbieten können. Zu Recht haben Sie das Gott sei Dank nach wenigen Tagen vom Tisch genommen und eine neue Initiative gestartet.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Nein!)

– Dann habe ich Sie falsch verstanden. Das können Sie ja gleich richtigstellen.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Sie sagen schlicht die Unwahrheit!)

– Das können Sie ja gleich richtigstellen.

Diese neue Initiative haben Sie aus Rheinland-Pfalz übernommen. Das ist eine gute Idee. Wir unterstützen das. Aber auch hier brauchen wir noch mehr Geld. Denn es gibt viel mehr Kinder, die kein warmes Mittagessen bekommen, viel mehr, als Sie bei den Berechnungen zugrunde gelegt haben. Sie beziehen sich auf die Kinder, die jetzt im Ganztage angemeldet sind. Was ist mit denen, wo die Eltern, weil sie das Geld nicht haben, die Kinder gar nicht erst angemeldet haben? Die fallen bei Ihnen durch den Rost. Das darf nicht passieren. Bessern Sie an dieser Stelle nach! Das ist unsere Bitte.

(Beifall von der SPD)

An der Hektik bei diesen Maßnahmen hat man übrigens deutlich gesehen, wie nervös Sie im Augenblick sind. Ist es diese Nervosität, die Sie an den Terminen für die Bundestagswahl und Kommunalwahl herumtricksen lässt?

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Nach Abschaffung der Stichwahl und der Entkopplung der Bürgermeister- und Ratswahlen jetzt der nächste Manipulationsversuch!

(Zuruf von der CDU: Das ist ja unglaublich!)

Herr Ministerpräsident, ich war erschüttert. Ihr Generalsekretär offenbart damit ...

(Zurufe von der FDP: Oh! Heuchler!)

– Ja, das darf man als Demokrat bei dem, was da gerade passiert, mit Fug und Recht sagen, meine Damen und Herren von der FDP.

(Beifall von der SPD)

Dass Sie das nicht verstehen, glaube ich wohl.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihr Generalsekretär offenbart damit ein fragwürdiges – ich finde: ein erschreckendes – Verhältnis zur Demokratie.

(Beifall von der SPD)

Sie offenbaren damit Ihre Ignoranz den 14 Millionen Wählerinnen und Wählern gegenüber, die innerhalb von vier Wochen zweimal zur Wahl gehen sollen, weil Sie Ihre Macht gefährdet sehen. Das ist der alleinige Grund für diese Vorschläge.

(Beifall von der SPD)

Das Schlimme daran ist die Botschaft an die Kommunalpolitikerinnen und -politiker, auch die der CDU. Sie nehmen bewusst in Kauf,

(Zurufe von der CDU)

dass die mit einer viel geringeren Wahlbeteiligung abgespeist werden. Das entspricht nicht guten demokratischen Regeln, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Auch ein Blick auf die Kostenseite ist interessant. Es wird davon gesprochen, dass diese Trickserei, das Auseinandernehmen der Wahltermine, rund 40 Millionen € kosten wird. Ich darf noch einmal daran erinnern; ich habe es gerade gesagt: 10 Millionen € geben Sie für die Kinder, 40 Millionen € würde uns dieses Tricksen kosten.

(Christian Lindner [FDP]: Die Zahlen stimmen nicht! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann sind es vielleicht 42 Millionen €)

– Es tut mir leid, aber die kommen vom Steuerzahlerbund.

(Christian Lindner [FDP]: 13 Millionen € – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Lindner, das kommt dabei heraus, wenn Sie nur Kommunen befragen, in denen die FDP



mit am Tisch sitzt. Dass das dort so ist, das glaube ich gerne.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, nur 10 Millionen € geben Sie an dieser Stelle aus, aber locker 40 Millionen € auf der anderen Seite. Ihr Schiff gerät in Schiefelage. Sie produzieren Wahlfrust und Politikverdrossenheit. Sie schaden der Demokratie, weil für die Menschen der Eindruck entsteht, sie seien nur Spielball politischer Winkelzüge.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute die Gelegenheit, hier in der Öffentlichkeit dieses unsägliche Spiel zu beenden. Ich fordere Sie dazu auf.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bleiben wir beim Haushalt: Der Haushalt ist das Buch der Wahrheit. Diese Wahrheit passt so gar nicht zu den tollen Überschriften, die Sie so gern produzieren und auch lesen wollen. Bildung hat bei Ihnen keine Priorität. Sie sind nur für Überschriften und Schlagworte gut. Ein Zuwachs von 40 Millionen € im Schuletat ist keine politische Schwerpunktsetzung, meine Damen und Herren von CDU und FDP. 40 Millionen € mehr bei einem Gesamtetat von 50 Milliarden € bilden keine adäquate Schwerpunktsetzung für den Bereich Bildung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir sind übrigens gespannt – wenn Sie vielleicht gleich darauf eingehen –, mit welchem modischen Schlagwort Sie uns nach dem nächsten bildungspolitischen Symposium überraschen werden. Dieses Symposium kostet – ich zitiere aus Einzelplan 05, Seite 143 – die nicht unbedeutende Summe von 100.000 €. Wir sind gespannt darauf, Frau Ministerin, mit welchen Ideen Sie da wieder auf uns zukommen.

Auch mit Ihrer Initiative für Samstagsunterricht agieren Sie völlig an den Menschen vorbei. Kaum jemand folgt Ihnen in dieser Frage. Das dürften Sie bemerkt haben. Vielleicht muss man ja auch um die Ecke denken, und Sie wollen auf diese Weise verhindern, dass die Menschen an Samstagen gegen Ihre Politik demonstrieren.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von CDU und FDP)

Die nächste Demo – am 15. September – findet an einem Samstag statt.

Meine Damen und Herren, Scherz beiseite:

(Zurufe von der FDP: Ah!)

Es ist ein wichtiges Thema, in Nordrhein-Westfalen dafür zu sorgen, dass der Unterricht in adäquater Weise organisiert werden kann. Was jetzt an den Gymnasien läuft, dass die Kinder neun oder zehn Stunden ohne Mittagessen dort sitzen, das geht nicht. Da hilft auch nicht Unterricht am Samstag. Wir brauchen ein vernünftiges Ganztagskonzept. Das hat uns schon PISA gesagt. Wir haben zu wenig Unterricht, und wir brauchen ein vernünftiges Ganztagskonzept.

(Beifall von der SPD)

Gute Bildungspolitik lässt sich nicht mit Schnellschüssen und Flickschusterei betreiben. Wir als SPD haben uns auf den Weg gemacht. Wir haben lange diskutiert, Meinungen gesammelt und Fachleute befragt. Es war ein langer Weg. Wir wissen auch, dass uns Blockadepolitik nicht aus dem Tal bringt, in dem wir uns im Augenblick befinden.

Wir wissen, dass es Mut für neue Ideen und neue Wege braucht. Diesen Mut in zentralen Fragen der Landespolitik wie etwa in der Bildungspolitik bringt die schwarz-gelbe Koalition nicht auf. Das ist schlecht für unser Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben ein umfassendes Gesamtkonzept von der frühkindlichen Bildung und Betreuung bis zur Weiterbildung und zur Hochschulbildung entwickelt. Dabei sind wir von vier zentralen Leitsätzen ausgegangen:

Bildung muss beitrags- und gebührenfrei sein – von der Kita bis zur Hochschule.

Ein längeres gemeinsames Lernen in der Schule verhindert Benachteiligung.

Alle Schulen sollen zu Ganztagschulen werden.

Und: Die Angebote und die Qualität im vorschulischen Bereich müssen spürbar ausgebaut und verbessert werden.

Alle Experten sagen uns, dass der frühkindlichen Bildung entscheidende Bedeutung zukommt. Hier werden die Weichen gestellt. Darum brauchen wir mehr Plätze für unter Dreijährige. Wir brauchen einen Rechtsanspruch ab dem ersten Geburtstag, einen Bildungsförderplan für jedes Kind und die schrittweise Beitragsfreiheit verbunden mit dem verpflichtenden letzten Kindergartenjahr.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihr Kollege Wulff in Niedersachsen hat das übrigens gerade eingeführt. Auch in der Bundespartei wird das nicht anders gesehen. Wie in dieser Woche in einem Antrag,

der dem Bundesvorstand vorlag, zu lesen war, hat die CDU jetzt auch vor, das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und beitragsfrei zu gestalten.

Mich hat dabei gewundert: Der Antrag soll von Herrn Minister Laumann vorgestellt worden sein, wie ich der „Süddeutschen Zeitung“ entnommen habe. Wir fragen uns jetzt natürlich, warum Sie nicht in diesem Land damit anfangen.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Für die weiterführende Schule setzen wir auf die Gemeinschaftsschule. Hier sollen alle Kinder unter einem Dach von einem Kollegium unterrichtet werden. Dieses Konzept wird von vielen in unserem Land heute schon unterstützt. Auch hierfür gibt die WDR-Umfrage gute Hinweise. 49 % wollen noch die Dreigliedrigkeit behalten, 40 % sind aber schon Befürworter der Gemeinschaftsschule. Dabei haben wir unseren Parteitag noch gar nicht gehabt. Wir haben noch gar nicht entschieden, und wir haben noch gar nicht mit Kampagnen angefangen. Das ist ein guter Wert, auf den sich aufbauen lässt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das gegliederte deutsche Schulsystem führt zu starken Benachteiligungen und zu sozialen Ungerechtigkeiten und leider auch zu schlechten Ergebnissen. Auch das war heute wieder zu lesen. In der „Rheinischen Post“ steht: Jeder dritte Schüler kann kaum lesen.

(Zurufe von der FDP – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wer trägt denn dafür die Verantwortung?)

– Wie viele Jahre wollen Sie denn noch darauf warten, endlich Verantwortung zu übernehmen, Herr Kollege? Wie lange dauert es denn noch?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Interessant ist bei dieser Studie ein Blick auf die Gymnasien. Dort erreichen 35 % der Schüler von vier Kompetenzstufen nur die Stufen 1 und 2. Ich glaube, einen besseren Hinweis darauf, dass das Schulsystem in dieser Form nicht leistungsfähig genug ist, kann es nicht geben.

Der Finanzminister hat vorhin gern Göran Persson zitiert. Vielleicht sollten Sie einmal schauen, was die in Skandinavien in der Bildungspolitik machen. Vielleicht hilft Ihnen das dann auch weiter. Manchmal soll man ja von anderen lernen können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie ignorieren den Wunsch vieler Eltern und den Rat von anerkannten Experten. Sie bauen stattdessen durch den Sonderweg der Gymnasien neue Mauern auf.

Übrigens kritisiert diesen Sonderweg auch – ich weiß nicht, ob die Kollegen von der FDP das mitbekommen haben – Patrick Meinhardt. Das ist der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Er hat nach der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 15. August darauf hingewiesen, dass die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen durch diesen Sonderweg verloren geht – das ist eine gute Erkenntnis –, die aber für die Bildungsgerechtigkeit unerlässlich sei.

Meine Damen und Herren von der FDP, vielleicht sollten Sie mit dem Kollegen häufiger einmal essen gehen. Vielleicht hilft das ja.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir müssen, um die Zukunft für unser Land erfolgreich zu gestalten, so viele Kinder wie möglich zu einem guten Schulabschluss führen. Das geht nur, wenn wir wirklich Chancengerechtigkeit herstellen. Wir müssen viel mehr Kinder zu höheren Abschlüssen führen. Viel mehr!

PISA hat uns aufgezeigt, was zu tun ist. Der Facharbeitermangel kostet uns in Deutschland jährlich 20 Milliarden €, sagt eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers. Meine Damen und Herren, das können und sollten wir uns nicht leisten.

Für uns ist klar: Wir müssen vorangehen. Man muss Mut haben. Man braucht Mut. Wir haben diesen Mut. Sie verweigern sich allen Diskussionen. In der letzten Zeit haben Sie danach gefragt, wann wir einen Gesetzentwurf auf den Tisch legen. Diesen Gesetzentwurf werden wir vorlegen, und zwar wenn wir regieren. Warten Sie es ab!

(Beifall von der SPD)

Wir wollen keine Schnellschüsse, und wir produzieren auch kein Chaos, sondern wir machen das mit großer Sorgfalt, Schritt für Schritt. Ich finde es außerordentlich interessant, dass Sie für diese Plenartage eine Aktuelle Stunde beantragen, in der Sie über unseren Leitantrag zu unserem Parteitag debattieren wollen, der noch gar nicht entschieden ist. Das ist ein ziemlich einmaliger Vorgang. Wir freuen uns darüber, dass wir noch einmal Gelegenheit erhalten, den Menschen draußen im Land unsere Positionen zu verdeutlichen. Wir freuen uns auf eine anregende Debatte, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin Kraft.

**Hannelore Kraft (SPD):** Herr Wüst, ich weiß nicht, ob das stimmt, weil ich es nur höre: Sie arbeiten an einem Schwarzbuch über unsere Bildungspolitik. Das sollten Sie weiter tun. Ich habe vorhin schon festgestellt, dass Ihre politische Erfahrung geringer ist, als man annehmen konnte. Herr Kollege Wüst, ein Schwarzbuch ist ein klassisches Oppositionsinstrument. Warten Sie damit noch bis 2010. Dann lohnt es sich.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, bevor Sie ...

**Hannelore Kraft (SPD):** Sie enttäuschen die Menschen nicht nur in der Bildungspolitik, weil Sie sich den Diskussionen versagen, sondern Sie enttäuschen die Menschen auch in anderen wichtigen Bereichen, in lebenswichtigen Bereichen wie zum Beispiel der Gesundheit. Investitionspauschalen werden eingeführt. Darüber lässt sich diskutieren. Aber indem Sie in diesem Jahr wiederum keine neuen Investitionen zulassen, begehen Sie Wortbruch, Herr Minister.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Jawohl!)

Das geht so nicht. Die Menschen haben sich darauf verlassen. Hier geht um die gesundheitliche Leistung für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von der SPD)

Dieser Bereich ist hochsensibel. Sie wissen doch, dass man dort investieren muss, damit man eine qualitativ vernünftige Leistung erbringen kann.

(Widerspruch von Rudolf Henke [CDU])

Es ist fatal, diese Leistung jetzt wieder nicht voranzubringen. Das schadet unserem Land.

(Minister Karl-Josef Laumann: Nein!)

Doch während Sie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser im Regen stehen lassen, sind Sie, schaut man in den Haushalt, beim Stellenzuwachs weiterhin so großzügig wie am Anfang Ihrer Amtszeit, Herr Ministerpräsident.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hat er wieder neue Redenschreiber?)

Sie genehmigen sich einen Zuwachs von 77 % für externe Beratung, von 25 % für mehr Repräsentation.

Auch die Personalkosten für Beamte in Ihrem Umfeld steigen um 400.000 €.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Interessant ist auch, dass Sie sich in der Staatskanzlei sechs neue Stellen genehmigen wollen, davon zwei alleine zur Verstärkung Ihrer Pressestelle. Wir wissen das zu werten.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat im Vergleich zum Vorjahr für das Jahr 2008 1,19 Milliarden € Steuermehreinnahmen veranschlagt. Bis Ende Juli diesen Jahres ist gegenüber dem Vorjahr sogar ein Steuerplus von 2,67 Milliarden € in die Landeskassen geflossen. Wahrscheinlich wird es noch mehr werden. An dieser Stelle muss man daran erinnern, dass Finanzminister Linssen versprochen hatte, alle Mehreinnahmen vollständig in den Abbau der Neuverschuldung zu stecken. Dieses Versprechen ist erneut gebrochen worden.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von Minister Dr. Helmut Linssen)

Im Jahre 2008 wollen Sie 500 Millionen € der 1,19 Milliarden € zusätzlicher Steuereinnahmen zur Finanzierung höherer Ausgaben verwenden.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Nein!)

Herr Minister Linssen, Sie wollten sich doch als Haushaltssanierer profilieren. Ich befürchte, das ist Ihr Beitrag zum Thema „kreative Ökonomie“.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend müssen wir feststellen, dass Sie die Menschen erneut täuschen und enttäuschen. Mit jedem Haushalt, den Sie verabschieden, wird klarer, dass Sie nicht halten, was Sie versprechen, nicht willens sind, klare politische Prioritäten für die Kinder in unserem Land zu setzen. Mit jedem Haushalt wird auch den Menschen klarer, dass weder Ihr „Privat vor Staat“ noch das „Staat statt Privat“ der Linkspartei der richtige Kurs für unser Land sind. Für uns gilt „Privat und Staat“. Für uns steht ein funktionierendes und für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbares Gemeinwesen im Mittelpunkt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben für den Herbst ein neues Buch angekündigt

(Lachen von der SPD)

– die Redenschreiber wollen beschäftigt sein –: „Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben“. Herr Ministerpräsident, soziale Marktwirtschaft darf und

kann nicht nur auf dem Papier stehen. Soziale Marktwirtschaft muss mit konkreten Inhalten und konkreter Politik gestaltet werden. Soziale Marktwirtschaft bedeutet deshalb, dass sich der Staat, das Land nicht zurückziehen darf, sondern den Rahmen gestalten, politische und soziale Verantwortung übernehmen muss. Fangen Sie endlich damit an.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von Sylvia Löhmann [GRÜNE])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf nun für die Fraktion der CDU dem Fraktionsvorsitzenden Helmut Stahl das Wort geben.

(Beifall von CDU und FDP)

**Helmut Stahl (CDU):** Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kraft, ich hätte Ihnen bei dem Beifall, den Sie gerade bekommen haben, ein bisschen mehr Genuss gewünscht. Er brach doch etwas abrupt ab.

(Zurufe von der SPD: Was?)

An sich hätten Sie aus der Sicht Ihrer Kolleginnen und Kollegen vielleicht mehr Beifall verdient.

(Demonstrativer Beifall von der SPD)

– Sehen Sie! Ich hatte 60. Geburtstag. Daher wollte ich Ihnen doch etwas Gutes tun.

(Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Kraft, in allem Ernst: Sie hatten während der Sommerpause nichts Substanzielles zu vermelden. Auch heute hatten Sie nichts Substanzielles zu vermelden.

(Beifall von der CDU)

Das wissen alle hier. Jetzt wissen das auch die Menschen in unserem Land.

(Beifall von der CDU)

Frau Kollegin Kraft, was Sie heute Morgen hier geboten haben, war ein intellektueller Tiefflug über eine konzeptionelle Ödnis.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Sie haben nichts, aber auch gar nichts dazu getan, erkennen zu lassen, wohin Sie dieses Land führen würden, hätten Sie in Nordrhein-Westfalen weiterhin Regierungsverantwortung. Sie hätten wenigstens andeuten können, was Sie im Bereich

des Haushalts tun würden. Sie hätten wenigstens andeuten können, was Sie auf den Feldern Innere Sicherheit, Wirtschaft und Arbeitsmarkt tun würden.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Nichts als kleinkarierte Krittellei, nichts als Leersätze – das war Ihre heutige Rede.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Ein anderer Redner hat sich heute Morgen wohl-tuend davon abgehoben: unser Finanzminister Helmut Linssen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Vielen Dank für diese Rede, Herr Kollege Linssen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie hatte Tiefgang und Substanz; sie war intellektuell wie aktuell, sachlich fundiert und hat Weisung gegeben. Alle diese Dinge haben wir bei Ihnen vermisst, Frau Kraft.

(Zuruf von der SPD: Sie waren doch am Anfang gar nicht hier, Herr Stahl!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über die Frage, ob Politik Gutes leistet oder bei der Lösung der anstehenden Probleme versagt, wird vor allem im Gespräch der Menschen entschieden – ob am Arbeitsplatz, in der Gastwirtschaft, im Verein oder am Esstisch zu Hause, wo auch immer. Die Menschen sind es, die ihre Erwartungen an die Politik richten. Sie wollen, dass die Politik ihnen hilft, ihre Probleme und die unserer Gesellschaft zu lösen.

(Zurufe von der SPD: Sie fügen welche hinzu! Sie sind das Problem!)

Die Bürgerinnen und Bürger haben auch einen Maßstab dafür. Sie wissen, was gute Politik ist. Sie wissen, dass Politik nicht alles leisten kann. Sie wissen aber auch, dass eine gute Politik ihnen hilft, ihre Probleme und die der Gesellschaft zu lösen.

(Ralf Jäger [SPD]: Dann fangen Sie damit mal an!)

– Ja. Darauf habe ich gewartet, Herr Kollege Jäger. – Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben gewollt, dass Schluss gemacht wird mit dem über alle Maßen großen Unterrichtsausfall an unseren Schulen.

(Beifall von CDU und FDP)

Gute Politik ist, diesen Unterrichtsausfall abzustellen. Das tun wir. Wir sind auf dem besten Wege.

Über 3.000 neue Lehrerstellen sind an unseren Schulen geschaffen worden. Das ist eine großartige Leistung. Dies ist gute Politik für die Menschen in unserem Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Menschen in unserem Land wollen, dass mehr Betreuungsplätze für unsere Kinder geschaffen werden, um den Eltern und natürlich auch den Kindern zu helfen. Nicht einmal jedem 35. Kind unter drei Jahren konnte unter Rot-Grün ein solches Angebot unterbreitet werden. Bald wird jedes fünfte Kind in Nordrhein-Westfalen ein solches Angebot in Anspruch nehmen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das ist gute Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wenn es denn so kommt!)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen, dass bei uns keine Parallelgesellschaften entstehen, sondern tatsächliche Integration gelebt wird. Diesbezüglich ist bis 2005 außer Kosmetik fast nichts geschehen. Heute gibt es einen Aktionsplan Integration, Sprachstandsfeststellungen und Sprachförderung für unsere Kinder in der Breite. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist gute Politik für die Menschen in unserem Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen eine gute und eine schlanke staatliche Verwaltung. Vor 2005 wurde viel geredet und wenig gehandelt. Nunmehr wurden 122 Behörden und Einrichtungen des Landes aufgelöst, zusammengelegt, neu geordnet, kommunalisiert oder in die Hände Dritter gelegt.

(Widerspruch von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Ewald Groth [GRÜNE] – Zurufe von der SPD: Keine einzige ist aufgelöst worden! – Das ist lächerlich!)

Meine Damen und Herren, das ist gute Politik für die Menschen in unserem Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen, dass es am Arbeits- und am Ausbildungsplatzmarkt wieder aufwärts geht. Vor 2005 ging es immer weiter bergab, klebte die Arbeitslosigkeit deutlich jenseits der Marke von 1 Million. Jetzt sinkt die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen. Die Menschen fassen wieder Hoffnung, weil die Politik tatkräftig und mutig ist und die Zahl der

Lehrstellen steigt. Das ist gute Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen, dass uns die Schuldenspirale nicht immer tiefer nach unten zieht. Bis 2005 haben Sie, hat Rot-Grün Geld verbrannt.

(Beifall von der CDU)

Die Menschen wollen, dass mit ihrem Geld sorgsam und solide umgegangen wird. Das geschieht nunmehr. Das ist gute Politik für die Menschen in unserem Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sparen und gestalten. Wir haben in unserer Fraktion, in unserer Partei lange darum gerungen und es geschafft: Wir steigen aus dem subventionierten Steinkohlebergbau aus. Dadurch gewinnen wir 1,5 Milliarden € an Zukunftsrendite. Dank und Glückwunsch an Jürgen Rüttgers!

(Beifall von CDU und FDP)

Dank und Glückwunsch an die Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung! Dank und Glückwunsch auch an diejenigen, die in den Fraktionen daran mitgewirkt haben!

(Sören Link [SPD]: Das wird sich noch rächen!)

Gefreut habe ich mich über Reaktionen aus dem Ruhrgebiet. Am 9. August 2007, also vor wenigen Tagen, titelte die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“: „Ende der Steinkohle. Auf geht's in die Zukunft.“

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, wie fühlt man sich als letzte Lore, als Auslaufmodell?

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Stahl, ich glaube, Sie haben Ihre Zukunft schon hinter sich!)

Wir sparen und gestalten. Mit mehr als 3.200 zusätzlichen Stellen bei unserer Polizei schaffen wir mehr Sicherheit.

(Ralf Jäger [SPD]: Wie bitte?)

All das, was sich in vielen Stichworten und Gedanken ergänzen ließe, ist in den guten Reden unseres Finanzministers und unseres Innenministers deutlich gemacht worden. Das alles steht für gute Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Ich bin sicher, dass dies die Menschen erkennen werden. Dies wird sich am Wahltag zei-

gen. Das ist dann die Ernstsituation, der wahre Test.

Frau Kraft, ich könnte es Ihnen aus dem Kopf heraus referieren, wie die damaligen Regierungsfractionen, Regierungsparteien Mitte der letzten Legislaturperiode dastanden: weit entfernt von den vergleichsweise hohen Zustimmungsraten, die wir gegenwärtig erzielen. Wir müssten doch eine viel schlechtere Umfragesituation haben, würden wir ähnlich schlecht beurteilt wie Sie Mitte der letzten Legislaturperiode.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben die Zusammenlegung der Wahltermine angesprochen. Ich sage Ihnen offen und klar: So, wie wir und Sie aufgestellt sind, ist es uns völlig egal, wann der Wahltermin ist, weil wir nämlich wissen,

(Zurufe von der SPD)

dass wir ganz vorne liegen werden.

Darüber hinaus muss man bedenken, dass die Kommunalpolitik ein eigenes Gesicht und ein eigenes Gewicht hat. Ich tue mich schwer damit, im Kommunalwahlkampf über Mindestlohn, Afghanistan-Einsätze und Ähnliches zu reden. Kommunalpolitik hat für uns einen eigenen Stellenwert.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind die Kommunalpartei in Nordrhein-Westfalen! Das unterstreichen wir.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie simulieren Kommunalpartei! – Gegenrufe von der CDU)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen schätzen, dass wir vorankommen. Sie schätzen das, weil sie den Mehltau der rot-grünen Politik vor 2005 und die Unfähigkeit, den selbsterzeugten Reformstau aufzulösen, noch vor ihren Augen haben. Bei allen Unterschieden in den Interessenlagen der Menschen: Die Menschen wollen, dass entschieden wird. Entscheidungen haben Sie sich nicht mehr zugetraut. Wir haben das Selbstvertrauen dazu. Wir tun es.

Frau Kollegin Kraft, wenn Sie das Wort „WestLB“ in den Mund nehmen, dann müsste Ihnen das die Schamesröte ins Gesicht treiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben doch in Ihrer Regierungszeit, in Ihrer Regierungsverantwortung die Krise der WestLB maßgeblich mit herbeigeführt. Durch die WestLB-Skandale sind wir doch in die heutige Situation gekommen. Sie haben es zugelassen, dass in der

WestLB Milliarden durch den Schornstein gejagt wurden.

(Beifall von der CDU)

Allein in den Jahren 2002 und 2003 waren es um die 5 Milliarden €. Unter Ihrer Verantwortung ist die WestLB mit Flugaffären, Steuerhinterziehungen, Verdächtigungen auf Insolvenzverschleppung, Boxclever-Geschäfte und vieles mehr überzogen worden. Das war schlechte Politik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Ich könnte dem noch eine ganze Menge hinzufügen, zum Beispiel Skandale um HDO, Life Science, Media Support Center, Inkubatorzentrum und sein Umfeld in Gelsenkirchen. Es reicht! Das war, ist und bleibt schlechte Politik.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt wollen Sie sich am Feuer der Proteste erfreuen und erwärmen und Ihr Süppchen mit kochen.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist eine gute Oppositionsrede!)

Wer den Gegenwind scheut, darf nicht nach draußen gehen. Wer Widerstände scheut, der will nicht das Beste für Nordrhein-Westfalen, für unser Land. Frau Kraft, Sie haben so viel Zukunft wie die subventionierte Kohle. Da nützt es nichts, sich an irgendwelche Demonstrationen dranzuhängen.

Ihre heutige Rede hat es doch gezeigt: Sie scheuen harte Entscheidungen. Die Politik muss harte Entscheidungen und eine Abwägung zwischen dem, was vorrangig ist, und dem, was nachrangig ist, treffen. Dazu zwingen uns schon die knappen Kassen. Am 3. Juli dieses Jahres haben Sie im „Westblick“ erklärt, dass Ihre Fraktion nur seriös gegenfinanzierte Anträge stellen wird, ohne mehr Schulden zu machen. Frau Kraft, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das ist so glaubwürdig wie das Versprechen des Fuchses, die Enten nach einer Mahlzeit derselben zukünftig in Ruhe zu lassen.

(Beifall von der CDU)

Ja, wir novellieren das Landespersonalvertretungsgesetz, und wir wissen, dass das selbstverständlich Proteste erzeugt. Die Proteste sind an sich nicht erstrebenswert, aber sie bringen uns nicht von unserem Weg ab, denn die Richtung stimmt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Früher haben Sie es aber genossen!)

Ich selbst habe seit meiner Jugend hinsichtlich der Mitbestimmung eine vollkommen intakte Tradition: Ich war und bin Verfechter der Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Das entspricht, wie jeder weiß, der guten Tradition der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Das entspricht insbesondere der guten Tradition der CDU in Nordrhein-Westfalen.

(Sören Link [SPD]: Manche sagen so, manche so!)

Aber ich bin stets zusammengezuckt, wenn die Demokratie für den öffentlichen Dienst fraglos dazu in Anspruch genommen wurde, Veränderungen bei der Personalvertretung mit dem Hinweis, dass das ein Angriff auf die Demokratie sei, zu bekämpfen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Anders als in privatwirtschaftlichen Unternehmen stoßen im staatlichen Hoheitsbereich die Gestaltungsrechte der Politik mit den Ansprüchen der öffentlich Bediensteten auf Mitbestimmung zusammen. Politik bezieht ihre Legitimation aus der Zustimmung der Menschen, aus der Zustimmung des Volkes. Politik ist dem Gemeinwohl verpflichtet.

(Ralf Jäger [SPD]: Dann fangen Sie mal an!)

Mitbestimmung im öffentlichen Dienst repräsentiert die Gruppe der öffentlich Bediensteten. Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: Der Personalrat einer Schule vertritt nicht die Interessen der Schülerinnen und Schüler, nicht die Interessen von Eltern, nicht die Interessen der Kommunen, nicht die Interessen des Landes, nicht die Landespolitik, er vertritt ausschließlich und allein die Interessen von Lehrerinnen und Lehrern.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es kann nicht sein, dass diese legitime, gewollte Interessenvertretung zulasten demokratisch vom Volk legitimierter Politik geht. Wir sind die Vertreter des Volkes.

(Beifall von CDU und FDP)

Personalräte, so wertvoll ihre Arbeit auch ist, sind lediglich Vertreter ihrer Beschäftigtengruppen. Das muss hier und heute festgehalten werden – entgegen dem, was Sie hier vertreten haben, Frau Kraft.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Das ist so schwach, das ist schon peinlich!)

Die Behauptung, die Übernahme des Bundespersonalvertretungsrechts für das Land sei eine Zerschlagung von Mitbestimmung und ein Angriff auf die Demokratie, ist in sich vollkommen absurd und unhaltbar.

(Sören Link [SPD]: Wenn es bei einer Kündigung keine Mitbestimmung mehr gibt, wo denn dann?)

Die Vorgaben unserer Verfassung und die Rechte der Personalräte wieder ins Lot zu bringen, hat das Bundesverfassungsgericht uns allen aufgetragen. Dies hat beispielsweise das Land Rheinland-Pfalz als SPD-geführtes Bundesland unternommen. Entsprechende Pläne gab es auch, Frau Kraft, in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung. Das wissen wir, und wir wissen es definitiv. Sie hatten nur nicht den Mut, das demokratisch Notwendige gegen Widerstände durchzusetzen. Den Mut hatten Sie nicht!

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Wir waren klug, es nicht zu tun! Das ist der Unterschied!)

Das war schlechte Politik – schlechte Politik auch aus der Sicht unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das ist kein Mut!)

Auch die Neuregelung des Gemeindefortschrittsrechts hat zu Protesten geführt. Auch dies war absehbar. Diese Proteste nehmen wir ebenfalls ernst, aber auch sie können uns nicht daran hindern, Richtiges zu tun.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Es ist eine Mär, dass die aufziehenden Probleme, welche insbesondere die Stadtwerke haben, aus den beabsichtigten Veränderungen des § 107 herrühren. Die Probleme von Stadtwerken haben einen ganz anderen Ursprung.

(Ralf Jäger [SPD]: Welchen denn?)

Sie liegen in der margenverkürzenden Regulierung, im zunehmenden, gerade auch von den Verbraucherinnen und Verbrauchern gewollten Wettbewerb an den Energiemärkten. Das ist es, was die Margen drückt. Das macht den Stadtwerken Probleme.

Es kann nicht sein, dass die Stadtwerke ihre Probleme auf dem Rücken kleinerer und mittlerer Betriebe oder von Familienbetrieben lösen. Des-

halb muss § 107 angefasst werden. Das ist gute Politik – Politik für Wirtschaft und Verbraucher in unserem Land, in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann wärmen Sie sich an Protesten gegen das Kinderbildungsgesetz und verschweigen, dass das, was Sie hier am Vehementesten kritisieren, nämlich das Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren, in Ihrer Vorhabensplanung ebenfalls ganz oben auf der Agenda stand.

Der Städte- und Gemeindebund hat in seiner NRW-Mitteilung 346 von 2004, datierend vom 21. April 2004, auf einen im damals zuständigen Innenministerium kursierenden Vorschlag hingewiesen und deutlich gemacht, dass sich das Land mit der vorgesehenen Neuregelung aus der sogenannten Defizitausgleichsregelung zurückziehen wolle – nun zitiere ich –,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber wir haben es dann eben nicht gemacht!)

„nach der bislang das Land und die Kommunen jeweils zu 50 % für die Defizite einstanden, die aus nicht eingenommenen Elternbeiträgen herühren.“

(Zuruf von Sören Link [SPD])

„Durch den Rückzug aus der Defizitausgleichsregelung reduzieren sich die bisherigen Landeszuschüsse um knapp 10 %. Das entspricht etwa 76 Millionen €“

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist aber nicht Gesetz geworden, und das ist der Unterschied!)

Wo ist Frau Kollegin Schäfer? – Sie war doch damals für das Haus verantwortlich. Wenn Frau Schäfer in ihrem Haus Vorschläge erarbeitet, die anschließend von uns verwirklicht werden, dann können sie doch nicht alles auseinanderbrechen lassen; das kann nicht so katastrophal sein, wie Sie, Frau Kraft, es hier dargestellt haben. Das geht nicht auf.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Parlament abschaffen, oder was? – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Das ist Heuchelei. Die gleiche Heuchelei ist es, wenn Sie jetzt mit einem Bauchladen von Versprechungen hausieren gehen, die Sie ganz sicher nicht einhalten können und die krass dem widersprechen, was Sie gestern noch hier in diesem Parlament erklärt haben.

Als Sie noch regierten und es auf die Landtagswahl 2005 zugeht, war bei Ihnen weder von einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem ersten Lebensjahr, weder von einer schrittweisen Beitragsfreiheit in Kindergärten noch von einem verpflichtenden letzten Kindergartenjahr die Rede.

(Sören Link [SPD]: Es gibt Menschen, die lernen dazu, und es gibt Menschen, die lernen nie!)

Um nur beispielhaft Letzteres aufzugreifen: Es gab über das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr, ausgelöst durch uns, die damalige Opposition, eine Debatte hier im Landtag. Und auf einen entsprechenden Antrag hat der Kollege Jäger, der gerade ganz laut war, im Ausschuss für Kommunalpolitik, nachzulesen im Ausschussprotokoll 13/850, erklärt, dass durch Gebührenfreiheit – ich zitiere –

„ein falscher Anreiz gegeben werde, da er, wenn eine qualitativ hochwertige Einrichtung, die den Eltern ermögliche, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, völlig kostenlos zur Verfügung gestellt werde, am Zeitgeist vorbeigehe“.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe)

Am Zeitgeist vorbei, Kollege Jäger. Diese Aussage müssen Sie heute löffeln.

(Ralf Jäger [SPD]: Lesen Sie einmal zu Ende vor!)

Sie zeigt die ganze Heuchelei Ihrer Trittbrettfahrei bei den Demonstrationen.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Herr Stahl, wenn, dann richtig zitieren!)

Als Ministerin hat Frau Kollegin Schäfer noch taff zum Thema Gebührenfreiheit erklärt – Zitat, Herr Präsident –:

„Aber ohne ein verlässliches Finanzierungskonzept – und damit rede ich über die gesamte Bildungsfinanzierung – sind solche Forderungen seriös nicht zu diskutieren.“

Auch Frau Kollegin Schäfer, wäre sie hier, müsste ihre damalige Aussage heute löffeln. Sie müsste dazu stehen, dass sie das damals gesagt hat. Sie leiden alle an partieller Amnesie, wie es im Neuhochdeutschen heißt, wenn es um Sachverhalte geht, die Sie selbst zu vertreten haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Dabei denken Sie nicht einmal an die Kommunen, zu deren Schutzpatronen Sie sich aufschwingen.



Denn dieses Programm würde die Kommunen Hunderte von Millionen Euro kosten. Das ist – das wissen die Menschen in Nordrhein-Westfalen – Oppositionspolitik von der schlechtesten Sorte.

Dann gehen Sie auf einen Landesparteitag und gestern hier vor die Medien, Frau Kollegin Kraft, mit einem Schulkonzept, das, einmal grob überschlagen, Milliarden-Beträge erfordern würde: für die besagte Beitragsfreiheit, Landesinvestitionsprogramme, gemeinsames Mittagessen in allen Bildungseinrichtungen, Kapazitätsausweitungen an Hochschulen über das Konzept 2020 hinaus bis zur Abschaffung von Studiengebühren.

Und dieses alles verknüpfen Sie mit dem Anspruch einer seriösen Finanzpolitik. Frau Kraft, das ist pure Heuchelei.

(Beifall von CDU und FDP)

Und weil Sie vorhin versucht haben, uns eine Lektion in Sachen Demonstrationen zu erteilen, frage ich so nebenbei: Erinnern Sie sich noch an die 30.000 Demonstranten gegen Ihr verquastetes und missbrauchtes Studiengebührenmodell im Juli 2002?

(Zurufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Ralf Jäger [SPD])

Es war doch nicht so, dass es unter Ihrer Ägide keine Massendemonstrationen gegeben hätte. Das, was Sie damals haben durchsetzen wollen, ist alles ausgelaufen. Das heißt, die Proteste, die Sie damals auf sich gezogen haben, waren Proteste gegen eine hohle, gegen eine fehlgeleitete Politik und waren damit auch berechtigt.

(Beifall von CDU und FDP)

Genauso heuchlerisch ist es, wenn Sie notdürftig den Kerninhalt Ihres Leitantrages zur Bildungspolitik verschleiern wollen. Kern Ihres Antrags ist: Sie wollen den fast 600.000 Schülerinnen und Schülern, ihren Eltern, ihren Lehrerinnen und Lehrern an Gymnasien ihre Schule nehmen. Sie wollen die Gymnasien auslaufen lassen. Sie wollen diesen Schülerinnen und Schülern ihre Schule nehmen. Sie wollen die Gesamtschulen um die Oberstufen kappen. Sie wollen die Realschule beseitigen. Sie wollen die Einheitsschule, eine Einheitsschule, die Sie, Frau Kraft, schamhaft Gemeinschaftsschule nennen. Übrigens, Frau Kraft, wo sind in Ihrem Leitantrag die kirchlichen Einrichtungen, die Montessori-Schulen, die Waldorf-Schulen? Wollen Sie die auch abschaffen?

(Zurufe von der CDU)

Ich bin mir sicher, Sie wollen sie abschaffen. Sie wollen die Einheitsschule einschließlich dieser auf privater, kirchlicher Initiative beruhenden Schulen. Das ist Ihre Politik.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie wollen ein dreigliedriges System!)

Frau Kraft, erinnern Sie sich doch an die rund 30.000 Demonstranten, der Schüler, Eltern, Lehrer dieser Schulen am 21. Januar 2004? Erneut eine Lektion in Sachen Demonstration!

Gegen Ihre Bildungspolitik protestieren heute kenntnisreiche Menschen in Ihrer Partei. Und sie haben recht. Wir stehen bei der Verteidigung des Gymnasiums an deren Seite.

(Beifall von CDU und FDP)

Ihr bildungspolitischer Leitantrag legt darüber hinaus das unterschiedliche Politikverständnis von Sozialisten und Christdemokraten offen. Sie zerschlagen die bestehenden Schulen und Schulformen. Das begründen Sie mit der Aussicht, dass alles besser werden soll. Irgendwann dämmert Ihnen in Ihrem Antrag dann die Erkenntnis, dass Dreh- und Angelpunkt für die beste Bildung ein besserer Unterricht ist. Das bloße Umetikettieren, das Abschrauben von Namensschildern von Haupt-, Realschule und Gymnasium, die Zusammenführung dieser Namensschilder

(Sören Link [SPD]: Das kennen Sie ja von der Verwaltungsstrukturreform!)

zu einer Einheitsschule, einer Gemeinschaftsschule macht noch keinen besseren Unterricht!

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das machen die Sozialisten so!)

Das ist bloßes Organisationsgehuber. Es ist eine Ideologiedebatte, die wir 30 Jahre lang im vorigen Jahrhundert geführt haben. Diese ausgelatschten Wege sind inzwischen so tief, dass jeder, der darin geht, den Horizont nicht mehr sehen kann. Für uns, für die Christlichen Demokraten, steht das Kind, steht der Jugendliche im Zentrum – mit seinen Möglichkeiten, den Chancen, die er, die sie haben muss, sich bestmöglich zu entfalten. Das steht ganz vorne.

Davon abgeleitet ist die Frage zu stellen, wie eine Schulform aussieht. Sie machen es exakt umgekehrt. Sozialisten denken eben die Gesellschaft vom Staat, von den Institutionen her zum Bürger. Wir, die Christlichen Demokraten, denken vom Bürger, vom Kind zur Institution, zum Staat.

(Beifall von CDU und FDP)

Das unterscheidet uns. Das ist der fundamentale Unterschied in unserem Politikansatz.

(Sören Link [SPD]: Wenn Sie im Fernsehen wären, würde ich jetzt umschalten, Herr Stahl!)

Sie haben jahrelang, indem Sie Ihren Politikansatz verfolgten, GmbHs eingerichtet, Behörden gegründet, Beauftragte, Runde Tische geschaffen und Initiativen in dem Irrglauben kreiert, so Probleme lösen zu können.

(Zurufe von Sören Link und Ralf Jäger [SPD])

Das war wahrlich eine schlechte Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Sie sollten schauen, ob Sie bei QVC Arbeit bekommen! – Weitere Zurufe)

Diesen Weg, Frau Kraft, setzen Sie unbeirrt fort.

(Widerspruch von Carina Gödecke [SPD])

Sie erheben sogar noch den Anspruch, dabei die Geschwindigkeit zu erhöhen. Merken Sie sich den Satz: Es gibt keinen Sinn, die Geschwindigkeit zu erhöhen, wenn man die falsche Richtung läuft. Sie laufen in die falsche Richtung – ohne jeden Ansatz von Selbsterkenntnis Ihrer gescheiterten Regierungsverantwortung.

Jetzt, Frau Kraft, komme ich zu Ihrem aktuell kapitalsten Fehler: Mit Ihrem Flirt mit der PDS sind Sie dabei, einen Konsens der Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland, des Grundgesetzes aufzukündigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Grundkonsens besagt: keine Zusammenarbeit mit Radikalen! Schwankend und orientierungslos, wie Sie sind, erklären Sie offen, dass Sie bereit sind, mit der PDS zusammenzugehen. Wenn Sie, wie vorhin, den Anschein der inhaltlichen Auseinandersetzung mit diesem Ableger der SED erwecken,

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

ziehen Sie sie auf Ihre Augenhöhe. Sie werten Sie auf! Und der Versuch, ihr Konzept zu kritisieren, aber sich gleichzeitig offen zu zeigen für eine Koalition mit ihnen, zeigt doch, wie heuchlerisch Sie in dieser Frage mit uns und den Menschen umgehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mir fällt nur der Spruch ein, der als Graffiti in den 60er- und 70er-Jahren

(Sören Link [SPD]: Da sind Sie hängen-geblieben, oder?)

überall populär war: Wer für alles offen ist, der ist nicht ganz dicht!

Die radikale Linke – das müssen Sie wissen, Frau Kraft – ist der Blutsauger der traditionsreichen SPD. Sie machen die SPD, diese traditionsreiche Volkspartei, zur sturmfreien Bude für das reaktionäre und für das populistische Gedankengut der Gysis, der Wagenknechts und der Biskys.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist wahrlich Ihr gestörtes Verhältnis zur Demokratie!

(Sören Link [SPD]: Wenn das Fernsehen wäre, würde ich umschalten – so schlecht ist das! – Weitere Zurufe von der SPD)

Glauben Sie es mir: Ich könnte alles tief und ausführlich begründen. Ich könnte ausführlich eingehen auf den unsäglichen Artikel eines Oskar Lafontaine, der am 9. Juli in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt war. Das war ein Aufsatz, der von purem Populismus, von offensichtlicher Verdrehung von Sachverhalten, von hochgradig gefährlichen Forderungen nur so strotzt. Wer ohne Hemmungen den politischen Streik, den Generalstreik, fordert und damit den Druck der Straße gegen die Demokratie setzt, der verliert das Recht, Demokrat genannt zu werden!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe noch in guter Erinnerung, dass dieser Herr, der Gleichheit predigt, sich in seiner kleinen Landesvertretung beim Bund in Bonn den teuersten aller Köche geleistet hat.

(Zurufe von der SPD)

Recht haben Ihre Parteifreunde Beck und Struck, wenn sie sich hart gegenüber dieser sogenannten Linken abgrenzen.

Was die Definition von links angeht, möchte ich Sie zum Abschluss – vergnüglich, wie ich hoffe – teilhaben lassen an einer Lektüre, die ich zu meinem 60. Geburtstag geschenkt bekam.

(Ralf Jäger [SPD]: Glückwunsch nachträglich!)

Das Zitat ist einem durchaus streitbaren Buch entnommen. Es heißt: „Schöner denken“. Der Name ist Programm. Die Definition lautet – ich zitiere, Herr Präsident –:

„Links. Gütesiegel für Gesinnungen, stand früher einmal für fortschrittlich, aufklärerisch, human, demokratisch, internationalistisch, sozial und egalitär. Steht heute für antiwestlich, beharrend, kulturrelativistisch, antiwissenschaftlich, protektionistisch, etatistisch, bürokratisch und elitär. Schade.“

Besser hätte ich es nicht ausdrücken können.

(Beifall von CDU und FDP)

Jenseits aller Hintergründigkeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren: Wir hatten bereits zwei Sozialismen, nämlich den Nationalsozialismus

(Oh! von der SPD)

und den Staatssozialismus.

(Zuruf von der SPD: Au, au, au!)

Die Menschheit, die Menschen in Deutschland haben mit beiden Sozialismen unvorstellbare und schreckliche Erfahrungen machen müssen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Wir brauchen keinen dritten Sozialismus in Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Das ist so peinlich, Herr Stahl! – Weitere Zurufe)

Wir von der CDU NRW als stärkste Fraktion in diesem Landtag setzen auf die Menschen in unserem Land,

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist nur noch falsch!)

auf ihren Mut, ihre Kreativität, ihren Willen zur Gestaltung einer guten und gemeinsamen Zukunft in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit!

(Michael Groschek [SPD]: Das ist Verharmlosung des Faschismus!)

Wir setzen auf Herz und Verstand der Menschen und darauf, dass sie das Urteilsvermögen und den Weitblick haben, Rattenfängern und Populisten die Tür zu weisen, und dass sie erkennen, wer ihnen die Tür öffnet.

Ich bin überzeugt: Die Menschen wollen den Weg der Erneuerung unseres Landes mit uns weitergehen: mit Jürgen Rüttgers, mit dieser Landesregierung, mit dieser Koalition der Erneuerung. – Ich bedanke mich.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Papke, das Wort.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, bevor ich auf den Haushaltsentwurf des Finanzministers, der Landesregierung eingehe, einige ganz kurze Vorbemerkungen. Ich habe mir, als die Oppositionsführerin Frau Kollegin Kraft heute das Wort ergriffen hat, ein frisches Blatt Papier genommen, um mir dort zu notieren, mit welchen Vorschlägen für die Modernisierung unseres Landes die sogenannte Oppositionsführerin heute aufwarten wird.

(Heiterkeit von FDP und CDU)

Glauben Sie mir, Frau Kollegin Kraft, ich habe Ihnen 50 Minuten sehr konzentriert zugehört. Das ist das Ergebnis: Das Blatt ist nach wie vor leer.

(Dr. Gerhard Papke [FDP] hält ein leeres Blatt hoch. – Beifall von FDP und CDU)

Zweite Vorbemerkung: Frau Kollegin Kraft hat auf aktuelle Umfragen hingewiesen und daraus – das ist bemerkenswert – gewissermaßen den Niedergang der jetzigen Koalition abgeleitet. Dabei hat sie allerdings auf eine interessante Entwicklung nicht hingewiesen, nämlich die schlichte Tatsache, dass die SPD-Werte auch in Nordrhein-Westfalen in allen Umfragen immer weiter absinken.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben nicht nur, Frau Kollegin Kraft – und auf Ihren Schultern liegt die gewaltige Verantwortung, Fraktions- und Parteivorsitzende zu sein –, vor zwei Jahren das schlechteste Wahlergebnis der SPD in den letzten 40 Jahren eingefahren, Ihre Umfragewerte werden immer schlechter. An Ihrer Stelle würde mich das beschweren, zumindest beschäftigen.

(Beifall von FDP und CDU)

Davon werden wir von Ihnen vielleicht noch etwas hören.

Eine dritte Vorbemerkung, und zwar zu dieser abenteuerlichen Debatte über die Trennung von Wahlterminen. Darüber kann man trefflich debattieren, und deshalb lassen wir uns auch gerne auf die Diskussion in der Sache ein. Dazu gibt es interessante Beiträge. Gestern hat sich etwa der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen geäußert – ich darf ihn zitieren –:

„Die Kommunalpolitiker wollen über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen. Die Trennung der Termine wäre deshalb sinnvoll.“

(Beifall von der FDP)

Wollen Sie auch dem nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebund ein mangelhaftes Demokratieverständnis vorwerfen, Frau Kollegin Kraft?

(Horst Becker [GRÜNE]: Dem Schneider schon!)

– Dann sagen Sie ihm das einmal! Das doch ist absurd.

Der Gipfel der Heuchelei ist jedoch, dass diese SPD vor jeder Landtagswahl die Wahlkreise ganz genau immer so zugeschnitten hat, wie es den jeweiligen Parteiinteressen in den Wahlkreisen entsprochen hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Das könnten wir Ihnen von Wahlkreis zu Wahlkreis nachweisen. Wenn Sie dann, Frau Kollegin Kraft, derart schweres Geschütz auffahren, ist das unseriös. Es wäre gut, wenn Sie dem interessierten Publikum diese 40 oder 42 Millionen € zusätzliche Kosten einmal vorrechnen würden. Denn bis heute habe ich noch nicht erfahren, welcher Rechenkünstler das aufaddiert hat. Ich entnehme etwa einem Schreiben des Münsteraner OBs von vorgestern, nach Berechnungen der Münsteraner Stadtverwaltung sei nur von Einsparungen zwischen 8 und 16 % auszugehen, wenn man beide Wahltermine bündeln würde. – Auch da müssen Sie wohl noch einmal nachrechnen, Frau Kollegin Kraft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zunächst einmal dem Finanzminister Helmut Linsen sehr herzlich Dank sagen – nicht nur für den überzeugenden Etatentwurf 2008, den er uns, dem Parlament und der Öffentlichkeit, heute vorgelegt hat, sondern auch dafür, dass er für einen völligen Perspektivwechsel der Haushalts- und Finanzpolitik dieses Landes verantwortlich ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Unter diesem Finanzminister hat Nordrhein-Westfalen endlich nach Jahrzehnten einen konsequenten Konsolidierungskurs eingeschlagen. Nur durch die Reduzierung der Neuverschuldung eröffnen sich neue Möglichkeiten zur Gestaltung des Landes. Ihre Politik des ehrbaren und ehrlichen Kaufmannes, Herr Finanzminister, ist eine Politik für die Zukunft dieses Landes, und dafür

möchte ich Ihnen im Namen der FDP-Fraktion sehr herzlich danken.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist an den Eckdaten erkennbar. Wir haben in 2005 einen Haushalt mit einer Nettokreditaufnahme von 6,7 Milliarden € übernommen. Wenn Rot-Grün nicht im Mai abgewählt worden wäre, wären wir Ende des Jahres bei über 7 Milliarden € gelandet. Im Haushaltsentwurf 2008 liegt die Nettokreditaufnahme unter 2 Milliarden €. Wir alle wissen: Damit sind wir in der mittelfristigen Perspektive nicht zufrieden. Ziel unserer Politik ist es, die Politik permanenter Neuverschuldung von Rot-Grün, die wir als schwere Hypothek übernommen haben, so schnell und so radikal wie möglich zu beenden, um mittelfristig zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, damit wir anfangen können, die Schulden abzubezahlen, die Rot-Grün unserem Land hinterlassen hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir werden Sie, Herr Finanzminister – das wissen Sie –, in jedweder Form unterstützen, den konsequenten Konsolidierungskurs durchzuhalten. Und wir werden auch weiterhin so partnerschaftlich wie bisher darüber diskutieren, bis wann wir den ausgeglichenen Haushalt erreichen. Wir meinen: Wenn wir weiter so konsequent sparen und das günstige konjunkturelle Umfeld beibehalten werden kann, geht das vielleicht schon bis 2010. Wir werden an diesem Thema dranbleiben. Uns eint die Zielsetzung: Schluss mit der Verschuldungspolitik von Rot-Grün – hin zu einem ausgeglichenen Haushalt, um wieder in die Zukunft des Landes investieren zu können.

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn es in diesem Land und in diesem Parlament zwei Parteien gibt, die bei einer solchen Haushaltsdebatte eigentlich nur verschämt zu Boden schauen sollten, sind das SPD und Grüne. Ich finde es symptomatisch, Frau Kollegin Kraft, dass Sie dieses Thema in ihrer 50-minütigen Rede nicht mit einem Halbsatz erwähnt haben. Denn Sie tragen als Ministerin der abgewählten rot-grünen Vorgängerregierung eine besondere Verantwortung für die 113 Milliarden € Schulden, die wir übernommen haben. Es wäre angemessen gewesen, wenn Sie zu dieser Verantwortung gestanden und heute auch ein Wort der Entschuldigung, der Klarstellung vor dem Parlament und der Öffentlichkeit gefunden hätten.

(Beifall von FDP und CDU)

113 Milliarden € sind so unglaublich viel Geld, das kann sich kein Bürger mehr vorstellen. Um einmal

annähernd deutlich zu machen, welchen Schuldenberg Sie dem Land hinterlassen haben: 113 Milliarden Ein-Euro-Münzen würden gestapelt einen Turm mit einer Höhe von 226.000 km ergeben. Das ist fünfeinhalbmal um die Erde oder 7.500-mal von Düsseldorf nach Köln. 113 Milliarden € in 20-€-Scheinen aneinandergereiht entsprechen einer Strecke von fast 850.000 km, also locker einmal zum Mond und zurück.

(Beifall von der FDP)

Wir werden uns weiterhin ehrgeizige Ziele setzen; darin sind wir uns mit der Landesregierung und dem Finanzminister einig. Alle Ausgaben gehören auf den Prüfstand. Wir sind dabei, in die Zukunft des Landes zu investieren. Ein herausragendes Ziel der Koalition der Erneuerung bleibt aber der ausgeglichene Landeshaushalt.

(Beifall von der FDP)

Während wir das Land sanieren, fordert die Opposition, die uns dieses haushaltspolitische Trümmerfeld hinterlassen hat, Jahr für Jahr mehr Ausgaben. Ich bin schon jetzt sehr gespannt – der Finanzminister sieht das wahrscheinlich ähnlich –, womit die SPD uns bei den Haushaltsberatungen wieder kommen wird.

(Minister Dr. Helmut Linssen nickt.)

Bei den Haushaltsberatungen 2007 hat die SPD Mehrausgaben von rund 500 Millionen € gefordert, ohne Deckungsvorschläge zu machen.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist auch wieder falsch!)

Frau Kraft regt an, ein Sonderprogramm für die Kohlerückzugsregionen in der Größenordnung von 200 Millionen € zu finanzieren. Frau Kollegin Kraft, wir hätten ein solches Programm vielleicht mit der Unterstützung des Bundes hinbekommen, wenn Sie dem Ministerpräsidenten bei seinen Verhandlungen über den Ausstieg aus dem Subventionsbergbau nicht in den Rücken gefallen wären.

(Beifall von der FDP – Lachen von Hannelore Kraft [SPD])

Da haben Sie den Interessen des Landes schweren Schaden zugefügt. Sie haben draußen den Bergleuten leere Versprechungen gemacht und die Menschen gegen einen historischen Erfolg für die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen aufgehetzt, anstatt mit dem Ministerpräsidenten und der Koalition in Berlin für die Interessen unseres Landes zu kämpfen. Hätten Sie das getan, hätten

wir vielleicht ein solches Sonderprogramm mit der Finanzierung durch den Bund hinbekommen. So ist das nicht gelungen. Und daran tragen Sie eine ganz erhebliche Mitschuld, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Die SPD fordert allen Ernstes, das Land müsse für die Kürzung des Bundes bei den Regionalisierungsmitteln für den Nahverkehr aufkommen. Der Bund kürzt – im Übrigen in der Ressortverantwortung sozialdemokratischer Bundesminister – dem Land über 500 Millionen € an Zuschüssen für den Nahverkehr. Und die SPD meint, das Land müsse das kompensieren. Das geht nicht. Es wäre Ihre Verantwortung gewesen, Lobbyarbeit bei sozialdemokratischen Ministern in Berlin für Ihr Heimatland Nordrhein-Westfalen zu betreiben.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das, wie ich finde, hübscheste Zitat zur Kennzeichnung sozialdemokratischer Haushaltsphilosophie kommt in diesen Wochen vom Kollegen Jäger. Der hat bei der Debatte zum Bundessonderprogramm für den Ausbau von Ganztagschulen, das inzwischen ausfinanziert ist – der Topf ist leer, und die Begrenzung des Programms war auch von vornherein klar ...

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers)

– Auch Fachmann für Kindergärten im Allgemeinen! – Der Kollege Jäger hat dazu gesagt: Wenn der Bund kein Geld mehr gebe, dann müsse – ich darf zitieren – das Land eben frisches, zusätzliches Geld ins System pumpen.

(Lachen auf der Regierungsbank – Dietmar Brockes [FDP]: Wir haben es ja!)

Einfach so, vom Konto! Sie meinen also eine Politik auf Pump.

(Horst Becker [GRÜNE]: Was pumpt der sich auf?)

Nach fast vier Jahrzehnten sozialdemokratischer Regierungsverantwortung sind exakt auf diese Art und Weise 113 Milliarden € zusammengepumpt worden. So einfach ist das.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von der Landesregierung: Frisches Geld!)

– Frisches Geld!

Frau Kollegin Kraft ist uns heute sämtliche Vorschläge für die Erneuerung unseres Landes schuldig geblieben. Wir haben einiges zusam-

mengetragen, was Sie in den letzten Monaten in unterschiedlichen Diskussionen gefordert haben. Ich finde, das Bild, das sich dabei abzeichnet, ist sehr, sehr bemerkenswert – vor allem, wenn man wie Sie den Anspruch hat, eine Politik für die kleinen Leute zu betreiben.

Da darf ich noch einmal an Ihre gewaltige Mehrwertsteuerlüge zu Beginn dieser Legislaturperiode erinnern, meine sehr verehrten Damen und Herren, an den Antrag der Fraktion der SPD, unterschrieben von Hannelore Kraft:

„Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Der Landtag lehnt die von der CDU/CSU geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ab.“

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben doch nur symbolisch dagegen gestimmt!)

– Darf ich Ihnen das noch einmal in Erinnerung rufen?

„Begründung“

– unterschrieben von Frau Kraft –

„Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre derzeit Gift für die schwache Binnennachfrage. Sie wäre ungerecht, weil sie hauptsächlich die Familien und die Bezieher niedriger Einkommen belasten würde.“

(Beifall von der FDP)

Frau Kollegin Kraft, das ist nach wie vor sehr, sehr bemerkenswert: Sie haben sich hier hingestellt und von uns verlangt, uns klar gegen die Mehrwertsteuererhöhung zu positionieren. Das haben wir gerne getan. Dann sind Sie mit der Union in Berlin in Verhandlungen über diese bemerkenswerte Koalition eingetreten. Die Union wollte eine Mehrwertsteuererhöhung um 2 Prozentpunkte, Sie wollten keine Erhöhung. Herausgekommen ist eine Erhöhung um 3 Prozentpunkte. Das ist sozialdemokratische Rechenkunst.

(Beifall von der FDP)

Sie tragen die politische Verantwortung für die Mehrbelastung der Menschen in Nordrhein-Westfalen, vor allem derjenigen mit schmalen Portemonnaies, von jährlich 5 Milliarden €

(Widerspruch von der SPD)

Allein dieser Wahlbetrug der SPD hat die kleinen Leute in Nordrhein-Westfalen jährlich 5 Milliarden € gekostet. Damit sollten Sie sich auseinandersetzen.

(Karl Schultheis [SPD]: Bereden Sie das doch mal mit der CDU!)

Stichwort „beitragsfreies Kindergartenjahr“: Die SPD trommelt massiv für das beitragsfreie Kindergartenjahr. Wir als Freie Demokraten haben das beitragsfreie Kindergartenjahr 2003 zur Diskussion gestellt. Damals haben Sie es abgelehnt. Ich darf die frühere Schulministerin zitieren, die damals – das ist gerade einmal vier Jahre her – gesagt hat:

„Es ist sicherlich populär, die Forderung nach einer finanziellen Entlastung der Eltern zulasten des Staates zu erheben.“

So etwas Ähnliches haben wir von Ihnen gerade auch gehört, Frau Kraft.

„Aber ohne ein verlässliches Finanzierungskonzept sind solche Forderungen nicht seriös zu realisieren und nicht seriös zu diskutieren.“

Das hat Frau Kollegin Schäfer zu der damaligen Initiative der FDP gesagt. Sie scheint das nicht weiter zu berühren, Frau Kollegin Kraft. Sie fordern das beitragsfreie Kindergartenjahr und sind bisher jeden Hinweis schuldig geblieben, wie Sie es denn finanzieren wollen. Das ist unseriös.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben trotz extrem knapper Kassen viel erreicht. Ich darf an die Familienpolitik, an die Kita-Plätze für unter Dreijährige erinnern. Unter Ihrer Regierungsverantwortung war Nordrhein-Westfalen mit einer Betreuungsquote von 2,8 % auf dem letzten Platz aller Bundesländer. Wir arbeiten daran, bis 2010 90.000 Betreuungsplätze zu schaffen, was einer Quote von 20 %, bei den unter Zweijährigen sogar einer Quote von 40 % entsprechen wird.

(Beifall von FDP und CDU)

Was ist mit der Sprachförderung im Vorschulalter? Nach meiner festen Überzeugung, meine Damen und Herren, hat das Versagen der rot-grünen Vorgängerregierung hier besonders schlimme Auswirkungen.

(Beifall von der FDP)

Bei Schulen in unserem Land, an denen 90 % der Schüler aus Einwandererfamilien kommen, kann es kein schlimmeres Versagen geben, als diesen Kindern nicht die Sprache ihrer neuen Heimat beizubringen.

Für mehr als die Hälfte der jungen Türken etwa ist die Schule spätestens nach der Hauptschule beendet. Viele bleiben ohne jeden Schulabschluss. Man muss sich später über Parallelgesellschaften und Ghettoisierung nicht wundern, wenn man vor solchen Problemen die Augen verschließt. Das

war doch die traurige Wahrheit hinter den Multikultisprüchen, die wir bei diesem Thema von Rot-Grün immer gehört haben. Sie haben vor dem Problem die Augen verschlossen. Sie haben deshalb in Kauf genommen, dass schon bei sechsjährigen Migrantenkinder der spätere Weg in die Sozialhilfe vorgezeichnet war. Das war doch die Realität unter Rot-Grün.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben jetzt – das ist eine herausragende Leistung dieser Landesregierung – als erstes Bundesland verbindliche Sprachtests für Vierjährige eingeführt.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie geben weniger Geld für Sprachförderung aus!)

Bei uns lernen die Kinder jetzt Deutsch. Dann können sie später ihre Chancen nutzen und in ihrem Leben klarkommen. Das ist der Unterschied zwischen dem Anspruch einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Praxis einer Politik der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben den Unterrichtsausfall massiv reduziert, nämlich um fast 50 %, an den Grundschulen um drei Viertel. Da haben wir jetzt noch einen Unterrichtsausfall von unter 1 %. Dazu bekommen wir sehr positive Rückmeldungen. Auch vor diesem Problem haben Sie die Augen verschlossen.

Sie lachen, Frau Kollegin Kraft. Hier sind wir vorangekommen. Darüber sollten Sie sich mit uns freuen. Sie selber haben das in Ihrer Regierungsverantwortung nicht auf die Reihe bekommen. Das ist doch die Realität, mit der Sie sich in einer solchen Debatte auseinandersetzen müssen.

Ich darf auch noch einmal auf das Thema Schulmittagessen hinweisen; Sie hatten das ja aufgegriffen. Dieses Problem haben Sie doch genauso geleugnet. Ich zitiere – das sind Dinge, die einen immer wieder einholen – Frau Kollegin Schäfer als zuständige Schulministerin in der Antwort auf eine Kleine Anfrage meines Kollegen Lindner. Ich zitiere die SPD-Landesregierung:

„Der Landesregierung liegen über Einzelfälle hinaus keine Informationen darüber vor, ob Eltern wegen der möglichen Kosten für die Mittagsverpflegung von einer Anmeldung ihrer Kinder zu einem Ganztagsangebot absehen. ... Die der offenen Ganztagschule im Primarbereich zugrundeliegenden Erlasse regeln, dass der Schulträger für die Mittagsverpflegung einen zusätzlichen Beitrag erheben kann. Sollte dies im Einzelfall nicht möglich sein, müsste der

Schulträger, gegebenenfalls mit Unterstützung des Jugendamtes, nach Lösungen suchen.“

So sind Sie mit diesem Problem der ordentlichen Verpflegung an den Schulen in unserem Land umgegangen!

(Beifall von der FDP)

Dann tragen Sie hier doch nicht in einer wirklich heuchlerischen Art und Weise Ihr Interesse an diesem Thema vor! Glauben Sie, das Problem gab es vor einigen Jahren noch nicht? Da haben Sie es geleugnet. Sie haben keinen einzigen Groschen in die Hand genommen, um den Kindern etwas Gutes zu tun. Das ist die Realität!

(Beifall von FDP und CDU)

Wir können ja darüber diskutieren, ob wir das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ nicht noch großzügiger ausstatten müssen. Da sind wir jetzt bei 10 Millionen € jährlich. Ja klar! Wir müssen uns nicht nur am Wünschbaren orientieren, sondern – dafür steht der Finanzminister – am Machbaren. Aber wir machen etwas! Das ist der Unterschied! Wir machen etwas Gewaltiges: Wir greifen das Problem an. Sie haben nichts getan. Das ist das, was wir Ihnen politisch nicht werden durchgehen lassen.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP will in unserer Koalition der Erneuerung mehr soziale Marktwirtschaft und weniger Staatswirtschaft. Daraus haben wir nie einen Hehl gemacht. Wir stehen dazu. Die Grundlage unseres Wohlstandes sind keine bürokratischen, staatswirtschaftlichen Strukturen. Die Basis unseres Wohlstandes sind der Fleiß der Arbeitnehmer, der Ideenreichtum und die Risikobereitschaft vor allem der kleinen und mittelständischen Betriebe in unserem Land. Wir werden immer denen helfen, die unserer Hilfe bedürfen. Das ist die Regierungspraxis in Nordrhein-Westfalen seit zwei Jahren. Aber ebenso klar ist: Wer jeden Tag zur Arbeit geht, um sich und seine Familie von seiner eigenen Hände Arbeit zu ernähren, der muss am Ende des Tages auch mehr übrig behalten als der, der ausschließlich von staatlichen Transferleistungen lebt, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Und zu diesem Prinzip stehen wir.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Er ist für Mindestlohn!)

Ja, unsere Leitlinie lautet: Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

„Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen“ trägt Früchte. Im nordrhein-westfälischen Mittelstand – da werden die Arbeitsplätze ja geschaffen – herrscht eine Aufbruchstimmung, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht erlebt haben. Das Mittelstandsbarometer 2007 von Ernst & Young belegt: In keinem anderen Bundesland sind die mittelständischen Unternehmen mit den Rahmenbedingungen so zufrieden wie in Nordrhein-Westfalen.

Ich rate Ihnen sehr: Gucken Sie sich einmal die Vergleichsuntersuchungen aus Ihrer Regierungszeit an! Da lag Nordrhein-Westfalen nämlich durch die Bank immer auf dem letzten Platz. Der Mittelstand ist davongelaufen. Der hatte keinen Mut mehr unter Ihrer Regierungsverantwortung. Das hat sich fundamental geändert. Deshalb ist hier eine Wachstumsdynamik entstanden, die zu mehr Ausbildungsplätzen geführt hat und die neue Arbeitsplätze schafft.

Aus genau diesem Grunde werden wir den Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung auch konsequent fortsetzen. Deshalb werden wir in der Tat bei der Reform der Gemeindeordnung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand einen Riegel vorschieben. Wir werden dort, wo es Übertreibungen gegeben hat, nicht länger zulassen, dass Staatsbetriebe Mittelstand und Handwerk die Aufträge wegnehmen.

(Beifall von der FDP)

Selbstverständlich brauchen wir mehr Flexibilität im öffentlichen Dienst. Hier geht es nicht um einen Angriff auf die Mitbestimmung. Hier geht es um Regelungen, die im Bundesrecht selbstverständlich sind. Hier geht es um Regelungen, von denen Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft, meine Damen und Herren, im Übrigen nur träumen können. Wer hier behauptet, es handele sich um einen Generalangriff auf die Mitbestimmung, der weiß entweder nicht, worüber er spricht, oder er versucht, eine Stimmung gegen die Landesregierung zu schüren, die sachlich überhaupt nicht fundiert ist.

Es mag sein, dass diejenigen, die sich in alten Strukturen eingerichtet haben, gegen diese Modernisierung demonstrieren. Aber wir werden dennoch an dieser Modernisierung festhalten – da sollte sich niemand täuschen –, denn dafür sind wir gewählt worden. Wir machen exakt das, womit wir angetreten sind und wofür wir gewählt worden sind.

Auch das unterscheidet uns im Übrigen fundamental von der SPD. Es gibt ja dieses bemerkenswerte Bonmot von Franz Müntefering, der vor einigen Monaten einmal dem staunenden Publikum gesagt hat, es sei eine Riesensauerei, Parteien nach Wahlen an dem zu messen, was sie vor Wahlen versprochen hätten. Das mag, meine Damen und Herren, die Philosophie der SPD sein. Es ist nicht die Philosophie der Koalition, die in Nordrhein-Westfalen Verantwortung trägt. Das will ich hier klar sagen.

(Beifall von FDP und CDU)

Das heißt ganz und gar nicht, dass wir uns Gesprächen mit den Gewerkschaften verweigern. Ich kann Ihnen versichern: Meine regelmäßigen Gespräche mit dem DGB-Landesvorsitzenden Guntram Schneider etwa sind immer sehr interessant und auch außerordentlich lebendig. Wir werden diese Gespräche fortsetzen. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich anerkennen,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

dass Guntram Schneider mir dieser Tage geschrieben und sich von dem missratenen Vergleich des Landespersonalvertretungsgesetzes mit dem Sozialistengesetz von 1878 distanziert hat. Diese Klarstellung ist aller Ehren wert. Jeder kann sich mal verrennen.

(Beifall von der FDP)

Ich finde, der DGB-Landesvorsitzende hat mit dieser Klarstellung ein Zeichen von Stärke gegeben.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen nicht – das unterscheidet uns von der Opposition – den allumfassenden Fürsorgestaat, der seine Bürger ans Händchen nimmt und sie damit am Ende ihrer Freiheit beraubt. Klar ist aber: Wir wollen und werden immer denen helfen, die zu jung, zu alt oder zu schwach sind, um sich selber zu helfen: marktwirtschaftliche Erneuerung mit sozialer Sensibilität.

(Zurufe von der SPD)

Wir waren es doch auch, die dafür gesorgt haben, dass ein sozialverträglicher Ausstieg aus dem Subventionsbergbau erreicht worden ist. Wer hat das denn verabredet? Wer hat darüber verhandelt?

(Beifall von der FDP)

Das war doch dieser Ministerpräsident, gestützt durch die Koalition der Erneuerung.



Wir verlängern die Auszahlung des Anpassungsgeldes bis 2027. Kein einziger Bergmann wird entlassen. Frau Kraft, das, womit Sie vor einigen Monaten die Ängste der Menschen draußen geschürt haben, war Lug und Betrug. Schwarz auf weiß liegt vor: Kein Bergmann fällt ins Bergfreie. – Das ist eine Politik der sozialen Verantwortung dieser Landesregierung.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will noch eines ergänzen: Zur sozialen Sensibilität gehört es auch für eine marktwirtschaftliche Partei wie die FDP, offen zu sagen, dass es nicht zu vermitteln ist, wenn Managergehälter bei einigen Unternehmen – selbst bei hundsmiserablen Unternehmensergebnissen – geradezu explosionsartig ansteigen, während die Arbeitnehmer die Folgen eines schlechten Managements selber ausbaden müssen. Das muss in aller Klarheit kritisiert werden.

Ich habe mich sehr gefreut, dass der nordrhein-westfälische Arbeitgeberpräsident Maier-Hunke unlängst sehr zu Recht kritische Worte zu diesem Komplex gefunden hat.

Wenn der DaimlerChrysler-Chef wegen Erfolglosigkeit gefeuert wird und danach Aktienoptionen über 50 Millionen € realisieren kann, ist das niemandem zu vermitteln. Wenn der Chef von EnBW mit 39 Jahren eine Sofortrente auf Lebenszeit bekommt, ist das eine Zumutung für alle Arbeitnehmer und Rentner. Das will ich hier für die FDP einmal klar feststellen.

(Beifall von der FDP)

Das in der Sache zu kritisieren ist aber etwas ganz anderes als dieser unerträgliche Populismus der Gysis und Lafontaines, die nur davon ablenken wollen, dass hinter ihnen Linksextremisten und alte SED-Kader stehen, die Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten in unserem Land mit Füßen getreten haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Vor dem Politischen Forum Ruhr in Essen hat der Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen – das war ein Stasikerker – unlängst vor über 1.000 Gästen mit eindringlichen Worten vor einer Verharmlosung der PDS gewarnt. Er hat von Veranstaltungen berichtet, auf denen behauptet wird, erschossene Flüchtlinge seien selbst schuld an ihrem Schicksal gewesen – sie hätten ja stehen bleiben können.

Der neue Linkspartei-Vorsitzende Bisky hat öffentlich angekündigt, seine Partei werde – hören Sie gut zu, Frau Kollegin Kraft! – die Systemfrage

stellen. Lafontaine bekommt inzwischen öffentlich Beifall von NPD-Spitzenfunktionären. Auch das halte ich für sehr bemerkenswert. Sehr zu Recht wird die PDS auch in Nordrhein-Westfalen vom Verfassungsschutz beobachtet. Dafür gibt es gute Gründe.

Und gemeinsam mit solchen Leuten, Frau Kollegin Kraft, wollen Sie in Nordrhein-Westfalen an die Macht kommen? Mit solchen Leuten wollen Sie gemeinsame Sache machen?

(Zuruf von der SPD: Was ist denn mit der Bauernpartei? Die haben Sie aufgenommen!)

Solche Leute machen Sie hoffähig, indem Sie sich Seite an Seite mit ihnen fotografieren und abbilden lassen. Ist das wirklich Ihr Ernst, Frau Kollegin Kraft? Das sind Leute, von denen Sie selber sagen – Sie haben das hier gerade noch einmal vorgetragen: Sie wollen keine soziale Marktwirtschaft, sondern einen Systemwechsel, das heißt den Ausstieg aus der EU und aus der NATO. Sie wollen eine weitgehende Verstaatlichung der Industrie. Die Exportregion Nordrhein-Westfalen würde das Zehntausende von Arbeitsplätzen kosten. Das haben Sie gerade selber gesagt.

(Ralf Jäger [SPD]: Da sitzt die Angst aber tief bei Ihnen!)

Sie haben aber nicht gesagt, dass Sie in demselben Interview hinzugefügt haben, diese Positionen seien – Zitat – „hochspannend“. Zur Klarstellung hätte ich gerne noch einmal von Ihnen gehört, was an solchen Positionen hochspannend ist, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der FDP: Das Schweigen im Walde!)

Wir fragen uns, meine sehr verehrten Damen und Herren: Was, um Gottes willen, ist in die einstmals so stolze nordrhein-westfälische SPD gefahren, dass sie jetzt mit solchen Figuren gemeinsame Sache will?

(Ralf Jäger [SPD]: Es ist schön zu hören, wie Sie sich Sorgen um uns machen!)

Wie hilflos muss die nordrhein-westfälische SPD inzwischen sein, dass ihre Landesvorsitzende einer in Nordrhein-Westfalen noch nicht einmal gegründeten linksextremistischen Splitterpartei Koalitionsavancen macht?

Sie haben Johannes Rau zitiert, Frau Kollegin Kraft. Was würde Johannes Rau wohl dazu gesagt haben – ein Mann, der Nordrhein-Westfalen aus der Mitte der Gesellschaft heraus regiert hat?

Was würde er wohl zu solchen Avancen sagen, die Sie der SED-Nachfolgepartei machen?

Auch wenn die SPD unter Frau Kraft ihre politische Orientierung verliert: Die Wählerinnen und Wähler der SPD tun das bemerkenswerterweise nicht. Wir haben einer der letzten Umfragen entnehmen können, dass fast zwei Drittel der bisherigen SPD-Wähler eine Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei strikt ablehnen. Diejenigen, die die SPD früher einmal wegen Helmut Schmidt gewählt haben, oder diejenigen, die die SPD noch vor wenigen Jahren wegen Wolfgang Clement gewählt haben, haben in der SPD erkennbar keine Heimat mehr.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

– Ja. – Bei Wolfgang Clement wird die Abkehr von der SPD immer deutlicher. Ich finde es sehr bezeichnend, was er vor Kurzem in der Zeitschrift „Cicero“ zum neuen SPD-Programm öffentlich geschrieben hat. Ich darf Wolfgang Clement zitieren:

(Zuruf von der SPD: Ich denke, Sie wollten etwas zum Haushalt sagen!)

„... ich kann Ihnen die Lektüre beim besten Willen auch nicht empfehlen.“

– so Wolfgang Clement zum neuen SPD-Programm –

„Ich gestehe, ich hab's erst im zweiten Anlauf geschafft und hatte auch da noch Mühe, nicht auf halber Lesestrecke wegzudämmern.“

So der frühere Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen zum aktuellen Programmangebot der Sozialdemokraten! Ich finde, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von der FDP)

Ein Wort zu den Grünen: Der Gipfel der Heuchelei in dieser Debatte ist im Übrigen, dass die Grünen, die die SPD für ihre Annäherung an die Linkspartei lautstark kritisieren, selbst nicht bereit sind, eine Koalition mit der Linkspartei auszuschließen. Das finde ich sehr bemerkenswert. Ganz im Gegenteil! Da sagt etwa die Landesvorsitzende der Grünen – Zitat –: Man darf die Linke doch nicht verteufeln. – Es geht nicht darum, jemanden zu verteufeln, meine Damen und Herren. Es geht darum, dass wir Demokraten gemeinsam verhindern müssen, dass die Partei der Mauerschützen in Deutschland hoffähig gemacht wird und jemals in Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt eine Machtperspektive erhält. Darum geht es!

(Beifall von FDP und CDU)

Das erfordert den gemeinsamen Widerstand der demokratischen Parteien. Dem haben Sie sich als SPD, aber auch als Grüne bisher nicht gestellt. Sie schielen auf ein mögliches Linksbündnis 2010. Ich sage Ihnen: Diese Perspektive werden die Wählerinnen und Wähler Ihnen noch verderben. Es ist im Sinne der demokratischen Kultur beschämend, dass beide – SPD und Grüne – bisher nicht die Kraft gefunden haben, sich klar von der SED-Nachfolgeorganisation in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus zu distanzieren, so wie es Kurt Beck erfreulicherweise Woche für Woche tut, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich darf zum Schluss meiner Ausführungen aus aktuellem Anlass noch zwei kurze Bemerkungen zur Innen- und Rechtspolitik machen.

Die FDP in Nordrhein-Westfalen, will keinen schwachen Staat. Wir wollen einen starken Staat, der für innere Sicherheit sorgt, um die Freiheit zu verteidigen, und nicht, um sie zu verdrängen.

Wir setzen uns in Nordrhein-Westfalen – dafür möchte ich unserem Innenminister Ingo Wolf sehr herzlich danken – auch erkennbar vom Überwachungsfanatismus des Bundesinnenministers ab.

(Beifall von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Das sagen Sie mal dem Bürgermeister von Mügeln!)

Bei uns in Nordrhein-Westfalen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird Kriminalität mit der ganzen Macht des Rechtsstaates bekämpft. Aber wir stellen eben nicht jeden Bürger unter Generalverdacht. Deshalb werden wir auch nicht zulassen, dass bei uns an jeder Straßenlaterne eine Überwachskamera montiert wird.

(Beifall von der FDP)

Ich darf in diesem Zusammenhang noch kurz auf einen weiteren Punkt hinweisen: Auch die Drogenkriminalität wird von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zu Recht mit aller Entschlossenheit bekämpft. Wir begrüßen es deshalb, dass die Justizministerin die Freigrenze für den Besitz von Haschisch reduzieren will. Wir müssen aber vor allem die Drogenprävention verbessern und junge Menschen über die Gefahren des Drogenmissbrauchs rechtzeitig aufklären. Genauso klar ist, dass es schwerstabhängige, kranke Mitbürger sind, die unserer Hilfe bedürfen. Das Strafrecht ist dafür definitiv nicht der richtige Weg. Ich meine, wir tun gut daran, auch bei den Haushaltsberatungen 2008 zu überlegen, wie wir diesen schwerstabhängigen, kranken Mitbürgern viel-

leicht noch besser helfen können als in den zurückliegenden Jahren.

(Beifall von der FDP)

Ihnen, Herr Finanzminister, und Ihrer Landesregierung, Herr Ministerpräsident, sage ich insgesamt noch einmal sehr, sehr herzlichen Dank nicht nur für die Vorlage dieses überzeugenden Haushaltsentwurfs, sondern auch für die ausgezeichnete Zusammenarbeit, die wir im Interesse des Landes in der Koalition der Erneuerung genauso kameradschaftlich fortsetzen werden, wie sie in den zurückliegenden zwei Jahren war. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von FDP und CDU – Johannes Remmel [GRÜNE]: Das war der Todeskuss! – Karl Schultheis [SPD]: Schade, dass das von der CDU kaum jemand mitbekommen hat!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Papke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt die Fraktionsvorsitzende, Frau Löhrmann, das Wort.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Papke, die Freude über Ihre freundlichen Abschiedsworte an die Adresse der CDU und der Regierung war denen in den Gesichtern wirklich anzusehen. Es fehlte nur noch der Bruderkuss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man merkt richtig, wie die Kolleginnen und Kollegen der CDU danach hecheln, dass sie von Ihnen, Herr Papke, so gelobt und so umarmt und so gepriesen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Freude war wirklich spürbar. Das beruhte auf Gegenseitigkeit.

Ich habe in der Auseinandersetzung von Herrn Stahl und Herrn Papke zu der Frage „Wie stellen wir uns am besten für unser Land auf, welche Politikangebote, welche Inhalte entwickeln wir für die Menschen?“ nur darauf gewartet, dass Sie bei Ihren Angriffen insbesondere auf Frau Kollegin Kraft heute schon symbolisch ein Paar rote Socken überreichen. Denn das war ja offensichtlich ein Vorgeschmack auf das, worauf wir uns in der Auseinandersetzung um den richtigen Weg für Nordrhein-Westfalen einstellen können. Und darum geht es hier und heute: um den richtigen Weg

für Nordrhein-Westfalen! Dafür, dass Sie, Herr Papke, Frau Kraft vorgeworfen haben, sie hätte dieses und jenes nicht getan, haben Sie sich verdammt lange und ausführlich an der SPD abgearbeitet. Das will ich hier nun auch einmal deutlich festhalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Offensichtlich haben Sie zu den Fragen des Landes zur Zukunft Nordrhein-Westfalens nicht viel zu sagen und haben sich nicht viel überlegt.

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist er!)

Herr Stahl, wir sind hier ja nicht befugt, technische Mittel zu benutzen. Für Sie gelten wohl irgendwelche Sonderregeln. Sie müssen über Ohrstöpsel irgendetwas anderes als wir gehört haben; anders kann ich Ihre Bewertung und den Beitrag von Frau Kraft nicht übereinanderbekommen. Ihre Form der Selbstsuggestion geht jetzt schon neue technische Wege. Sie kriegen etwas anderes eingespielt, damit Ihre Bewertung und Ihr Versuch an Attacken und des Zurückschlagens irgendwie stattfinden können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mit der Wirklichkeit, zumindest in meiner Wahrnehmung, und mit der Rede von Frau Kraft hatte das nichts tun. Das sage ich, auch wenn wir an der einen oder anderen Stelle, wie sich das gehört, die Dinge unterschiedlich betrachten.

Ich fand das absurd. Das hat auch deutlich gemacht: Sie freuen sich noch immer kindlich – es ist ja schön, dass Sie sich das noch mit 60 Jahren bewahrt haben –, dass Sie regieren. Aber wie und wo geht es mit Nordrhein-Westfalen weiter? Das ist hier aus meiner Sicht nicht erkennbar geworden. Das zeigt mir, dass die Umfragen und die Bestandsaufnahme, die wir nach der Sommerpause zur Kenntnis nehmen mussten, Sie offensichtlich nervöser machen, als Sie hier zugeben wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Schwarz-Gelb ist ohne Mehrheit in der Bevölkerung – das ist die Botschaft der vergangenen Woche.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Schauen Sie sich mal um!)

Die Umfragen attestieren Ihnen, Herr Ministerpräsident, und der Landesregierung: Das Vertrauen ist verspielt!

(Zuruf von der SPD: Und das nach zwei Jahren!)

Warum? Weil diese Regierung auf ganz reale Probleme der Menschen mit hektischer, kurzsichtiger Symbolpolitik reagiert, weil Sie und Ihre Regierung Ideologie über Sachpolitik stellen

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und weil Sie, Herr Ministerpräsident, sich mehr um Ihr Image kümmern als um die Folgen der Politik Ihrer Regierung. Herr Rüttgers, Sie und Ihre Landesregierung haben schon nach zwei Jahren die Bodenhaftung verloren. Das merken die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Die Menschen merken, dass Ihr Reden und Ihr Handeln nichts miteinander zu tun haben. Die Menschen merken, dass Sie zwar links reden, aber marktradikal handeln. Die Menschen merken – darüber kann auch die Sozialrhetorik von Herrn Papke wirklich nicht hinwegtäuschen; er hat ja fast ein Plädoyer für einen Mindestlohn abgegeben –, dass Schwarz-Gelb keinen sozialen Kompass hat.

**(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)**

Die Menschen spüren, dass Ihre Initialen, das JR – Jürgen Rüttgers, nichts mit Johannes Rau zu tun haben, sondern vielmehr mit der Machtverliebtheit des JR Ewing aus Dallas.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist offensichtlich: Die Menschen wollen Ihre „Privat-vor-Staat“-Ideologie nicht. Sie wollen Ihre Politik der sozialen Spaltung nicht. Sie wollen nicht Ihre Zumutungen für Eltern und Kinder mit steigenden Elternbeiträgen und dem Abbau von Qualität.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie wollen nicht Ihre stümperhaften rückwärtsgewandten Experimente in der Schulpolitik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie wollen nicht den Abbau der Mitbestimmung. Sie wollen nicht Ihren Angriff auf das finanzielle Fundament und die Demokratie in unseren Städten und Gemeinden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie wollen nicht Ihren Kahlschlag in der Umweltpolitik, und sie wissen auch, dass Ihr völliges Versagen beim Klimaschutz unser Land für die Zukunft nicht richtig aufstellt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, „Privat vor Staat“ ist nicht mehrheitsfähig. Das ist doch spätestens seit der Bundestagswahl klar und durch neuere Untersuchungen belegt. Selbst die Anhängerschaft der

FDP will dieses unselige Credo „Privat vor Staat“ nicht.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das will schon was heißen!)

– Das will was heißen. Genau.

Meine Damen und Herren, die Umfragen zeigen auch. Die Menschen in NRW wollen soziale Gerechtigkeit. Sie wollen einen fairen Umgang miteinander. Sie wollen Chancengleichheit, und sie wollen, dass wir die Schöpfung bewahren.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie weiter gegen diese Mehrheit Politik machen, dann werden Sie scheitern. Da hilft auch keine „Basta“-Mentalität. Damit versuchen Sie, die Kritiker in den eigenen Reihen auf Linie zu bringen. Es ist erschütternd, dass Sie sich offensichtlich schon nach nur zwei Jahren nicht mehr anders zu helfen wissen als mit massivem Druck. Wenn Sie schon die eigenen Leute nicht mehr überzeugen können, wie wollen Sie denn die Menschen in Nordrhein-Westfalen davon überzeugen, dass das, was Sie machen, richtig ist?

(Beifall von den GRÜNEN)

Und das wird ja noch zunehmen. Sie wissen doch, dass immer weniger Abgeordnete Ihrer Fraktion bereit sind, sich von den Marktradikalen in der FDP auf der Nase herumtanzen zu lassen – von Ihrer kommunalen Basis ganz zu schweigen. Herr Rüttgers, mit jeder Faust auf dem Tisch gibt es zwei Fäuste mehr in der Tasche.

Ich bin gespannt, ob Sie sich morgen wirklich von der FDP daran hindern lassen, für unseren Antrag für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu stimmen. Es darf doch wohl nicht wahr sein, dass die Vorgänge um das Inkubatorzentrum in Gelsenkirchen nicht aufgeklärt werden, nur weil auch die Verantwortung von Herrn Pinkwart zur Debatte steht!

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Pinkwart – er ist jetzt leider nicht da –, ich kann nur sagen: Nur Mut! Sie haben uns doch erst gestern mannhaft versichert, Sie seien keine Heulsuse. Ich bin gespannt, welche Qualitätskriterien der Antrag, den Sie offenbar in Vorbereitung haben, erfüllt. Wie wir in der Presse lesen konnten, wird da etwas weichgespült, um morgen über die Runden zu kommen. Ein beispielloser Vorgang in der Geschichte dieses Parlaments!

Haben Sie Ihr Agieren – jetzt richte ich mich an die CDU – bei der Balsam-Affäre, bei der Flugaffäre und bei HDO vergessen? Da gab es auch

immer staatsanwaltliche Ermittlungen. Dennoch hat dieses Haus einen Weg gefunden und jeweils einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verabschiedet, weil es richtig ist und weil es den demokratischen Geflogenheiten entspricht. Ich biete Ihnen – Herr Stahl, es scheint noch nicht ausgefochten zu sein, was morgen passiert – und allen anderen ausdrücklich noch einmal Gespräche an. Wir sind gesprächsbereit über den Untersuchungsgegenstand. Wir finden, es muss sein, dass dieses Parlament morgen einen Untersuchungsausschuss beschließt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, waren Sie eigentlich nicht überrascht, dass sich ausgerechnet Herr Papke mit dem Ruf nach mehr Disziplin in Ihren fachlichen Austausch einmischt,

(Horst Becker [GRÜNE]: Haltet den Dieb!)

während sein eigener Vize – er selber äußert sich ja nie zu irgendwelchen wichtigen Dingen, die im Gespräch sind –, Generalsekretär Lindner, sich in gleicher Sache munter auf Ihre und Herrn Latschets Kosten profiliert? Herr Papke, Ihre Faust auf dem Tisch bedeutet mindestens vier Fäuste in den Taschen der CDU. Machen Sie nur weiter so.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn man bescheinigt bekommt, dass die Mehrheit für die eigene Politik schwindet, sollte man innehalten und überlegen, ob der Kurs richtig ist, überlegen, was man besser machen muss. Aber davon kann in den letzten beiden Wochen in dieser Koalition nun überhaupt keine Rede sein.

Im Gegenteil! Statt den geplanten Abbau der Mitbestimmung zu überdenken, werden die Protestierenden – immerhin 10.000 Menschen – beschimpft und verunglimpft, besonders von der FDP, die immer an vorderster Front ist, wenn es gegen die Gewerkschaften geht. Da nutzt es nichts, Herr Papke, wenn Sie jetzt einen netten Brief von Herrn Schneider zitieren. Wir haben die Presse, die Sie dazu verfasst haben, vorletzte Woche gehört und gelesen.

Statt den notwendigen Ausbau unserer Schulen zu Ganztagschulen systematisch voranzutreiben, fällt Schulministerin Sommer nichts Besseres ein, als die Samstagsschule wieder einzuführen. Ein bildungspolitischer und familienpolitischer Offenbarungseid!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was zeigt das? – Das zeigt, dass Sie offensichtlich überhaupt nicht verstanden haben, was Ganztagschule ist, dass das eben nicht ein Aneinanderhäufen von Einzelstunden, sondern eine völlig andere Vorstellung von Schule und von Lernen ist. Also: blinder Aktionismus statt systematische vernünftige Reformpolitik.

Statt aufgrund des massiven Protestes gegen Ihr verkorkstes Kindergartengesetz nachdenklich zu werden – einige werden das ja, aber die werden mundtot gemacht –, täuschen Sie die Öffentlichkeit mit unsauberen Rechenspielen und Vergleichsdaten.

Frau Kraft hat es schon zu Recht gesagt: Die fast flächendeckend steigenden Elternbeiträge gehen auf Ihr Konto, und dabei bleibt es!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der vermeintliche Beleg, dass das früher schon einmal in der Regierung geplant gewesen sein soll, spricht nicht für, sondern spricht gegen Sie, weil sich offensichtlich die Fraktionen von SPD und Grünen damals, obwohl es im Haus solche Überlegungen gegeben hat, bewusst dagegen entschieden haben,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

weil sie es den Kommunen und den Eltern nicht antun wollten, weil bei uns die Fraktionen eine Rolle gespielt haben und nicht nur Prätorianergarde für die Regierung waren.

Das ist Ihre Aufgabe, Herr Stahl, das ist Ihre Aufgabe, Herr Papke!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Gesetze werden hier im Parlament und nicht in Hinterzimmern gemacht.

Statt die verheerenden Urteile der Sachverständigen zur geplanten Reform der Gemeindeordnung ernst zu nehmen, heißt es: „Augen zu und durch.“ Wie Sie mit Protesten umgehen – mit Protesten aus den eigenen Reihen, mit denen in der Öffentlichkeit und mit denen in den Anhörungen –, das ist ein Armutszeugnis für Ihre Fraktionen und für frei gewählte Abgeordnete.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Schlimme ist, dass Sie damit nicht nur sich beschädigen, sondern auch die demokratische Kultur in diesem Parlament insgesamt. Damit tragen Sie mit zu Politikverdrossenheit bei. Das ist das Problematische und Gefährliche.

Der Gipfel ist die geplante Abkopplung der Kommunalwahl von der Bundestagswahl. Mit faden-

scheinigen Ausreden versuchen Sie davon abzulenken, dass dieses Vorhaben nur das Ziel „Machterhalt“ hat. Das geschieht um den Preis absehbar niedriger Wahlbeteiligungen, die Sie doch sonst in jeder Wahl-Nachberichterstattung beklagen. Das ist doch das Perfide.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie das zulassen, degradieren Sie die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügungsmasse Ihrer Macht- und Parteiinteressen. Herr Ministerpräsident, ich erwarte hier und heute von Ihnen dazu eine Klarstellung. Da nutzt es nicht, etwa zu sagen, eine Entscheidung darüber stehe noch nicht an. Schaffen Sie das bitte heute vom Tisch und sagen Sie, dass Sie dieses unwürdige Spiel der Generalsekretäre Ihrer Koalitionsparteien nicht mitspielen. Nehmen Sie, Herr Ministerpräsident, diese Wahltagsmanipulation vom Tisch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das sollten Sie nicht deshalb tun, weil Sie jetzt flächendeckend eine schlechte Presse haben – um die Presse geht es in diesem Fall nicht –, sondern tun Sie es, weil das Angekündigte in der Sache den Menschen gegenüber eine Unverschämtheit ist.

Herr Ministerpräsident, es ist Ihnen mit Ihren Auftritten in den letzten Tagen nicht gelungen, davon abzulenken, dass auch Sie die Umfragen und der festgestellte Kompetenzverlust Ihrer Regierung nervös machen. Dazu nur zwei Beispiele:

Das erste Beispiel ist die Art und Weise, wie Sie sich auf Frau Kraft stürzen und ihr die alleinige Verantwortung für die Auseinandersetzung mit der Linken zuschieben. Ich bleibe dabei, dass ich nichts davon halte, die Linke durch voreilige Koalitionsspekulationen hoffähig zu machen. Die Dämonisierung, die Sie betreiben – davon haben beide Fraktionsvorsitzenden heute wirklich ein Zeugnis abgelegt –, hilft aber auch nicht weiter. Ihre platte Polemik entlarvt, dass Sie sich offensichtlich die inhaltliche Auseinandersetzung nicht zutrauen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mit Ihrer unsozialen Politik tragen Sie massiv dazu bei, die Räume für die Linke größer statt enger zu machen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Jawohl!!)

In Nordrhein-Westfalen tragen Sie die Hauptverantwortung dafür, wie es etwa um die soziale Lage in unserem Land bestellt ist.

Das zweite Beispiel ist die Art und Weise, Herr Ministerpräsident, wie Sie beim Thema Bildung um sich schlagen. Die Umfragen haben geradezu Pawlowsche Wahlkampfreflexe bei Ihnen ausgelöst. So, wie Sie in Ihrer Pressekonferenz aufgetreten sind – so ist mir berichtet worden –, redet nur einer, der weiß, dass er Unrecht hat. Sie wissen offensichtlich, dass man mit den Methoden und Inhalten, mit einer Lehrerbildung aus dem letzten Jahrhundert, in Strukturen aus dem vorletzten Jahrhundert, nicht Kinder und Jugendliche von heute auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten kann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das wissen Sie offensichtlich.

Wir brauchen ein Bildungssystem, das hohe Leistungen hervorbringt, und zwar in der Breite und in der Spitze. Wir brauchen ein Bildungssystem, das soziale Herkunft und Ungerechtigkeit überwindet, denn Bildung ist und bleibt der beste Schutz vor Armut. Wir brauchen ein Bildungssystem, das den ökonomischen Anforderungen und gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht wird.

Herr Rüttgers, ich glaube, Sie wissen, dass wir das alles mit dem derzeitigen Schulsystem nicht schaffen werden. Sie wissen nur noch nicht, wann und wie Sie aus Ihrer ideologischen Blockade herauskommen. Dabei weisen Ihnen Ihre Kollegen in den anderen Bundesländern, dabei weisen Ihnen Ihre Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und Ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister doch den Weg. Gehen wir doch über die Kommunen! Setzen wir doch auf das, was vor Ort und von unten gewollt ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber Sie gehen diesen Weg nicht. Sie nutzen die Brücken nicht, die Ihnen die eigenen Leute bauen. Stattdessen werfen Sie der Opposition den Fehdehandschuh hin.

Herr Rüttgers, Ihre Bildungsblockade schadet unseren Kindern, nimmt ihnen Chancen. Sie schadet der Zukunft unseres Landes.

Ich finde es ja richtig – wer wüsste das besser als ich; Sie wissen das zum Teil auch –, dass Sie Schulpolitik zur Chefsache machen. Ich hätte mir aber gewünscht, dass Sie in Ihrem langen und wirklich erholsamen Frankreichurlaub mit der Lebenslüge der Union in dieser Sache Schluss gemacht hätten, nämlich mit der Lebenslüge, dass die Hauptschule noch zu retten sei, und mit der Lebenslüge, dass das selektive Schulsystem dem gemeinsamen Lernen überlegen sei.

Nein, damit haben andere aufgeräumt. Sie waren das nicht. Schauen Sie nach Hamburg, sehen Sie nach Schleswig-Holstein und blicken Sie nach Ostdeutschland. Viele von der CDU regierte oder mitregierte Länder haben sich längst von der Hauptschule verabschiedet. Dort haben nie die Grünen regiert. In jenen Ländern können Sie diese Schuldzuweisung nicht vornehmen. Diese Länder haben das getan oder denken deswegen darüber nach, weil jegliche Wiederbelebungsversuche gescheitert sind. Auch Ihr Versuch wird viel Geld kosten, aber nichts bringen. Die Unkenntnis und diese Chaosbeschwörung und was alles dazu stattgefunden hat, womit Sie über Schulentwicklung gesprochen haben, sind hanebüchen.

Ich zitiere aus einem offenen Brief, den inzwischen 350 Schulexperten aus den Grund- und Hauptschulen in Baden-Württemberg an den dortigen Kultusminister gerichtet haben, nachdem auch er ein Fitnessprogramm für die Hauptschule angekündigt hatte. Der Brief ist insgesamt lesenswert. Ich zitiere aber nur drei Fragen:

„Warum orientieren Sie sich im Zeitalter der Globalisierung nicht an internationalen Maßstäben und Erfahrungen, sondern halten an einem Schulsystem fest, das in punkto Gerechtigkeit, Integration und Leistung keinem internationalen Vergleich standhält?“

Warum bezeichnen Sie das integrative Schulsystem als Gleichmacherei, obwohl alle empirischen Studien genau das Gegenteil beweisen?

Welche Gesinnung vermitteln wir unseren Kindern, wenn diese im Alter von neun oder zehn Jahren schmerzlich erfahren, dass sie in drei hierarchisch angeordnete Kategorien eingeteilt werden? Wie lässt sich dies mit Ihrer christlich-demokratischen Grundhaltung vereinbaren?“

Bei einer Haltung, wie sie sich in diesen Fragen ausdrückt, stehen die Kinder im Mittelpunkt, meine Damen und Herren.

Herr Rüttgers! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Fragen werden nicht nur in Baden-Württemberg, sondern überall dort gestellt, wo die Kraft und der Mut für Reformen fehlen, unser System und den deutschen Sonderweg vom Grundsatz her infrage zu stellen. Diese Fragen werden auch Ihnen, Herr Rüttgers und Frau Sommer, immer mehr Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Wissenschaftler, Menschen aus Gewerkschaften, Kirchen und der Wirtschaft stellen, und zwar so lange, bis Sie Ihre Blockade aufgeben und Antworten entwickeln.

Meine Damen und Herren, es gibt nichts Mächtigeres als eine Idee, deren Zeit gekommen ist, sage ich mit Victor Hugo. Die Idee der Gemeinschaftsschule wird sich auch in NRW nicht aufhalten lassen. Sie werden – allen Versuchen zum Trotz – angesichts der demographischen Entwicklung, die wir gestalten müssen, die Revolution von unten nicht aufhalten können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten nicht besser, wenn sie ständig missachtet und demotiviert werden. Während modernes Management in Gesellschaft und Wirtschaft zunehmend auf Dialog, Teamorientierung und Schlichtung auf gleicher Augenhöhe setzt, marschiert diese Landesregierung zurück in den preußischen Obrigkeitsstaat, und das nicht nur beim Abbau der Mitbestimmung.

Herr Wolf, unter Rot-Grün war das Innenministerium stolz darauf, mit modernen Managementmethoden zu beginnen.

(Minister Dr. Helmut Linssen und Minister Dr. Ingo Wolf: Oh!)

„Moderne Verwaltung“, das heißt: Mitarbeiterorientierung, flache Hierarchien, selbstverantwortetes Handeln! Das waren die Ziele von Rot-Grün. Und heute? – Herr Wolf, aus Ihrem Haus hört man: autoritäre Führung, Missachtung der Belegschaften, Zentralismus pur. – Herr Wolf, das ist offensichtlich Ihre ganz eigene Vorstellung von Liberalität nach dem Motto: Die Freiheit ist immer die Freiheit des Ministers!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Demokratie ist, wenn alle tun, was ich für richtig halte! – Klar, dass dabei Mitbestimmungsrechte stören. Also weg damit!

Noch deutlicher wird dieser absurde, rückwärts-gewandte Kurs in der Frage des Personalmanagements. Ich brauche nur drei Buchstaben zu nennen und jeder und jede Beschäftigte des Landes weiß, wie diese Landesregierung tickt: PEM, das Personalentsorgungsmanagement. Hier – noch dazu – schafft die Landesregierung ein Mitbestimmungsrecht zweiter Klasse. PEM, das ist das Gegenteil von Bürokratieabbau. PEM wird dem Land nichts bringen, sondern nur zusätzliche Kosten verursachen. Herr Finanzminister, wenn Sie Personalkosten einsparen müssen, sollten Sie eine konsequente Personalkostenbudgetierung einführen, aber doch nicht eine neue Behörde aufbauen und die Menschen demotivieren!

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, bin ich schon mitten in der Finanzpolitik: Sehr geehrter Herr Dr. Linssen, ich muss offen zugeben, es ist mir völlig schleierhaft, wie Sie es bisher schaffen, so zu tun, als wären Sie ein solider Haushälter. Um es klar zu sagen: Sie sind es nicht! Sie waren es im letzten Jahr nicht, Sie sind es in diesem Jahr nicht, und Sie werden es auch im kommenden Jahr nicht sein! Der Landeshaushalt hat sich auf der Ausgabenseite dramatisch verschlechtert, seitdem Sie Finanzminister sind. Das zeigen die Rahmendaten Ihres eigenen Haushaltsentwurfs mehr als deutlich:

Obwohl Sie 7 Milliarden € mehr einnehmen, machen Sie 2,6 Milliarden € neue Schulden. Sie sind mit der Koalition im Jahre 2005 mit 110 Milliarden € Schulden gestartet. Zwei Jahre danach sind Sie – trotz der Milliarden Mehreinnahmen – bei fast 117 Milliarden € angekommen.

(Hendrik Wüst [CDU]: In der Zeit hätten Sie 20 Milliarden gemacht!)

Herzlichen Glückwunsch! Mit Ihrer Politik machen Sie viele Strukturen kaputt und ineffizient, aber zu Einsparungen führt das nicht. Im Gegenteil! Und das nennen Sie Haushaltskonsolidierung! Das soll solide Finanzpolitik sein? – Nein, Herr Dr. Linssen, das ist Verschuldungspolitik in Zeiten erstklassiger Wirtschaftsdaten und höchster Staatseinnahmen.

(Beifall von GRÜNEN und Hannelore Kraft [SPD])

In solchen Zeiten muss man eigentlich Schulden abbauen, nicht neue machen.

Meine Damen und Herren, wir haben 2004 erheblich höhere Ausgabenkürzungen vorgenommen als Sie. Herr Papke hat das ja eingefordert und ich gucke ausdrücklich und bewusst noch einmal zurück. Wir mussten trotzdem neue Schulden aufnehmen, weil die Konjunktur am Boden war. Unter den damals gegebenen Umständen – zu denen hat die CDU im Bundesrat mächtig beigetragen – ging es nicht besser. Sie aber haben versprochen, es besser zu machen. Damit haben Sie Wahlkampf gemacht und die Wahl zum Teil auch gewonnen. Jetzt präsentieren Sie einen Haushalt ohne jegliche Ambition zu wirklicher Konsolidierung.

Sie profitieren vom Aufschwung und den dadurch sprudelnden Steuereinnahmen, die wir nicht hatten. Und das verkaufen Sie als Entschuldungspolitik. Von angeblich echten Strukturreformen, die Sie immer wie eine Monstranz vor sich hertragen, kann überhaupt keine Rede sein. Stattdessen

steigen die Schulden trotz der genannten gigantischen Mehreinnahmen weiter.

Alle relevanten Sparmaßnahmen, die Sie vorgenommen haben, haben Sie Dritten auf die Rechnung geschrieben, meine Damen und Herren, nämlich auf die Rechnung der Beschäftigten. 1 Milliarde € hat das Land bei der Beamtenbesoldung gespart. Das haben Sie denen vor der Wahl auch ganz anders versprochen.

Vor allem haben Sie das auf die Rechnung der Kommunen geschrieben und zulasten der Bürgerinnen und Bürger, die in unseren Städten und Gemeinden Verschlechterungen hautnah zu spüren bekommen. Ich nenne nur Stichworte: Krankenhausfinanzierung, Grunderwerbsteuer, Finanzierung von Bus und Bahn, Flüchtlingsunterbringung, Abbau sozialer Infrastrukturen, steigende Elternbeiträge für Kitas und vieles mehr.

Herr Finanzminister, mit dem Griff in die Kassen der Kommunen entlasten Sie zwar den Landeshaushalt, aber an der Staatsverschuldung ändert sich dadurch gar nichts. Mit solider Finanzpolitik hat das nichts zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber Solidität ist ohnehin kein Markenzeichen dieser Regierung. Nach den großspurigen Ankündigungen vor und nach der Wahl 2005 sind Sie in den Niederungen der Realpolitik gescheitert. Stümperhafte Verwaltungsstrukturreformen, verkorkste Polizeireformen und nicht zuletzt die dilettantischen Versuche des WestLB-Verkaufs!

Wo haben Sie sich da hineinmanövriert? Erst haben Sie sich monatelang vom Bankvorstand zum Narren halten lassen. Aber statt jetzt zügig die einzig richtige Konsequenz zu ziehen und einen Zusammenschluss der WestLB mit der Landesbank Baden-Württemberg auf Augenhöhe in die Wege zu leiten, spielen Sie mitten in einer großen Bankenkrise auf Zeit. Das schadet der Bank, weil es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kunden gleichermaßen verunsichert.

Wenn insbesondere die FDP nach wie vor darauf setzt und Sie insgesamt daran glauben, dass es das Beste ist, die Landesanteile der WestLB an einen internationalen privaten Investor zu verkaufen, sind Sie blauäugig und naiv.

(Beifall von GRÜNEN und Hannelore Kraft [SPD])

Denn angesichts der Bankenkrise und angesichts des Geredes um die WestLB könnten Sie allenfalls einen Dumpingpreis erzielen und würden damit drastische Probleme für den Landeshaus-



halt hervorrufen. Ein schlichter Verkauf ist schlichter wirtschaftlicher Unfug. Und Arbeitsplätze werden dadurch auch nicht gesichert. Im Gegenteil: Gerade bei einer Privatisierung sind doch die Arbeitsplätze am meisten gefährdet.

In Wirklichkeit wollen Sie die Struktur der öffentlich-rechtlichen Banken und der Sparkassen verfrühstücken. Dort besteht nämlich auch die Verknüpfung zur geplanten Änderung des Sparkassengesetzes.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hinter dem Begriff Vertikalisierung verbirgt sich nichts anderes als die Zerstörung des Erfolgsmodells der kommunal angebundenen und vor Ort entscheidenden Sparkassen.

Herr Dr. Linssen, unsere mittelständischen Unternehmen können auf das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen nicht verzichten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und die Menschen wollen eine wohnortnahe Sparkasse, die auch das Gemeinwesen insgesamt im Blick hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, in einem Politikfeld erreichen Sie unsere schlimmsten Befürchtungen nicht nur, sondern übertreffen sie sogar, und zwar in der Umwelt- und Klimapolitik. Ihr Motto in der Umweltpolitik lautet: Agrarindustrie geht vor.

Unter dem Deckmantel Bürokratieabbau bauen Sie nicht Bürokratie, sondern Umwelt- und Verbraucherschutz ab. Sie ruinieren die Umweltschutzverwaltungen. Hier läuten Sie mit der Kommunalisierung die nächste Stufe ein.

Bei der Privatisierung machen Sie auch nicht mehr vor originären Schutzaufgaben des Staates halt. Privatisierung der Abwasserkanäle, Privatisierung der Lebensmittelkontrollen, Privatisierung im Abfallsektor – überall öffnen Sie heute neu die Türen, um morgen Dammbüche zu erzielen.

Ganz aktuell ziehen Sie das Verbraucherinformationsgesetz zurück. Die Verbraucherinnen und Verbraucher verlieren ein ganzes Jahr, meine Damen und Herren. Mit den Verbraucherzentralen schließen Sie hochtrabende Vereinbarungen, die im Kern aber nur weitere Kürzungen zur Folge haben.

Und was ist mit den lange versprochenen 300 neuen Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleuren? Als die Skandale da waren, wurde ihre Einstellung zugesagt. Bis heute gibt es

aber keinen einzigen. Ihr Motto heißt: Schlechte Ware statt guter Auskunft. – Nur weil die Menschen nicht wissen, was sie wirklich auf dem Tisch haben, ist es für sie nicht gesünder; denn Unwissen schützt vor Krankheit nicht.

Ihr Umweltministerium – Herr Uhlenberg ist nicht da – ist zu einem Agrarministerium verkommen.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Sie machen Lobbypolitik für die Agrarindustrie. Am Bio-Boom – und damit an einer wichtigen Branche, die nicht nur viele Arbeitsplätze, sondern offenbar auch das sichert, was die Menschen wollen, nämlich gesunde Ernährung für sich und ihre Familien – gehen Sie schnurstracks vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Selbst vor dem Wald machen Sie nicht halt. Der Ausverkauf des Waldes hat begonnen. Einerseits wollen Sie Staatswald verkaufen, andererseits garantieren Sie in Knebelverträgen große Absatzmengen. Das gefährdet die heimische Holzwirtschaft massiv.

Auch die Streichung von Biologischen Stationen steht noch immer im Raum.

In Bezug auf PFT – dazu kommen wir im Laufe der Plenartage ja noch – sorgen Sie auch nach mehr als einem Jahr nicht dafür, dass die Menschen vor Ort wieder ohne Sorge Wasser trinken können. Hier hat das Umweltministerium auf ganzer Linie versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei der Einrichtung von Umweltzonen lässt sich der Umweltminister von Regierungspräsident Diegel und Co. auf der Nase herumtanzen, statt das zu tun, was er selbst für richtig hält und was auch vor Ort gewollt ist.

Meine Damen und Herren, in der Klimapolitik haben Sie nicht den Ansatz eines Konzeptes, wie NRW als das Energieland in Deutschland seinen notwendigen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Wo ist das NRW-Klimaschutzkonzept mit konkreten Vorgaben, wie Sie die von der Bundeskanzlerin immer und überall verkündeten Klimaschutzziele erreichen wollen? Sie fallen der Bundeskanzlerin an der einen oder anderen Stelle doch sogar in den Rücken.

Ein Konzept? Fehlanzeige! Stattdessen auch hier: Lobbypolitik – diesmal zugunsten von RWE und Rheinbraun. Sind mehr Stein- und Braunkohlekraftwerke Ihre Antwort auf den Klimawandel? Was wir jetzt brauchen, ist ein Moratorium für den Bau von Kohlekraftwerken!

Für Schwarz-Gelb gilt hier aber einfach: Weiter so! Nach uns die Sintflut! – Nie war dieses Bild treffender als bei dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat mit der Politik der vergangenen Monate ihren Offenbarungseid gegenüber ihren eigenen Wahlversprechen abgegeben. Das haben die Menschen gemerkt.

Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Politik, und zwar eine vorausschauende Politik, die für die Zukunft, für Kinder, für das Klima und für eine gerechte Gesellschaft einsteht. Schwarz-Gelb kann es nicht. Die besten Jahre dieser Landesregierung sind vorbei – und die waren schlecht genug für unser Land.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN –  
Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Löhrmann. – Wir setzen die Debatte fort. Jetzt hat der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Rüttgers, das Wort.

**Dr. Jürgen Rüttgers,** Ministerpräsident: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen haben wir auf Schloss Cappenberg den 250. Geburtstag des Freiherrn vom Stein und das 200-jährige Jubiläum der Stein- und Hardenberg'schen Reformen im Jahre 1807 gefeiert.

Damals haben ganz wenige – nicht einmal ein Dutzend – Politiker wie vom Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau und vor allen Dingen Wilhelm von Humboldt diese Reformen ins Werk gesetzt. Sie haben eine außerordentliche Leistung vollbracht und damit die Fundamente für das moderne Deutschland gelegt.

Seinerzeit wurde manches eingeführt, was heute nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa zur Grundausstattung moderner Staaten gehört: die kommunale Selbstverwaltung, die Gewerbefreiheit, die Wehrpflicht – und auch die Einkommenssteuer, damals übrigens nur vorübergehend und mit 5 %.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das waren noch Zeiten!)

– Das waren noch Zeiten. – Die Reformer von damals wussten schon, vor welchen Schwierigkeiten wir heute nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und angesichts der Probleme in allen europäischen Industriegesellschaften vor

dem Hintergrund des Strudels der Globalisierung stehen.

Wenn man an einer solchen Veranstaltung teilnimmt und sich noch einmal ein wenig mit dem beschäftigt, um das es dort geht, muss man nach meiner Auffassung zu dem Schluss kommen, dass wir von dem Geist dieser Reformen heute einiges lernen können. Es ist der Geist der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Der Staat soll Sicherheit geben, aber die Menschen nicht bevormunden. Die Reformer von damals wussten, dass es angesichts der verkrusteten Strukturen, in denen sie versuchten, Veränderungen zu bewirken, dazu gar keine Alternative gab. Es gab keine Alternative dazu, Neues zu wagen. Weil sie den Mut hatten, Neues zu wagen, haben sich neue Chancen aufgetan, und das Land hat sie damals genutzt.

Es gibt noch etwas Interessantes, was man damals gespürt und gesehen hat. Auch damals hat es Widerstand gegeben. Es war leicht, Widerstand zu mobilisieren, vor allen Dingen bei Projekten und Veränderungen, deren positive Wirkungen erst mittel- und langfristig eintreten. Mut zur Veränderung, den Mut, etwas Neues zu wagen, das ist damals wie heute notwendig, wenn das Land nicht den Anschluss verlieren soll.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen haben 2005 eine Erblast aus 39 Jahren SPD übernommen,

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

eine Erblast, die ihresgleichen sucht. Die Tatsache, dass Sie so reagieren, wie Sie reagieren, und Ihre Vertreter hier so geredet haben, wie sie geredet haben, zeigt, dass Ihnen das wichtigste Ziel ist, möglichst über die reale Situation in Nordrhein-Westfalen nicht zu reden und stattdessen so zu tun, als wäre die Landesregierung für alles, was Sie angerichtet haben, verantwortlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist schon toll. Ich glaube, es gehört entweder ungeheurer Mut oder ungeheure Verdrängungskraft dazu, dem Finanzminister zu sagen: Es ist unglaublich, dass Sie immer noch Schulden aufnehmen. – Jetzt könnte ich wer weiß was für Rechnungen aufmachen. Natürlich – er hat es ja vorgetragen – müssen wir noch Schulden aufnehmen. Ich würde ja ernsthaft über dieses Argument nachdenken, wenn Sie nicht gleichzeitig mit dem Ausdruck der Entrüstung sagen würden: Sie sparen die sozialen Strukturen kaputt. Sie

sparen zu viel. Das ist alles nicht in Ordnung. – Das passt nicht zusammen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist wahr, dass wir in den vergangenen zwei Haushaltsjahren Schulden gemacht haben und in dem Haushaltsjahr, um den es in dieser Debatte geht, nämlich den Haushalt 2008, Schulden machen werden. Wenn das so beschlossen wird, dann werden es in unserer Regierungszeit aufaddiert 8 Milliarden € sein. Nehmen wir jetzt einmal die Schulden, die in den letzten drei Jahren Ihrer Regierungszeit entstanden sind. Wenn man diese Zahlen aufaddiert, dann landet man bei 20 Milliarden €. Wenn ich diese Zahlen als Bilanz meiner eigenen Finanzpolitik hätte, dann wäre ich ein klein wenig vorsichtiger.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber es waren ja nicht nur die 110 Milliarden € Schulden, die wir übernommen haben, sondern auch über 1 Million Arbeitslose, eine Bürokratie, die Initiative in diesem Land nicht gefördert, sondern erstickt hat, eine immer schlechte werdende Infrastruktur, Hochschulen, die sich nicht frei bewegen konnten, und ein Schulsystem, das nach Feststellung aller neutralen Fachleute das unsozialste Schulsystem war, das es in Deutschland überhaupt gegeben hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen und werden diese Erblast abtragen, nicht von jetzt auf gleich, aber Schritt für Schritt und jeden Tag ein bisschen mehr, weil es einfach richtig ist: Wer stehen bleibt, der fällt zurück. Das Problem, das in Ihren Reden zum Ausdruck kommt, ist, dass Sie in Wahrheit ein Zurück zu den alten Zuständen fordern. Das kann doch nicht die Antwort auf die Probleme dieses Landes sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist richtig – darauf hat die Vorsitzende der SPD-Fraktion hingewiesen –, dass diese Debatte nicht nur eine Finanzdebatte, sondern traditionell in jedem Parlament auch so etwas wie eine Generaldebatte ist. Nachdem ich die Ankündigungen der letzten Tage und Wochen gehört und gelesen habe, was alles stattfinden würde und wird – heißer Herbst –, habe ich gedacht, dass irgendetwas passiert. Heißen Herbst anzukündigen und dann, Frau Kraft, nur einen lauen Wind abzuliefern, das ist keine starke Nummer.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe auch immer nach konkreten Lösungsvorschlägen gesucht. Derartige Vorschläge muss

man vielleicht in der Opposition nicht so konkret machen – dafür habe ich Verständnis; das ist ja auch schwierig –, aber ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass man dies durch Verdrehungen und Verfälschungen ersetzt. Das ist nicht akzeptabel.

(Sören Link [SPD]: Starker Tobak! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich sage das vor dem Hintergrund der Tatsache, dass bekanntermaßen Lügen, Unwahrheiten und solche Sachen kurze Beine haben.

(Sören Link [SPD]: Dass Sie überhaupt noch ans Mikro kommen, ist ein Wunder!)

Frau Kraft, Sie müssen sich da etwas überlegen.

(Zuruf von der SPD: Sie müssen sich etwas überlegen, nicht wir!)

Sie können es nicht. Wenn Sie zum Beispiel behaupten, dass wir die Sparkassen – so haben Sie formuliert – direkt in die Privatisierung führen, dann frage ich mich angesichts der Gesetzesvorschläge des Finanzministers, was so etwas Verquastes eigentlich soll.

(Zurufe: Lauter!)

– Schimpfen Sie aber nicht, wenn ich jetzt lauter rede, ich würde zu laut reden. – Ich weiß nicht, was das soll. Meinen Sie, ich hätte nicht die Aufrufe zu den Demonstrationen gesehen, wo unter anderem Sie und Ihre Parteifreunde Unterstützung zugesagt haben und wo stand: „Gegen die Privatisierung der Sparkassen!“? Niemand will die Sparkassen privatisieren. Dies wurde klipp und klar immer wieder gesagt.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wer etwas anderes unterstellt, der lügt, der sagt die Unwahrheit.

(Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Sie behaupten etwas Falsches und reden hier verquast herum, weil Sie genau wissen, dass Sie draußen etwas Falsches gesagt haben. Das ist das, was Sie hier vorgeführt haben.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Oder: Sie stellen sich hierhin und sagen zum Stichwort „Jahr des Kindes“, es sei bei den Kindern gespart worden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ja!)

Auch das haben wir schon mehrfach miteinander diskutiert. Wenn Sie das wider besseres Wissens weiter behaupten, dann ist dies der deutschen Sprache nach nicht nur die Unwahrheit, sondern Sie sagen wissentlich die Unwahrheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Von 2005 auf 2006 haben wir in den Einzelplänen für Schule, Kinder und Jugendhilfe rund 280 Millionen € mehr eingestellt, von 2006 auf 2007 32 Millionen € und von 2007 auf 2008 121,6 Millionen €. Wer dann wie Sie so etwas behauptet, der sagt entweder wissentlich die Unwahrheit oder kann nicht rechnen. Beides ist für eine Oppositionsführerin, die etwas werden will, schlichtweg nicht zulässig.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das ist doch Quatsch! – Sören Link [SPD]: Sagen Sie das mal den Eltern in Gelsenkirchen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Jetzt sind wir beim nächsten Punkt, ihrer Behauptung, es sei ja ganz furchtbar, dass Kommunen hinsichtlich der Ganztagschulen zu spät dran waren und das Geld nicht bekommen haben. Dazu darf ich Sie freundlicherweise darauf hinweisen, dass der Grund, weshalb das Geld nicht da ist, die Tatsache ist, dass das Bundesprogramm, das Geld zur Verfügung gestellt hat, weggefallen ist. Dafür tragen unter anderem auch Sie die Verantwortung. Das hätten Sie verhindern können.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Wenn Sie sagen, dass Lügen kurze Beine haben, stehen Sie auf einem Stuhl! – Zurufe von der SPD – Anhaltende Unruhe – Glocke)

Wenn Sie wissen, dass die entsprechenden Mittel im Landeshaushalt von 2007 auf 2008 von 12,627 auf 12,668 Milliarden € – das heißt: um 41 Millionen € – erhöht wurden, und vortragen, dass dieser Anstieg um 41 Millionen € aber keine starke Nummer sei, dann unterschlagen Sie, dass das Geld, das vom Bund wegfällt, nämlich 160,1 Millionen €, von uns ersetzt und zusätzlich zur Verfügung gestellt wird. Damit sagen Sie schon wieder die Unwahrheit, weil Sie verschweigen, dass wir das Geld kompensieren, das vom Bund nicht mehr kommt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Entweder lernen Sie Rechnen, oder Sie stellen Leute ein, die rechnen können.

(Ralf Jäger [SPD]: Taschenspielertricks! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie meinen, dass Sie sich hierhin stellen und irgendetwas behaupten könnten und wir Ihnen das durchgehen ließen, dann haben Sie sich vertan. Das wird dann hier diskutiert.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich komme zum sechsten Punkt. Sie behaupten, die Sofortinitiative mit dem Programm aus dem Haushalt 2007 in Höhe von rund 400.000 €, um Kindern in unseren Einrichtungen zu einem Essen zu verhelfen, hätte ich zurückgezogen. Das ist die Unwahrheit. Ich habe sie nicht zurückgezogen, sondern wir haben drei Punkte vorgelegt – das ist übrigens alles nachlesbar –: zuerst einmal 400.000 € aus dem Ehrenamtstitel, zweitens der Fonds in Höhe von 10 Millionen €, im Haushalt nachzulesen, und drittens die Ankündigung, dass wir uns im Bundesrat dafür einsetzen werden – übrigens auch mit SPD-Ländern, mit denen wir zurzeit darüber reden –, dass die entsprechenden Vorschriften – unter anderem für die Hartz-IV-Bezieher – geändert werden, sodass das generell geregelt wird. Wenn das so ist, kann man sich nicht hier hinstellen und behaupten, dass das eine nicht stattfindet und das andere nicht reiche.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Verehrte Frau Kraft, vielleicht hätten Sie einmal Ihre Bürgermeister fragen sollen. Sie wissen, dass ich die Bürgermeister in diesem Land angeschrieben und gebeten habe, mir sehr schnell Initiativen zu nennen, die Geld brauchen. Übrigens, falls Sie es nicht verstanden haben: Ich habe das deshalb gemacht, damit wir nicht erst auf die Haushaltsbeschlüsse dieses Parlaments für 2008 warten müssen, bis die Kinder etwas bekommen, sondern damit mit dem Geld, das ich im Haushalt 2007 frei verfügbar hatte, geholfen wird – das heißt: so schnell wie möglich. Die Kinder haben nämlich jeden Tag Hunger und nicht erst, wenn der Landtag irgendeinen Antrag der Grünen oder der SPD beschlossen hat.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Die Kommunen, die geantwortet haben, haben 289 Initiativen gemeldet, und wir werden Sie in den nächsten Tagen darüber unterrichten. Ich war in der einen oder anderen Einrichtung und kann sagen: Es sind manchmal ganz kleine Beträge, die helfen können, um unter anderem einen Notstand zu beseitigen, den ich persönlich furchtbar finde.

Ich sage dabei auch, dass ich kein Verständnis dafür habe, wenn uns kommunale Spitzenverbän-

de etwa vorrechnen, dass das alles ein bisschen bürokratisch sei. Mir wäre es lieber, dass geholfen wird, und zwar in einer Situation, die ich unerträglich finde: Kindergartenleiterinnen haben mir erzählt, dass es in einer solchen Einrichtung Eltern gibt, die ihre Kinder zum Mittagessen anmelden und andere, die ihre Kinder wieder abmelden, und sie dann vor der Situation stehen, dass die einen Kinder, die bezahlt haben, in einem Raum Essen bekommen und die anderen dann vielleicht, wenn ein großes Herz da ist, einen Müsliriegel erhalten. Das kann nicht sein. Wenn man dort mit 1.000 € helfen kann, dann helfen wir dort, wo wir können, und versuchen das gemeinsam zu regeln, damit die Kinder in diesem Land da, da wo es notwendig ist, etwas zu Essen bekommen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Es wird kritisiert, dass eine gnadenlose Unterfinanzierung ...

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Habe ich behauptet, das Problem sei damit gelöst? Warum habe ich denn drei Vorschläge vorgelegt? – Ich habe doch nicht behauptet, dass das Problem damit gelöst ist. Wir können jetzt ein paar Probleme lösen. Mir ist es lieber, bei den paar Problemen helfen zu können als gar nicht, und insofern verstehe ich Ihre Zwischenrufe nicht. Ich verstehe Sie wirklich nicht.

Sie haben kritisiert, es gebe eine – wörtlich – gnadenlose Unterfinanzierung der Familienzentren, eine gnadenlose Unterfinanzierung der neuen Sprachförderung und eine gnadenlose Unterfinanzierung der Ganztagschulen.

(Zuruf von Sören Link [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich kann ja verstehen, dass man als Opposition sagt: Ich will, dass dort mehr Geld hinkommt. Stellen Sie bitte Ihre Anträge. Sie haben heute keine angekündigt, aber Sie haben ja auch noch Zeit, darüber zu diskutieren.

Was ich aber auch nicht durchgehen lassen werde, ist, dass Sie, die Sie Mitglied der abgewählten Landesregierung gewesen sind, sich hierhin stellen – Sie, die Sie niemals, weder bei der Sprachförderung noch bei den Familienzentren noch bei der Ganztagschule, etwas gemacht haben – und kritisieren, was wir anfangen, nämlich das Schritt für Schritt umzusetzen.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt nicht! – Zurufe von der SPD)

Das ist unehrlich und nicht akzeptabel.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Ich komme zu meinem achten Punkt zu Ihrer Rede. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass Sie an einem Antrag zu Ihrem Bundesparteitag arbeiten. Wenn ich es richtig gesehen habe, haben Sie eine Aussage zur Zeitarbeit gemacht.

(Zurufe von der SPD: Lauter!)

– Vielleicht hören Sie auf zu schreien, dann können Sie mich auch verstehen!

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie schreien, muss ich hier nicht lauter werden. Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen.

(Zuruf von Annegret Krauskopf [SPD])

Wenn Sie zum Stichwort Zeitarbeit darauf hinweisen, dass da dringender Handlungsbedarf ist, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass mein verehrter Vorgänger, Wolfgang Clement, Ihnen dazu das Notwendige gesagt hat.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

– Entschuldigen Sie, das ist wichtig. Das ist einer der Bereiche, in denen nach wie vor Leute eingestellt werden, wobei wir wissen – das hat Wolfgang Clement mit Recht gesagt –: Eine pauschale Kritik, die Herr Clement Frau Kraft und Herrn Wetzel vorwirft, bedeutet, völlig zu verkennen, dass die Zeitarbeit nicht nur, wie Sie gesagt haben, zum Abarbeiten von Spitzen notwendig ist, sondern vor allen Dingen dazu dient, dass Menschen, die keine Arbeit haben, wieder einen Weg zurück in einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz bekommen. Insofern war das wieder schlichtweg am Problem vorbeigeredet.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, dass die neuen Ergebnisse der Lernstandserhebungen besagen, dass jeder vierte NRW-Schüler Hilfe braucht und dass Sie sich dadurch in Ihren Vorstellungen zur Schulpolitik bestätigt fühlen – ich komme gleich darauf –, dann möchte ich Sie einfach darauf hinweisen, dass diese Lernstandserhebung in der 8. Klasse stattgefunden hat. Ich wäre ein bisschen vorsichtig, das als Ergebnis meiner Politik hier zu verkaufen. Es wird doch wohl nicht alles in der 7. oder 6. Klasse passiert sein. Die Kinder sind auch schon zu Ihrer Regierungszeit in der Schule gewesen.

(Beifall von CDU und FDP)

Gerade weil damals unter anderem im Bereich der frühkindlichen Förderung, unter anderem in der Grundschule, unter anderem im Sprachunterricht nichts passiert ist, haben wir jetzt diese Ergebnisse.

(Beifall von CDU und FDP)

Nicht umsonst findet sich heute in mehreren Artikeln der Hinweis darauf, dass dies eine rot-grüne Bürde ist, die wir zu tragen haben.

(Zurufe von der SPD)

Ganz wichtig ist es, dass wir nicht nur dafür sorgen – das wurde eben schon gesagt –, dass in den Schulen Reformen stattfinden,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

sondern dass wir auch dafür sorgen, dass wir, wenn es irgendwie geht, eine bessere Lehrer-Schüler-Relation bekommen, sprich: kleinere Lerneinheiten.

Ich möchte Sie darüber informieren, dass diese Schüler-Lehrer-Relation zu Ihrer Zeit bei 18,59 lag und inzwischen bei 17,52 liegt. Das ist noch nicht das, was wir wollen. Aber es ist besser geworden, und darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte noch eine letzte Bemerkung machen.

(Zuruf von der SPD: Sehr selektiv!)

– Die Themen habe ich nicht selektiv ausgesucht, sondern sie kamen in der Rede von Frau Kraft vor. Im Moment spreche ich dazu.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie reden als Buchhalter, nicht als Ministerpräsident!)

Was mich zum Schmunzeln gebracht hat, ist die Tatsache, dass Sie sich darauf bezogen haben, dass Demonstrationen stattfinden. Das ist unbestreitbar. Ich habe mich daran erinnert, dass ich, als ich Oppositionsführer war, immer diese Debatte mit Herrn Steinbrück geführt habe. Er warf mir vor, ich sei bei diesen Demonstrationen gewesen, und hat dann immer versucht, das nachzuweisen. Natürlich war ich bei einigen.

Ich werfe Frau Kraft auch nicht vor, dass sie an Demonstrationen teilnimmt. Was mich nachdenklich macht, ist aber, dass Frau Kraft an Demonstrationen zur Steinkohle teilnimmt, auf denen gegen den Ausstieg aus der Steinkohle demonstriert wird – dort wird versichert, man stehe an der Seite der Kumpel –, und dann, wenn das Ergebnis vorliegt, hier sagt, man könne mit diesem kohlepoliti-

schen Kompromiss leben. Wörtlich: Er ist für uns tragbar. Ich sage Ihnen: Es wird Ihnen genauso bei den Demonstrationen gehen, die mit dem Personalvertretungsgesetz, mit KiBiz und anderem zu tun haben. Sie werden groß protestieren. Aber dann, wenn die Wirkungen dieser Gesetze deutlich werden – in einer effektiveren bürgerfreundlicheren Verwaltung, in besseren Kindergärten –,

(Lachen bei der SPD)

werden Sie sagen: Das war unsere Idee. Das haben wir immer schon gewollt. – Das führen Sie hier vor.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie vergleichen Äpfel mit Birnen! – Britta Altenkamp [SPD]: Mit Sicherheit nicht!)

Ich habe immer gesagt – dabei bleibt es auch –: Ich nehme solche Demonstrationen ernst. Es ist das Recht der Menschen, wenn sie mit einer Initiative der Landesregierung oder der Koalitionsfraktionen nicht einverstanden sind, ihre Meinung zu sagen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Großzügig!)

Ich finde es ungeheuer wichtig, dass es, gerade wenn Demonstrationen von Gewerkschaften veranstaltet werden, weiterhin Gespräche gibt. Ich verhehle auch nicht, dass mir die eine oder andere Formulierung, die auf diesen Demonstrationen von Funktionären gewählt wurde, Sorge gemacht hat, weil man sich fragt, wenn da von Dauerkrieg mit der Landesregierung die Rede ist, wie angesichts einer solchen Wortwahl eine Zusammenarbeit etwa beim Thema Lehrstellen möglich sein soll.

Ich freue mich deshalb, dass der Landesvorsitzende des DGB, Guntram Schneider, nicht nur Herrn Kollegen Papke, sondern auch mich angeschrieben hat. Das wurde veröffentlicht. Jeder von uns weiß, dass der Landesvorsitzende des DGB ein Mann des großen Wortes ist. Ich finde es gut, dass er sagt, er wolle keinen Dauerkrieg, er wolle ein Gespräch führen. Ich werde dieses Gespräch selbstverständlich führen. Wir werden uns auch im Ausbildungskonsens sehen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass sich Herr Schneider, wenn er den Dauerkrieg beenden und die Friedenspfeife rauchen will, beeilen muss, weil ab 1. Januar in der Staatskanzlei das Rauchen verboten ist, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD – Britta Altenkamp [SPD]: Mensch, haben wir gelacht!)

Wir werden als Landesregierung unseren Weg weitergehen. Wir wissen, dass wir den Menschen im Land in den vergangenen zwei Jahren viel zugemutet haben. Wir leben in schwierigen Zeiten. Es wäre ein Wunder, wenn es gegen die große Anzahl von Veränderungen keine Proteste gäbe.

Aber ich frage zurück: Wann, wenn nicht jetzt, ist die richtige Zeit, um weitere Weichen richtig zu stellen? Das gilt gerade in einer Zeit, in der wir eine gute Konjunkturlage haben. Wann ist denn die richtige Zeit, Reformen durchzuführen, wenn nicht jetzt, da wir eine sehr positive Wende zum Besseren haben? Der Aufschwung, den wir zurzeit erleben, zeigt uns, dass sich der Einsatz für Veränderungen lohnt.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das hat nichts damit zu tun!)

Es ist einfach schön, dass es erste Früchte der Anstrengungen der Menschen in diesem Land gibt, die in den vergangenen zwei Jahren, wenn ich etwa an die Schulpolitik denke,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

ungeheure Veränderungen akzeptiert und umgesetzt haben.

(Zuruf von der SPD: Das ist ungeheuerlich! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Die Wirtschaft wächst so stark wie seit Jahren nicht mehr. Die Unternehmensinsolvenzen gehen zurück. Der Exportmotor läuft.

(Zuruf von Wolfgang Jörg [SPD])

Die Ausfuhren aus Nordrhein-Westfalen sind im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 14,5 % gestiegen.

(Ralf Jäger [SPD]: Dieser Aufschwung ist nicht Ihr Aufschwung! – Weitere Zurufe)

Die Arbeitslosigkeit sinkt: allein im ersten Halbjahr um 170.000 Personen bzw. um 16,6 %. Besonders erfreulich ist der Rückgang von rund 25 % bei der Jugendarbeitslosigkeit.

(Beifall von der CDU)

Wir haben mit 1,99 Milliarden € die niedrigste Neuverschuldung seit 1977. Alle Rankings zeigen: Wir holen auf – zwar langsam, aber es ist Bewegung drin.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Jeder weiß, dass solche Veränderungen dazu führen, dass sich Bewegung verstärkt. Deshalb ist das Wichtigste, nicht nachzulassen. Daher wird die Landesregierung auch weitere wichtige und

konkrete Reformvorhaben in den kommenden Wochen und Monaten einleiten.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Dazu gehören der weitere Ausbau der Ganztagschule, die Überarbeitung des Curriculums für die Hauptschule, die Reform der Lehrerbildung, das Thema Ingenieurnachwuchs,

(Zuruf von der SPD: Alles rot!)

die Modernisierung des Sparkassenrechts,

(Rainer Schmelzer [SPD]: Modernisierung nennen Sie das? – Zerschlagung!)

die Pensionen mit 67, die Fortsetzung der Verwaltungsmodernisierung, die Novellierung des Landesplanungsgesetzes, die Novellierung des Landeswassergesetzes,

(Zurufe von den GRÜNEN: Aufhören, aufhören!)

die Klimafolgenstrategie und der Kampf um die Lehrstellen im Land.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Aus Ihrem Mund klingt das wie eine Drohung!)

Wir wollen das ernst nehmen. Ich nehme sowohl die Industrie als auch das Handwerk beim Wort, wenn sie sagen, dass sie bereit sind, in diesem Jahr jedem, der kann und will, eine Lehrstelle anzubieten.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Warum verschlechtern Sie dann die Fördermöglichkeiten bei der Ausbildung?)

Aber ich sage auch, dass damit das Problem noch nicht gelöst ist; denn es sind noch unglaublich viele junge Leute in der Warteschleife.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden nicht den Weg der Vorgängerregierung gehen, indem wir sie einfach nur zwei Tage in der Berufsschule schicken und dann sagen, dass sie damit aus der Statistik heraus sind.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir werden uns vielmehr bemühen, denjenigen, die suchen, irgendeinen Weg zu zeigen, wobei „irgendein Weg“ immer einen Weg meint, der sich möglichst nah an der betrieblichen Wirklichkeit orientiert.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Sie versuchen es schon seit zwei Jahren, aber es greift nicht!)

Das Werkstattjahr, das wir eingeführt haben, ist inzwischen bundesweit anerkannt als ein intelligenter neuer Ansatz, gerade den jungen Leuten in der Warteschleife zu helfen, die bisher keine Lehrstelle bekommen haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das greift doch nicht! Schauen Sie sich die Praxis an! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Sie haben natürlich Recht, dass das nicht reicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das greift nicht!)

– Das reicht nicht; das sagte ich doch.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das greift nicht!)

– Da passiert nichts? Gar nichts? Das greift überhaupt nicht?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das greift überhaupt nicht! Schauen Sie sich doch die Praxis an!)

– Fragen Sie doch einmal die 3.000 jungen Leute!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sollten das nicht schon längst 10.000 Jugendliche sein?)

Sie sind glücklich, dass sie eine Lehre machen können und dass sie zum Schluss noch einen Lehrabschluss bekommen. Es reicht nicht, nur zu sagen, das greife nicht. Machen Sie doch bessere Vorschläge; dann diskutieren wir darüber.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Machen wir doch!)

Ich habe zum Beispiel einen Vorschlag: Lassen Sie uns die Mittel aus der Weiterbildung bei der Bundesagentur für Arbeit für ein bundesweites Programm nutzen, das genau in diese Richtung geht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Greifen Sie doch einfach unsere Vorschläge auf! Die ignorieren Sie doch!)

Was man dabei spart, könnte, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, 20.000 Plätze bundesweit bringen, darunter 4.000 für Nordrhein-Westfalen. Dann wären wir wieder einen Schritt weiter, und 4.000 junge Leute hätten eine Lebensperspektive bekommen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war der typische Rüttgers: viele Worte, keine Taten! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben in den Reden gemerkt, dass wir im Moment im Land eine Debatte darüber führen, ob sich die politische

Landschaft nach der nächsten Landtagswahl, vielleicht schon bei der Kommunalwahl verändert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zu welchem Datum denn?)

Ich glaube, dass das eine Debatte ist, die geführt werden muss. Ich will Ihnen auch meine Meinung dazu sagen: Ich sehe keine linke Mehrheit in Deutschland – auch nicht in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Aber ich finde, dass die Debatte darüber geführt werden muss, wie wir mit der Tatsache umgehen, dass sich eine neue Partei im Parteienspektrum – auch im Parteienspektrum des Westens – zu etablieren droht.

Dabei stellt sich die Frage: Versucht man aus machttaktischen Gründen, alles offen zu lassen? Vielleicht kann man die Partei noch einmal brauchen; vielleicht ergibt sich eine Chance, die ich für mich selber aus eigener Kraft gar nicht mehr sehe.

(Lachen von der SPD)

Oder versucht man eine inhaltliche Auseinandersetzung? Ich glaube, dass man die inhaltliche Auseinandersetzung führen muss.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Anfangen!)

Ich weiß, dass es zum Beispiel bei den Gewerkschaften eine große Unruhe darüber gibt, wie viele langjährige Gewerkschafter sich jetzt bei der Linken engagieren. Spätestens dieser Punkt sollte Sie nachdenklich machen. Es ist richtig: Geschichte wiederholt sich nicht, aber man kann bekanntermaßen aus der Geschichte lernen.

In der Weimarer Republik war das schon einmal so. Damals gab es die Spaltung der SPD in eine USPD und eine MSPD.

(Sören Link [SPD]: Sie kommen gar nicht auf die Blockflöten zu sprechen!)

Das Allerschlimmste war: Durch diese Entwicklung hat sich das Klima zwischen den Parteien in einer Art und Weise verschlechtert, dass letztlich das politische Klima vergiftet worden ist.

(Lachen von der SPD – Ralf Jäger [SPD]: Das ist Geschichtsklitterung! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich würde mit solchen Fragen, werte Kolleginnen und Kollegen, etwas ernsthafter umgehen, als Sie es gerade mit Ihren Zwischenrufen tun.

(Beifall von CDU und FDP)



Aus der USPD wurde im Anschluss die KPD. Die Demokratie war zu Ende.

(Zurufe von der SPD)

Und am Schluss: Nach dem Krieg war Deutschland 40 Jahre gespalten.

(Zurufe von SPD, Johannes Remmel [GRÜNE] und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Wenn sich die neue radikale Linkspartei – nach meiner Auffassung ist das eine Ansammlung von Radikalen und von Populisten – in den Parlamenten beginnend mit der kommunalen Ebene etabliert, haben wir ein großes Problem.

(Sören Link [SPD]: Sagen Sie doch etwas zu Herrn Schill!)

Deshalb ist es richtig, sich jetzt mit dem Thema zu beschäftigen.

(Sören Link [SPD]: Unverschämtheit!)

– Die Tatsache, dass Sie „Unverschämtheit“ rufen, zeigt nur, dass Sie entweder völlig ahistorisch sind oder nicht verstehen, worum es geht.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Ich könnte Ihnen jetzt die Umfragen der letzten Tage auseinandernehmen und das darlegen, was die Leute glauben, was sie von der SPD zu halten haben.

(Zuruf von der SPD: Peinlich!)

Ich wollte das bewusst nicht tun, sondern ich wollte auf die Notwendigkeit hinweisen, das Thema ernst zu nehmen. Ich füge hinzu: Das ist nach meiner Auffassung nicht nur ein Problem der Linken, sondern wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass alle Parteien in Deutschland an Vertrauen verloren haben.

Wenn man das mit Fachleuten diskutiert, gibt es zwei Thesen: Die einen sagen, das war ein Konjunkturproblem, und der Zyklus „Verlust des Vertrauens“ wird sich wieder umkehren, je länger die Konjunktur gut läuft. Der anderen sagen, das ist ein Strukturproblem. Ich persönlich glaube, dass es ein Strukturproblem ist. Ich weiß nur eines: Radikale Konzepte und Populismus sind keine Lösungen – weder auf der linken noch auf der rechten Seite. Wir müssen dem vielmehr in beiden Fällen entschlossen entgegentreten, und zwar da, wo es auftritt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist es für Sie, Frau Kraft, wichtig, dass Sie die Undeutlichkeiten – das, was Sie in den letzten Wochen offen gelassen haben – beseitigen und klar sagen, dass das für Sie keine Perspektive ist. Sie werden nicht drum herumkommen. Sonst werden Sie die Türe öffnen, und genau durch das Tor werden die dann reingehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich weiß, dass das für die Opposition schwierig ist. Bisher hat sie nicht den Mut gehabt, sich von der verfehlten Politik der eigenen Regierung in den letzten Jahren zu distanzieren. Das ist auch schwer; das gebe ich zu. Ich finde – auch das möchte ich Ihnen sagen –, das kann man vor allen Dingen dann beseitigen, wenn man in den Aussagen klar wird und einfach das sagt, was man will.

Ich habe mit Interesse gelesen, was Sie am 19. August 2007 zum Thema Hartz IV gesagt haben:

„Wie jedes andere Gesetz müssen sie“

– die Hartz IV-Reformen –

„aber gelegentlich überprüft werden.“

Sie werden mir gestatten, dass mir das nicht konkret genug ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Überprüfung gibt es bis heute nicht!)

Ich möchte gerne von Ihnen Folgendes wissen – das muss nicht heute sein –: Wollen Sie die Sätze erhöhen? Sind Sie jetzt für eine gerechtere Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes? Sind Sie für eine Erhöhung des Schonvermögens? Können Sie mir sagen, warum Ihr Parteifreund aus Nordrhein-Westfalen, Bundesarbeitsminister Müntefering,

(Ralf Jäger [SPD]: Wo ist Ihre Bundesratsinitiative?)

bisher schlichtweg verhindert, dass alle Gespräche, die in Berlin auf Koalitionsebene gelaufen sind, zu einem Erfolg werden? Können Sie mir erklären, warum Sie dann sagen: „Da muss etwas passieren!“? Sind Sie für die Revision, sind Sie gegen die Revision?

Das sind zum Beispiel Unklarheiten, die die Menschen nicht durchgehen lassen. Sie werden sauer und verlieren das Vertrauen in die Politik, wenn seit einem Jahr ein solches Thema diskutiert wird, während Menschen Angst haben, sozial abzustiegen, wenn sie arbeitslos werden, und Sie sagen:

Jedes Gesetz muss einmal überprüft werden. – Das reicht nicht, meine Damen und Herren!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo sind Ihre Initiativen als Ministerpräsident? Worthülsen! – Zuruf von der SPD: Sie sind doch gescheitert!)

Eine ähnliche Situation haben wir wohl im Bereich der Schulpolitik. Dazu ist eben schon einiges gesagt worden. Sie wollen nun auf Ihrem Parteitag ein Modell beschließen. In Ihrer Rede haben Sie eben gesagt: Mut zu neuen Ideen. Das ist wieder ein starker Satz. Können Sie mir bitte einmal erklären, was denn an der Idee dessen, was Sie Gemeinschaftsschule nennen, neu ist? – In Wahrheit wird die alte Koop-Schule aus 1976 vorge schlagen!

(Beifall von CDU und FDP)

1976 sind Sie in einem Volksbegehren an den Eltern und Lehrern gescheitert. Danach hätten Sie in Ihrer Regierungszeit wahrlich Jahrzehnte genug Zeit gehabt, etwas zu verändern, wenn Sie immer noch davon überzeugt waren. Sie haben den Mut nicht gehabt, dieses Modell während Ihrer Regierungszeit umzusetzen. Jetzt versuchen Sie, dieses alte Modell als neues Modell zu verkaufen. Die Wahrheit ist, dass die Einheitsschule nicht neu ist, sondern das älteste Modell der Schulpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Vorwärts zurück in die 68er-Jahre! Das ist das Konzept, was Sie verfolgen.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Ich habe mich für die Frage interessiert, was das eigentlich bedeutet. Es war kein starker Auftritt zu sagen: Wir werden ein Gesetz vorlegen, wenn wir an der Regierung sind. – Glauben Sie denn, wir würden Ihnen durchgehen lassen, dass Sie die nächsten zwei Jahre plus x hier herumlaufen und verkünden: „Wir haben das neue Modell“, ohne den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern, den Schülerinnen und Schülern zu sagen, was das konkret bedeutet?

(Dietmar Brockes [FDP]: In 30 Jahren!)

– Ja, in 30 Jahren kommt das dann irgendwann. Die Debatte wäre natürlich auch spannend, einmal den Antrag zu stellen, ob es 2008, 2009, 2010 eingeführt wird. Wahrscheinlich nicht 2010 – da hat man Angst vor den Wahlen –, aber 2011, dann greifen wir richtig an. – Diese Aussage ist ja gerade gemacht worden.

Mich interessiert die Frage, was das eigentlich bedeutet, wenn alle Schulen – Gesamtschule, Realschule, Hauptschule und Gymnasium – bis zur Klasse 10 in einer Schule sind. Eines ist doch völlig klar: Die flächendeckende Einführung der Einheitsschule bedeutet, dass die bisherigen Schulen – Realschule, Gymnasium, Hauptschule und Gesamtschule – aufgelöst werden müssen. Das wollen wir als Erstes festhalten.

(Beifall von der FDP)

Das Zweite kann man überschlagen. Wir haben eine Rechnung aufgemacht, was dann an Angebot notwendig ist – es wird ja ein differenziertes Angebot mit unterschiedlichen Kursen, mit unterschiedlichen Formen auch der Betreuung der Schwächeren sein müssen – und wie groß diese Schulen sein müssen, damit sie überhaupt funktionieren. Wir haben überschlagen, dass Sie etwa 1.000 Schüler haben müssen, damit dieses Angebot überhaupt gemacht werden kann.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Quatsch!)

Anders lässt sich ein breites Fächerangebot nicht realisieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dieser Antrag scheint Sie sehr nervös zu machen!)

Das bedeutet aber im Klartext, dass Hunderte von Schulen – vor allen Dingen im ländlichen Raum – die Türe zumachen müssen und die Schulwege wieder länger werden. Das ist die unmittelbare Konsequenz.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie nervös müssen Sie sein, dass Sie sich vor dem Parteitag schon so intensiv auseinandersetzen!)

Dies bedeutet, dass dort, wo das Ganze zusammengezogen wird, massiv ausgebaut und massiv – in Milliardensummen – in weitere neue Schulbauten investiert werden muss. Das kann man bereits heute beziffern. Auch das ist eine der Konsequenzen. Die Kapazitäten unserer heutigen Schulen werden dafür überhaupt nicht ausreichen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dümmer geht's nicht! – Johannes Remmel [GRÜNE]: Reden Sie doch mal über den Haushalt!)

Das Schulministerium schätzt, dass wir für diese Binnendifferenzierung etwa 10.000 zusätzliche Lehrer brauchen werden. Ich will gar nicht beziffern, was das bedeutet.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das können Sie auch gar nicht!)

Ich sage das deshalb, Frau Kraft, damit klar ist, dass wir Ihnen und der SPD nicht durchgehen lassen werden,

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD] – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

einen Antrag auf den Weg zu bringen, in dem Sie sagen, Sie hätten ein neues Modell, die Leute aber darüber im Unklaren lassen, was das bedeutet – übrigens auch für die Gemeinden und Kreise, für die kommunale Familie.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Ich vermute, dass die SPD-Leute, die Schulpraktiker, die Ihnen den Brief geschrieben haben, Recht haben. Mit diesem Modell werden Sie nicht nur die Verbesserung des jetzigen Schulsystems unmöglich machen, sondern wahrscheinlich derart in die Irre laufen, dass es von keiner Regierung umzusetzen wäre – auch dann nicht, wenn Sie selber dran wären.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Mit dieser Landesregierung werden Sie es jedenfalls nicht erleben, dass wir Experimente auf dem Rücken unserer Kinder austragen. Das werden wir nicht machen!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt derjenige, der die Kindergelder kürzt! – Sören Link [SPD]: Viel Spaß im Schützengraben!)

Frau Kraft, ich wollte mich herzlich dafür bedanken, dass Sie gestern eine Pressekonferenz gegeben haben – zumindest gibt es eine Meldung der „dpa“ –, in der Sie der Öffentlichkeit mitgeteilt haben, dass Sie die Gemeinschaftsschule eigentlich gar nicht wollen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

– Doch! Hier steht: Die SPD will das dreigliedrige Schulsystem in Nordrhein-Westfalen langfristig durch die Gesamtschule ersetzen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Lesen Sie doch unseren Antrag!)

Die Gemeinschaftsschule sei ein Schritt auf dem Weg zu einem vollständig integrativen System, sagte die Landesvorsitzende Hannelore Kraft am Dienstag in Düsseldorf. – Das heißt aber doch im Klartext, dass es sich um ein Experiment handelt: Zunächst führen Sie eine Schule ein, schließen andere Schulen, bauen groß und versuchen, eine Gemeinschaftsschule einzurichten. Im Anschluss daran sagen Sie: Das ist aber gar nicht mein Ziel.

Wir machen am Schluss die integrative Gesamtschule.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Es ist, wie ich gesagt habe: Das ist das älteste ideologische Modell, das bei Schulen überhaupt auf dem Markt ist. Das haben Sie mit Ihrer Aussage zugegeben!

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Reden Sie doch über etwas, was Sie gelesen und auch verstanden haben!)

Es mag ja sein, dass der eine oder andere, der in Ihrer Partei besonders weit gehen will, jetzt froh ist, dass Sie wenigstens klar gesagt haben, was Ihr Ziel ist. Aber die Eltern in Nordrhein-Westfalen wissen spätestens seit heute, dass am Samstag nichts anderes als eine große Show stattfinden wird. Es geht um etwas, was in Wahrheit gar nicht kommen soll. Das wird auf diesem Parteitag stattfinden.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Anmerkungen zur Westdeutschen Landesbank machen. Sie haben verfolgt, dass in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit vermehrt der Ruf laut geworden ist, die WestLB an die Landesbank Baden-Württemberg zu verkaufen. Sie haben auch mitbekommen, dass der Versuch gemacht wird, intensiv Druck mit der Begründung auszuüben, es gebe Zeitdruck.

Zuerst einmal sage ich: Die Landesregierung steht zu dieser Bank und ihren Mitarbeitern. Ich warne davor – das sage ich in allem Ernst –, auch in der jetzigen Situation, die WestLB schlechtzureden.

Die Sparkassenverbände haben das Land und die anderen Eigentümer in der vergangenen Woche über ihre Verhandlungen mit dem baden-württembergischen Sparkassenverband informiert. Die Bank ist aber nach allem, was mir der neue Vorstandschef und der Aufsichtsratsvorsitzende gesagt haben, trotz der zu erwartenden Verluste nicht in einer Schieflage. Die in dem Entwurf eines Memorandum of Understanding festgehaltenen Informationen – ich sage das sehr deutlich, damit es auch jeder weiß – sind für die Landesregierung nicht akzeptabel. Es besteht also keine gemeinsame Verhandlungsposition. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Sparkassenverbände diese Verhandlungen ohne Beteiligung der anderen Eigentümer geführt haben.

Man kann diesem Papier entnehmen – das ist anscheinend inzwischen auch bei den Sparkassenverbänden unstrittig –, dass der Grund für die Schwierigkeiten der WestLB darin liegt, dass sie kein funktionierendes Geschäftsmodell hat. Umso mehr haben wir mit Verwunderung gelesen, dass das bisherige Geschäftsmodell nach den Vorstellungen der Sparkassenverbände trotzdem bestehen bleiben soll. Der WestLB soll also im Unterschied zur LBBW auch in Zukunft der Einstieg in das Privatkundengeschäft verwehrt bleiben. Das heißt, das Grundproblem der WestLB wird durch diesen Vorschlag nicht gelöst.

(Horst Becker [GRÜNE]: Eine radikale Struktur durch die Hintertür!)

Hinzu kommt, dass das Konzept der Sparkassenverbände die Eigentümer viel Geld kosten wird, weil die anfallenden Restrukturierungskosten bezahlt werden müssen. Nach dem Papier ist klar, dass sie nicht von Baden-Württemberg bezahlt werden. Die zwangsläufige Folge ist ein massiver Arbeitsplatzabbau. Natürlich werden auch Standorte wie zum Beispiel Münster infrage gestellt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Jetzt ist die Katze aus dem Sack!)

Darüber hinaus wird der Finanzplatz Nordrhein-Westfalen massiv geschwächt. Das gilt nicht nur für die WestLB, sondern auch für die Düsseldorfer Börse, die durch den Eigentümerwechsel in den Einflussbereich der Konkurrenz in Stuttgart fallen würde.

Die Sparkassenverbände haben nur eine Lösung angeboten. Wir meinen, für erfolgreiche Verhandlungen braucht man Alternativen.

Die Landesregierung weiß, dass im Zuge der Konsolidierung der deutschen Bankenlandschaft generell über die Position der Landesbanken diskutiert wird. Sie ist bereit, ihren Beitrag zur Neuausrichtung des Bankensystems zu leisten. Wie in der Koalitionsvereinbarung festgehalten ist, wird die Landesregierung ihre Beteiligung an der WestLB – einen Verkauf eingeschlossen – bestmöglich nutzen, sodass die Interessen der Bank und des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen gewahrt bleiben. Das heißt aber konkret auch: Wir lassen uns nicht unter Druck setzen – weder bei einem Verkauf noch bei Verhandlungen.

Die Landesregierung ist sich mit dem Bundesfinanzminister einig, dass es unter vom Land Nordrhein-Westfalen zu bestimmenden Konditionen sinnvoll sein kann, eine Zusammenlegung mehrerer Landesbanken in einem großen Institut anzustreben. Entsprechend haben sich mehrere Län-

derregierungen bzw. Landesbanken bei uns gemeldet. Deshalb macht es jetzt keinen Sinn, überhastet einen Ausverkauf der WestLB zu betreiben.

Wir brauchen Klarheit über Aufgaben und Struktur dieser neuen nationalen Bank, wenn sie denn kommt. Letztlich muss geklärt werden, was im Interesse des Finanzplatzes Düsseldorf in Nordrhein-Westfalen verbleiben muss. Der Finanzminister führt weiterhin Gespräche mit nationalen und internationalen Banken und Investoren, die mündlich und schriftlich Interesse am Erwerb des Landesanteils geäußert haben.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist doch Zickzack und Chaos! Sie wissen nicht, was Sie wollen! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Meine Damen und Herren, die WestLB ist zurzeit in einer schwierigen Lage. Dazu haben Unfähigkeit und Überheblichkeit ebenso beigetragen wie das aktuelle wirtschaftliche Umfeld. In den nächsten Tagen wird sowohl der BaFin-Bericht vorgelegt als auch die endgültige Höhe der damit im Zusammenhang entstandenen Verluste bekannt gegeben.

Die Landesregierung hält es für richtig, dass über Umfang, Geschehen und Verantwortlichkeiten Rechenschaft abgelegt wird und auch die Verantwortlichen benannt werden. Es kann nicht sein, dass etwas unter den Teppich gekehrt wird und dass die öffentliche Hand, also die Bürger unseres Landes, den Schaden bezahlen sollen.

(Beifall von CDU und FDP – Horst Becker [GRÜNE]: Meinen Sie damit Herrn Gerlach?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einen Gedanken vortragen. Wir sind im Moment in einer guten wirtschaftlichen Lage. Das Land kommt weiter. Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen haben eine Vielzahl von Veränderungen in diesem Land angeschoben und Konzepte vorgelegt und sind dabei, sie umzusetzen.

Mir ist es sehr wichtig, dass wir anerkennen, dass die Menschen im Land in den letzten Jahren – das gilt übrigens nicht nur für die Jahre seit 2005 – enorme Leistungen erbracht haben und sich am Arbeitsplatz – egal, ob in der Wirtschaft oder in der Schule oder im öffentlichen Dienst – die Lage der Menschen in einer Art und Weise verändert hat, wie es wahrscheinlich in einem entsprechenden Zeitraum vorher noch nie der Fall war.

Es ist Unsinn, zu behaupten, in Deutschland habe sich zu wenig geändert. Ich meine, wir müssen stattdessen anerkennen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen vielfältige Einschränkungen

hingenommen haben, bei den Einkommen genauso wie bei der Arbeitsplatzsicherheit. Sie haben sich auf immer flexiblere Arbeitsstrukturen eingestellt. Sie haben auf stärkere Lohnerhöhungen verzichtet, weil sie wussten, dass die Unternehmen wettbewerbsfähiger werden mussten. Die Tarifparteien – auch das ist mir wichtig zu sagen – haben das unterstützt und mit moderaten Lohnabschlüssen die Grundlage für den Aufschwung geschaffen, den wir zurzeit haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Und die Unternehmen haben hart gearbeitet, um sich im globalen Wettbewerb zu behaupten.

Ich finde, bei allem, was wir auch an unterschiedlichen Vorstellungen über die richtigen Wege in die Zukunft haben und was wir an Streit – das gehört zum Parlamentarismus – über die unterschiedlichen Konzepte haben: Wir dürfen nicht vergessen, dass den Menschen für diese große Veränderungsleistung ein ebenso großer Dank gebührt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sollten stolz auf das sein, was in diesem Land jeden Tag geleistet wird. Nörgelei über das, was passiert, ist der falsche Weg, diese Leistung zu bewerten. Andere Länder schauen auf uns mit Bewunderung. Ich finde, wir müssen uns auch unserer Stärken noch bewusster werden.

Wir müssen außerdem darauf achten, dass alle vom Aufschwung profitieren. Ludwig Erhard hat nicht Wohlstand für wenige gefordert, sondern Wohlstand für alle. Die Landesregierung will, dass es den Menschen im Land noch besser geht. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit sind für uns deshalb auch zwei Seiten derselben Medaille. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Wir setzen die Debatte fort. Für die SPD-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Walsken das Wort. Bitte schön.

**Gisela Walsken (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Dr. Rüttgers, Ihre Performance heute ist schlecht.

(Beifall von der SPD)

Sie wirken unkonzentriert, nervös und fahrig. Sie strahlen nicht aus, dass Sie noch Führungswillen

haben und Ideen in diesem Land umsetzen wollen.

(Zustimmung von der SPD)

Sie zeigen das deutlich, indem Sie sich in Ihrer Rede zu zwei Dritteln mit der SPD auseinandersetzen. Wir danken Ihnen dafür, sagen allerdings: Das kann nicht die Aufgabe eines Ministerpräsidenten dieses Landes sein.

(Beifall von der SPD)

Deshalb werten wir Ihre reflexartigen Versuche, sich mit unserer Schulpolitik vor Beschlusslage auseinanderzusetzen, oder Ihre Versuche, an allen Stellen das, was an Ideen aus der Opposition kommt, niederzureden, als einen Versuch von jemandem, der agiert, ohne zu wissen, ob er bei den Menschen in diesem Land noch ankommt. Herr Dr. Rüttgers, Sie agieren, als hätten Sie schon verstanden, dass Sie offensichtlich in diesem Land zurzeit keine Mehrheit mehr haben.

(Beifall von der SPD)

Und, Herr Dr. Rüttgers, wenn man sich so intensiv mit der Opposition auseinandersetzt, ist es eigentlich ein Gebot des guten Stils, vielleicht ab und zu ... Herr Dr. Rüttgers! Herr Dr. Rüttgers!

(Zuruf von der SPD: Er hört gar nicht zu, es interessiert ihn überhaupt nicht!)

Herr Dr. Rüttgers, entschuldigen Sie, dass ich Sie störe. Aber ich würde Ihnen gerne im Namen der SPD-Fraktion den Hinweis geben: Wenn Sie sich schon mit uns auseinandersetzen, wäre es schön, wenn Sie uns während Ihrer Rede auch einmal anschauen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Aufregung innerhalb der Regierungsmannschaft ist groß.

(Lachen von der CDU)

Wir diskutieren nämlich heute über den vierten Haushalt der schwarz-gelben Landesregierung, und bis jetzt ist von dem, was Sie hier im Herbst 2005 angekündigt haben, nichts, aber auch gar nichts umgesetzt.

(Beifall von der SPD)

Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, es wird langsam Zeit. Sie haben nur noch zwei Würfe, bis diese Legislaturperiode zu Ende ist. Ihre großen Sätze wie „Jeder zusätzliche Steuer-Euro wird in den Schuldenabbau gesteckt“ oder „Die Landesregierung wird einen strikten Sparkurs fah-

ren“ oder „Wir werden den Personalabbau forcieren“ – all diese Sätze sind vergessen, wenn Sie in den heute vorgelegten Haushaltsplanentwurf hineinschauen.

(Beifall von der SPD)

Herr Dr. Linssen, längst vergessen sind aber auch die schönen Presseartikel vom „eisernen Helmut“, dem „starken Mann im Kabinett Rüttgers“. Herr Finanzminister, Sie sind mittlerweile geschwächt

(Ralf Jäger [SPD]: Das war er damals schon!)

durch unglückliches Agieren. Ich erinnere an die Auskunftsaﬀäre Maus. Ich erinnere an das Thema „Spekulationen um Steuergeschenke an Flick-Erben“. Ich erinnere an ein viel zu langes Festhalten am Vorstandsvorsitzenden Fischer und an ein chaotisches Auftreten in der Frage: Was machen wir in Zukunft mit dem Landesanteil an der Westdeutschen Landesbank? Es gibt in Ihrem Kabinett einen handfesten Richtungsstreit, Herr Ministerpräsident. Sie haben mit Ihrer heutigen Rede nicht für Klarheit gesorgt.

(Beifall von der SPD)

Diese Koalition hat mit ihrem internen Streit dafür gesorgt, dass die Bank nahezu täglich bundesweit in den Medien ist.

(Zuruf von der CDU: Boxclever!)

– Ja, hören Sie zu, Herr Kollege! – Zum Beispiel in der „FAZ“ vom 16.08.: „Eigentümer der WestLB im Streit“. „Süddeutsche Zeitung“ vom 16.08.: „Eigentümer der WestLB können sich nicht einigen“. Oder „Wohin geht der Kurs der WestLB?“ in der „Westfälischen Rundschau“ vom selben Tag.

Mit einem beispiellosen Chaos zulasten von knapp 6.000 Beschäftigten und der Werthaltigkeit der Bank führen Sie der Öffentlichkeit vor, dass Sie keinen Plan für Ihre strategisch wichtigste Landesbeteiligung haben.

(Beifall von der SPD)

Herr Dr. Rüttgers, bis heute haben Sie es nicht geschafft, für Klarheit zu sorgen. Sie eiern herum zwischen „privat verschleiern“ und „vielleicht mit anderen Landesbanken zusammenarbeiten“.

Wir betonen heute: Es ist gefährlich, auf Zeit zu spielen. Es ist gefährlich, bis zum Ende des Monats, wenn die Bank ihre Halbjahresbilanz vorlegt, noch immer keine Klarheit über die Zukunft der Bank zu haben.

Herr Dr. Rüttgers, wir fordern Sie heute im Sinne unseres Beschlusses auf: Schaffen Sie endlich

Klarheit! Hauen Sie auf Ihren Kabinetttisch und setzen Sie eine Richtung durch, möglichst zugunsten der Westdeutschen Landesbank AG!

(Beifall von der SPD)

Es liegt in Ihrer Verantwortung für 6.000 Menschen und für den Finanzplatz, hier endlich zu sagen, was Sie wollen. Bekennen Sie sich zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bank! Sichern Sie die Standorte Düsseldorf und Münster sowie den Finanzplatz NRW, indem Sie hier ein klares Bekenntnis zugunsten einer öffentlich-rechtlichen Lösung abgeben!

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, nun zum Landeshaushalt. Er folgt drei Kriterien. Das erste Kriterium heißt „Konsumieren statt konsolidieren“. Das ist – entgegen allen Ankündigungen – seit dem Regierungsantritt hier offensichtlich das Credo. Alle anderen blumigen Ankündigungen, die 2005 gemacht wurden, sind längst vom Tisch.

Dazu kommt der vermeintliche Schuldenabbau. Die Schulden haben mit 5,3 Milliarden € zu Beginn dieser Legislaturperiode den höchsten Stand in diesem Land erreicht. 5,3 Milliarden € – das war, bei der Einbringung des Haushalts 2005, der höchste Schuldenstand. Meine Damen und Herren, wer hier noch von Schuldenabbau redet, ist einfach nicht redlich.

(Beifall von der SPD)

Das dritte Thema ist die Entwicklung der Steuereinnahmen. Sie haben bis zum heutigen Tag – seitdem Sie regieren – 8 Milliarden € mehr in der Kasse, weil die Bürgerinnen und Bürger in diesem Bundesland und die Unternehmen eine Menge Steuern gezahlt haben. Ohne Ihr Zutun 8 Milliarden € mehr! Und doch haben Sie es geschafft, das ganze Land gegen sich aufzubringen. Sie haben es zusätzlich geschafft, dass Nordrhein-Westfalen im Länderverbund nur noch am Rand eines finanzstarken Landes rangiert.

Ihre Ausgaben steigen Jahr für Jahr an. 2007 waren es 1,9 Milliarden €. Nun sind es wieder 750 Millionen €. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: So sieht kein Sparhaushalt aus.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir einmal zu den Steuermehreinnahmen von 8 Milliarden € das addieren, was Sie zusätzlich ausgegeben haben, stellen wir fest, dass Sie fast 10 Milliarden € mehr in der Kasse hatten, um politisch zu agieren. Und was haben Sie daraus gemacht? Sie haben weder den Haushalt ausge-

glichen noch haben Sie das ganze Geld, wie versprochen, in den Schuldenabbau gesteckt.

Deshalb finde ich es hochinteressant, dass heute der Wirtschaftsexperte des RWI, Herr Kambeck, im „Kölner Stadt-Anzeiger“ sagt – ich darf das zitieren, Herr Präsident –:

„Angesichts der doch sehr guten Einnahmesituation könnte das Tempo bei der Konsolidierung der Landesfinanzen aber erhöht werden.“

Meine Damen und Herren, genauso sehen wir es auch. Aus unserer Sicht ist das ein Armutszeugnis angesichts der Ankündigungen des Finanzministers aus dem Jahr 2005. Damals hieß es: „Ich stecke jeden Euro in den Schuldenabbau.“

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, 10 Milliarden € mehr Spielraum für politische Arbeit in diesem Land aufgrund von mehr Steuern! Fragen Sie doch einmal die Menschen, was sie glauben, was aus diesem enormen Potenzial in den letzten zweieinhalb Jahren geworden ist. Auch mit diesem Haushalt ist wieder eine Chance vertan.

Sie stehen in der Halbzeit Ihrer Regierungszeit vor sehr schwierigen Problemen. Sie haben das Vertrauen in die Gewerkschaften verloren. Sie wissen, dass viele Arbeitnehmer/-innen skeptisch sind, was Sie mit ihnen machen. Sie wissen, dass ehemalige Bündnispartner, zum Beispiel der Beamtenbund, unglaublich enttäuscht von Ihnen sind.

Herr Wendt als Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft schreibt Ihnen ins Stammbuch – ich darf noch einmal zitieren, diesmal die „Westdeutsche Allgemeine“ vom 18. August –:

„Wenn die Landesregierung glaubt, sie könne in Nordrhein-Westfalen gegen die Gewerkschaften und den öffentlichen Dienst regieren und dann auch noch Wahlen gewinnen, ist sie mächtig auf dem Holzweg.“

Meine Damen und Herren, genau so sehen wir das auch.

(Beifall von der SPD)

Herr Finanzminister, Herr Dr. Rüttgers, mit diesem Haushalt hätten Sie die Chance gehabt, in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen den Haushalt zu sanieren, Schulden abzubauen und ein politisches Zukunftskonzept vorzulegen. Diese Chance haben Sie vertan. Dieser Haushalt folgt dem Motto: konsumieren statt konsolidieren. Es ist ein Haushalt der Koalition der Enttäuschung und ein Haushalt der vergebenen Chancen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Für die CDU-Fraktion erhält jetzt der Herr Abgeordnete Wüst das Wort.

**Hendrik Wüst (CDU):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Walsken, ich habe die ganze Zeit gedacht: Irgendwann muss doch noch was kommen! – Sie haben nicht einmal den Versuch gemacht, den Widerspruch aufzulösen zwischen den Protesten auf der einen Seite, die Sie teilweise mit angezettelt haben und mit anzetteln, dass überall zu wenig des Guten passiert oder überall gespart wird, und dem Vorwurf auf der anderen Seite, wir würden nicht sparen, wir würden soundso viele Milliarden Euro mehr ausgeben. Legen Sie die Nettoneuverschuldung Ihrer letzten Haushalte neben die von Ihnen beschriebene Nettoneuverschuldung unserer vier Haushalte, dann werden Sie sehen: Wir sind mit Ihrem Vermächtnis von 6 Milliarden € Nettoneuverschuldung drangekommen; heute sind es 2 Milliarden €. Das sind veritable Zahlen, mit denen man arbeiten kann.

(Gisela Walsken [SPD]: Vorsichtig!)

Zum Thema WestLB stelle ich mir die Frage, ob Klein-Gisela als Kind keinen Kaufmannsladen gehabt hat.

(Zuruf von der SPD: Sie auch nicht!)

– Oh, ich hatte einen, und zwar einen schönen.

(Gisela Walsken [SPD]: Nur er spielt heute noch damit!)

– Sie hatten offensichtlich keinen Kaufmannsladen. Sie agieren wie jemand, der einen Kunden in den Laden lässt, die Tür verriegelt und verrammelt und dann den Kunden fragt: Was möchtest du denn gern bezahlen? Such dir was Schönes aus! – So agieren Sie in der Sache WestLB.

(Gisela Walsken [SPD]: Was ist denn Ihr Vorschlag? – Weitere Zurufe von der SPD)

Es geht hier um einen enormen Vermögenswert unseres Landes. Das Wichtigste ist, damit und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier in Düsseldorf und anderswo verantwortungsvoll umzugehen. Erklären Sie das einmal Ihrem Unterbezirkvorsitzenden, wenn der in die nächste Kommunalwahl zieht – das kann er sich eigentlich sparen; Erwin tritt ja wieder an –

(Gisela Walsken [SPD]: Ich bin nicht aus Düsseldorf!)

und dann zu hören bekommt: Weil ihr das Ding verramschen wolltet, sind jetzt die Stellen bei der WestLB weg.

(Gisela Walsken [SPD]: Was ist denn Ihr Vorschlag?)

Das ist jedenfalls nicht das, was wir unter verantwortungsvoller Politik verstehen.

Meine Damen, meine Herren, ich habe heute Morgen im Aufzug, als ich aus der Tiefgarage hochgefahren bin, einen Kollegen von Ihnen getroffen; den Namen will ich jetzt nicht nennen, den armen Kerl will ich nicht reinreißen. Und mit meinem jugendlichem Optimismus und meiner guten Laune habe ich gesagt: Mensch, schön, die Sommerpause ist vorbei. Endlich wieder Plenum! – Da sagt der mit langem Gesicht: Ja, es gibt ja Schmerzensgeld. – Offensichtlich ist das die wahre interne Stimmung bei den Sozialdemokraten, dass man für solche Tage hier Schmerzensgeld bekommen muss.

(Gisela Walsken [SPD]: Schauen Sie sich einmal Ihre leeren Reihen an! Das zur Stimmung!)

Wir haben längst durchschaut – und wahrscheinlich Sie intern auch –, dass das Muster bei Ihrer Vorsitzenden Frau Kraft mittlerweile immer das Gleiche ist: Mit viel Getöse wird als Tiger gestartet und am Ende unsanft als Bettvorleger gelandet.

(Gisela Walsken [SPD]: Wie viele Kollegen von Ihnen sitzen denn da?)

Bei der Steinkohle wird davon geredet, es gäbe einen Sockelbergbau. Wieder wird den Bergleuten Sand in die Augen gestreut. Frau Kraft hat am 1. Februar hier im Landtag noch gesagt, Kohle sei Zukunft, nicht Vergangenheit. Ich glaube, sie hat das verwechselt. Sie, Frau Kraft, und auch Sie, Frau Walsken, sind Vergangenheit, und wir machen Zukunft.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau! Und Sie sind die Zukunft! – Ewald Groth [GRÜNE]: Das sieht Herr Möbius genauso!)

Im Parteimagazin schreibt Frau Kraft:

„Klar ist nach dem Kohlekompromiss auch: Das Land muss den Strukturwandel im Revier allein bewältigen. Strukturhilfe des Bundes wird es nicht geben, und das sei das Verhandlungsergebnis von Jürgen Rüttgers.“

Wir haben ein gutes Verhandlungsergebnis von Jürgen Rüttgers; denn Fakt ist, wir haben alles geschafft, was wir uns als Ziel vorgenommen haben: Wir haben den sozialverträglichen Ausstieg für das Land schon 2014 geschafft,

(Martin Börschel [SPD]: Nur fünf oder sechs CDU-Kollegen sitzen im Saal!)

wir haben den Börsengang ermöglicht, und wir haben ein Einsparvolumen, von dem wir heute wissen, dass es anderthalb Milliarden Euro umfasst. Das ist Geld für Bildung, für Wissenschaft, für Forschung, für Zukunft. Das ist mehr wert als jedes Förderprogramm, nach dem Sie lechzen. Da ist wieder getönt worden, und am Ende haben Sie nichts und wir alles für die Menschen in unserem Land und in den betroffenen Revieren erreicht.

Zweites Beispiel dafür, dass Sie mit großem Getöse gestartet und als Bettvorleger gelandet sind, ist die Unternehmenssteuerreform. Im Parteirat gab es noch großes Getöse von Frau Kraft, die NRW-SPD würde nicht lockerlassen, bis eine Nettoentlastung weg sei. Heute ist das Ergebnis da: mindestens 5 Milliarden € netto Entlastung bei der Unternehmenssteuerreform. Dafür steht die Koalition in Berlin. Und für Nettoentlastung stehen wir. Und Sie stehen für immer mehr Steuern und immer mehr Staat. Herr Steinbrück hat Ihnen das dann irgendwann erklärt. Seit Frau Kraft das wohl zähneknirschend akzeptieren musste, ist Senderpause bei dem Thema und entgegen all den lauten Ankündigungen nichts mehr zu hören.

Nächstes Thema, wo Sie als Bettvorleger gelandet sind und sich vorher mit großem Getöse aufgemacht haben, ist der Aufbau Ost. Das war eine klassische Bruchlandung. Erst wurde das Thema bei Sabine Christiansen – immerhin da! – populistisch hochgezogen, und da wurde infrage gestellt, dass der Solidarpakt, wie vertraglich und gesetzlich vereinbart, noch bis 2019 laufen könne.

Der Nächste, der sich Frau Kraft zur Brust genommen hat, war Herr Tiefensee, der ihr die Lektion erteilt hat, dass das – ich zitiere wörtlich – „eine gefährliche Zündelei“ und „Profilierung“ mit einer „neuen Neiddebatte“ zwischen Ost und West sei.

Noch schöner Iris Gleicke, SPD-Bundestagsabgeordnete und Sprecherin der Gruppe der ostdeutschen MdB: Ihr „spielt“ – ich zitiere – „den Osten gegen den Westen“ aus. Sie wirft vor, dass in der Diskussion „Fakten“ – ich zitiere wieder – „eine definitiv untergeordnete Rolle spielen“. Sie wirft Frau Kraft Profilierung und – ich zitiere wörtlich – „dumppbackige Stimmungsmache“ vor. Das hat man von Parteifreunden selten gehört!

(Beifall von der CDU)

Schrill, laut und immer drauf und dran, sich mit jedem möglichen Thema zu profilieren. Am Ende ist



daraus nichts geworden. Sie schrecken selbst davor nicht zurück, sich gegen die Folgen der Wiedervereinigung zu stellen. Dann macht es am Ende sogar auch inneren Sinn, sich mit der Nachfolgepartei der SED/PDS zusammenzutun. Der rot-rote Flirt ist in Wahrheit Ausdruck Ihrer Schwäche. Auf den Fluren bei den Journalisten geistert die Zahl von vier SPD-Abgeordneten herum, die drauf und dran seien, sich Herrn Sagel – vielleicht nicht ihm, aber jedenfalls der Linkspartei – anzuschließen.

Sie trauen sich offensichtlich nicht mehr zu, Ihren Laden zusammenzuhalten,

(Lachen von Bodo Wißen [SPD])

ohne gleichzeitig mit großer Pose mit Herrn Zimmermann in der „Welt am Sonntag“ zu kuscheln.

(Bodo Wißen [SPD]: Kümmern Sie sich doch mal um Ihren Laden! Der fliegt gerade auseinander!)

Ich glaube, dass Sie mittlerweile aufgegeben haben, eine eigene Machtopion mit Ihrem alten Koalitionspartner zu kriegen. Da liegt Ihr Hauptproblem.

(Zuruf von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

– Hans-Theo, wir sind doch per Du. Sag' ruhig „Hendrik“. Macht nichts! – Wollen Sie uns etwa in einem Schattenkabinett demnächst Herrn Sagel als stellvertretenden Ministerpräsidenten präsentieren? Ich lach' mich kaputt.

(Beifall von der CDU)

Sie sollten sich mal ein Beispiel an Frau Ypsilanti nehmen, die wahrlich keine ganz Große in ihrer Partei ist, die aber jedenfalls den Mut hat, sich von der Linkspartei, der SED-Nachfolgepartei, abzustoßen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Aber selbst die kleinen Schuhe von Frau Ypsilanti sind Ihnen zu groß, ganz zu schweigen von denen von Clement oder Steinbrück. Ich zitiere Wolfgang Clement:

„Ein Zusammengehen mit der Linkspartei schließe ich völlig aus. Es ist für mich undenkbar, mit einer Truppe zusammenzuarbeiten, die ich als postkommunistisch verstehe und die zudem noch Oskar Lafontaine als Gallionsfigur vor sich herträgt.“

„Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 22. Juli 2005.

Peer Steinbrück in der „Zeit“ vom Mai dieses Jahres:

„Aber die Vorstellung, die SPD könne durch mehr Offerten an die Linkspartei Wähler gewinnen, ohne in der Mitte der Gesellschaft weitaus mehr Stimmen zu verlieren, ist abenteuerlich.“

Hannelore allein zu Haus!

(Martin Börschel [SPD]: Das sagt Herr Wüst als Generalsekretär!)

Das wird noch bestätigt durch das, was die zukünftige Bundesschatzmeisterin Barbara Hendricks dazu sagt:

„Wenn man über rot-rot-grüne Koalitionen spekuliert, wertet das nur die sogenannte Linke auf.“

„Sogenannte Linke“ ist jetzt offensichtlich die offizielle Sprachregelung der SPD im Bund. Da machen Sie ja wohl nicht mit. Frau Hendricks weiter:

„Daran will ich mich nicht beteiligen.“

In der „Rheinischen Post“ am 11. August:

„Wir als Sozialdemokraten haben die Aufgabe, die Linke nicht noch irgendwie interessant zu machen, sondern die Stimmen wieder zurückzuholen zu uns.“

Offensichtlich haben Sie dieses Projekt völlig aufgegeben. Ich kann Sie nur auffordern, Ihre Pflicht zu tun.

Herr Struck hat gestern in der Bundestagsfraktion ein ausführliches Papier unter dem Titel „Die Linken und das Geld“ vorgelegt, um deutlich zu machen, welche Scharlatane das sind. Sie allerdings geben den Konsens der Demokraten auf, weder mit Extremen von Links noch von Rechts gemeinsame Sache zu machen. Sie wollen sich Ihren Weg aus der Opposition, notfalls mit jeder Kraft – egal, wie extrem, egal, wie radikal – suchen.

Wir haben unsere Aufgabe: Rechts von uns darf es keine Kraft in den Parlamenten geben. Ihre Aufgabe, eure Aufgabe ist, das auf der Linken zu machen. Und Sie versagen kläglich. Statt sich mit denen auseinanderzusetzen, gibt es Anbiederung – offensichtlich wegen mangelnden Selbstbewusstseins, hier selbst noch etwas zu bewegen. Aufgrund Ihrer Bilanz, die ich Ihnen nicht noch einmal vortrage, ist das kein Wunder.

Jetzt versuchen Sie, beim Thema Einheitsschule, Gesamtschule, Koop-Schule – egal, wie das Ding am Ende heißt – den ersten Aufschlag zu machen mit einem vermeintlich neuen Konzept. Nach zwei Jahren Opposition der erste Versuch eines inhaltlichen Konzeptes in einem Politikbereich. Er entpuppt sich aber als alter Wein in neuen Schläu-

chen. Sie haben ständig die Verpackung gewechselt, der Inhalt ist immer der Gleiche.

Das, was Sie vorhaben, bedeutet gerade in den ländlichen Bereichen ein Schulsterben. Das, was Sie vorhaben, bedeutet beispielsweise. . .

(Bodo Wißen [SPD]: Das ist völliger Quatsch!)

– Wenn das alles Quatsch ist, dann legen Sie doch ein Gesetz vor!

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Dann legen Sie doch ein Gesetz vor und widerlegen uns! Sie bleiben ganz bewusst im Ungefähren und wollen damit suggerieren, es gäbe nur Vorteile. In Wahrheit gibt es nur Nachteile.

Allein in der Heimatstadt von Frau Kraft sind die Gymnasien zur Schließung freigegeben: Karl-Ziegler-Schule, Luisenschule, Otto-Pankok-Schule und die städtischen Gymnasien in Broich und Heißen.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Ob die Abgeordnete Kraft wohl noch ein einziges Mal Zeit hat für diese Schulen, um ihnen zu erklären, was demnächst aus ihnen wird, was aus den Schülerinnen und Schülern wird, was aus den Lehrern wird und wie die Eltern am Ende Verantwortung für ihre Kinder tragen können? Ich glaube, sie hat da gekniffen. Und Sie wollen weiter kneifen. Deswegen legen Sie keinen Gesetzentwurf vor.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Alles, was Sie planen, sind Schulfabriken mit über 1.000 Schülern. Sie stehen für die Schulfabriken. Wir stehen für individuelle Förderung und für wohnortnahe Schulversorgung, insbesondere im ländlichen Raum. So kann man es auf den Punkt bringen.

(Frank Sichau [SPD]: Falsch!)

Wir machen das Schulsystem fit, das Sie haben verkommen lassen. Sie haben Ihre Konzepte, die Sie jetzt wieder beschließen wollen, 39 Jahre lang nicht umgesetzt – wohl wissend, warum Sie das nicht getan haben: weil das jeweils im Chaos gendet hätte. Deswegen ist das alles Oppositionsklimbim. Sie glauben, jetzt die letzte Chance zu sehen, das gegliederte Schulsystem kaputtzumachen, in der Folge Ihrer maroden Schulpolitik die Hauptschule endgültig zu vernichten. Sie sehen jetzt, dass wir in den Ganztags Hauptschulen, die wir neu geschaffen haben, 5 % Schülerzuwachs erreicht haben. Ihre letzte Möglichkeit wird Ihnen

durch die Finger rinnen. Es gibt eine Renaissance der Hauptschule. Wir werden nicht zulassen, dass Sie weiter versuchen, die Hauptschule zu vernichten.

(Beifall von der CDU)

Wir kümmern uns um die Schulen, wir kümmern uns um die Kinder. Kümmern Sie sich ruhig weiter um Ihren Traum vom Systemumsturz! Sie werden ihn alleine träumen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wüst. – Für die FDP-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Freimuth das Wort.

(Hubertus Kramer [SPD]: Das war die schlimmste Rede des ganzen Tages!)

**Angela Freimuth (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Löhrmann hat vorhin unterstellt, mit technischen Geräten – dem kleinen Mann im Ohr – würden Einflüsterungen vorgenommen. Ich habe daran bei der Aussage der Kollegin Löhrmann und auch bei der Äußerung von Frau Walsken denken müssen, die einen Ministerpräsidenten schilderten, den ich jedenfalls so nicht erlebt habe.

Ich habe hier einen Ministerpräsidenten erlebt, der sympathisch sehr ernsthafte Gedanken vorgetragen hat zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und wie sie schon durch Ignoranz einmal Schaden genommen hat. Er hat dargelegt, wie wir als demokratische Kräfte in diesem Land – hoffentlich alle miteinander – verhindern wollen, dass sie noch einmal Schaden nimmt. Er hat konzeptionelle Vorstellungen vorgetragen, in welche Richtung wir Nordrhein-Westfalen lenken wollen. Er hat die Sorgen der Menschen in diesem Land aufgegriffen und begründet, wie in diesem Land Arbeitsplätze erhalten werden und neue Arbeitsplätze entstehen sollen und wie wir die bestmögliche Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen gewährleisten wollen. Er hat für mich und sicher auch für viele andere in diesem Land engagiert dargelegt, wie wir gemeinsam in Nordrhein-Westfalen für die Menschen in diesem Land die Probleme lösen wollen, wofür wir gemeinsam arbeiten. Ich will das an dieser Stelle mit dem Ergebnis zusammenfassen: anders als Kraft, mit Stärke.

Ich darf noch einmal an die Reden der Kolleginnen der Fraktion der SPD anknüpfen. Die Rede der Kollegin Kraft hat mich sehr nachdenklich

werden lassen. Wie wäre es wohl gewesen, wenn SPD und Grüne nach dem Jahr 2005 hätten weitermachen können, wenn es damals nicht die Zäsur und den Politikwechsel gegeben hätte. Wir würden dann in Nordrhein-Westfalen wahrscheinlich auch die nächsten 25 Jahre oder so lange, bis der Herrgott die Erkenntnis vom Himmel fallen lassen würde, den Steinkohleabbau mit Milliarden subventionieren. Stattdessen würden weiterhin keine Mittel für mehr Lehrer in diesem Land bereitgestellt, um eine bessere Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Wir hätten nicht die notwendigen Investitionen in die Sprachförderung. Es gäbe keine ausreichenden Initiativen für die Versorgung der Kinder mit Mittagessen. Schließlich würden wir uns bei der Betreuung der unter Dreijährigen immer noch auf dem Niveau des finstersten Betreuungsmittelalters bewegen.

Noch bemerkenswerter wird es, wenn dann gemahnt wird, wir müssten den Haushalt noch stärker konsolidieren. Keine Sorge, wir werden den Haushalt im Gegensatz zu Ihnen konsolidieren. Sie haben jahrelang nur davon gesprochen, aber keinen Beitrag in Richtung Haushaltskonsolidierung geleistet. Gleichzeitig wird von Ihnen aber immer noch für alles Mögliche gefordert: Mehr Geld! Mehr Geld! Mehr Geld! – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, so funktioniert Haushaltskonsolidierung nicht. Ich kann mir auch viele Bereiche vorstellen, wo wir weitere Mittel investieren könnten. Das gilt insbesondere für den Bereich Kinder und Jugend. Dort werden wir auch weitere Investitionen tätigen, wenn der Haushalt, den Sie in den Dreck gefahren haben, uns wieder Gestaltungsspielräume ermöglicht.

(Beifall von der CDU – Bodo Wißen [SPD]:  
160 Millionen € wollten Sie für den Straßenbau einsetzen!)

Die Kollegin Kraft hat vorhin die Sprachdefizite angesprochen, die bei den Lernstandserhebungen festgestellt wurden. Der Ministerpräsident hat schon völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Lernstandserhebungen in der Klasse 8 handelt. Wer hat denn in den Jahren, in denen diesen Jugendlichen insbesondere die Kernkompetenzen Lesen, Rechnen und Schreiben hätten vermittelt werden sollen – das geschieht doch im Grundschulbereich –, die politische Verantwortung getragen? Wollen Sie uns allen Ernstes für dumm verkaufen und erzählen, diese Defizite seien erst in den Klassen 7 und 8 eingetreten? Selbst von Ihnen hätte ich es nicht für möglich gehalten, dass Sie einen derartigen intellektuellen Tiefflug starten.

(Beifall von der CDU)

Um das klarzustellen: Die Mittel für die Sprachförderung sind von der FDP/CDU-Landtagsmehrheit verdoppelt worden. Sie sind da auf niedrigstem Niveau stehen geblieben. Wir haben Geld in die Hand genommen und investiert, weil wir die Defizite in diesem Bereich nicht länger ignorieren wollten. Es ist ein Verrat an Kindern und Jugendlichen, wenn wir Ihnen nicht die Möglichkeit eröffnen, Sprachdefizite abzubauen, um das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen zum Beispiel mit unterschiedlichen Migrationshintergründen zu ermöglichen.

Ich will noch eine letzte Bemerkung zu den Ausführungen der Kollegin Kraft machen: Ich finde es schon bemerkenswert, dass diese in ihrer Rede mit den Begriffen „Tricksereien“ und „parteitaktische Erwägungen“ argumentiert und die angeblichen Kosten – ich will mich jetzt nur auf den Haushaltsbereich konzentrieren – angeführt hat, die zum Beispiel bei Wahlterminen für zwei unabhängig voneinander zu betrachtende Wahlen anfallen würden.

Wir hatten in der vergangenen Woche – zu Recht unter öffentlicher Beobachtung – eine Diskussion über die Frage, ob die Parteien in Deutschland höhere Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten sollten. In dem Zusammenhang wird die designierte SPD-Bundesschatzmeisterin Barbara Hendricks mit dem Satz zitiert:

„Wenn die Bürger sich entscheiden, sich nicht als Mitglieder in Parteien zu engagieren, wird dies zumindest zum Teil durch öffentliche Mittel ausgeglichen werden müssen.“

Wer denkt, Demokratie könne durch solche Aussagen lebendiger und attraktiver werden, liegt falsch. Politische Parteien wirken laut Verfassungsauftrag an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Wir alle miteinander müssen bemüht sein, Menschen stärker als in der Vergangenheit dafür zu gewinnen – wir haben ja in der Tat eine rückläufige Tendenz zu beobachten –, sich an politischen Debatten, politischen Auseinandersetzungen und politischen Entscheidungsprozessen, wie sie eine Demokratie verlangt, zu beteiligen. Mit solchen Äußerungen und mit Vorwürfen, das seien Tricksereien, erhöht man die Attraktivität der parlamentarischen Demokratie aber nicht. Das geschieht vielmehr über den Wettstreit der Argumente. Ich muss bedauerlicherweise feststellen, dass die Wortbeiträge der Kolleginnen der Opposition in dieser Debatte diesen Kriterien bislang jedoch noch nicht Rechnung getragen haben. Aber ich weiß, dass es bei den

Kolleginnen und Kollegen hier im Hause auch besser geht. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir in den zukünftigen Debatten über den Konsolidierungskurs wieder an den Wettstreit der besseren Argumente anknüpfen können.

Jetzt möchte ich mich dem Aspekt des verlorenen Vertrauens zuwenden. Der Ministerpräsident hat eben auch schon angesprochen, wo wir möglicherweise Defizite bei der politischen Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern feststellen können. Sie werfen uns vor, dass wir nach der Landtagswahl das umgesetzt haben, was wir vor der Landtagswahl gesagt haben, womit wir angetreten sind. Da unterscheiden wir uns doch sehr wohltuend von der SPD. Zum Beispiel sind Sie vor der letzten Bundestagswahl mit großem Getöse hochgesprungen und haben gesagt: Mit uns keine Mehrwertsteuererhöhung! – Die CDU hat immerhin gesagt: Mit uns eine Mehrwertsteuererhöhung, aber nur eine kleine! – Hinterher haben Sie sich auf eine Mehrwertsteuererhöhung von drei Prozentpunkten geeinigt. Solche Maßnahmen erschüttern das Vertrauen in die Politik und die Parteien, weil nicht das gemacht wird, was vor der Wahl in Aussicht gestellt wurde.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben die Konsolidierung der Landesfinanzen mit dem Haushalt 2008 – auch wenn wir uns in einer Generaldebatte befinden, mögen Sie mir diesen kleinen Schlenker zum eigentlichen Thema Etat 2008 nachsehen – noch nicht abgeschlossen. Aber wir haben einen ganz wichtigen und wesentlichen Schritt auf dem Weg hin zur Konsolidierung des Landeshaushaltes getan: Wir haben die Nettokreditaufnahme deutlich auf 1,99 Milliarden € gesenkt. Wir sind wieder auf dem Niveau eines verfassungskonformen Haushaltes. Das war zu Ihrer Zeit seit Langem nicht mehr der Fall.

Zurzeit diskutieren wir noch darüber, ob wir unser Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt, 2010 oder vielleicht schon 2009 oder erst 2011 erreichen und wann wir tatsächlich Schulden wieder abbauen können. Das ist nämlich nach wie vor erklärtes Ziel der Fraktionen von CDU und FDP, die diese Landesregierung und ihren Etatentwurf stützen und tragen. Der Weg ist bekanntlich mühsam, weil Sie uns – das kann ich nur immer wieder deutlich machen – eine gehörige Erblast hinterlassen haben – Stichwort: 116 Milliarden € –, die nicht von heute auf morgen abzutragen ist. Alleine etwa 10 % des Landeshaushaltes verwenden wir für Zinszahlungen, Zinsen für Kredite, die in Ihrer Regierungszeit – unabhängig von konjunkturellen Schwächen oder konjunkturellen Stärken – Jahr

für Jahr angehäuft wurden. Da liegt der Fehler, da ist der Haken. Wir arbeiten daran, das zu ändern.

Meine Damen und Herren, angesprochen worden ist, Konsolidierung sei kein Selbstzweck. Das ist richtig. Mit jedem Euro, den wir für Tilgung ausgeben, machen wir langfristig mehr als einen Euro frei, den unsere Kinder zukünftig ausgeben können. So hat es der Ökonom Robert Freiherr von Weizsäcker – völlig zutreffend – zusammengefasst.

Ich denke an die Debatten der vergangenen Haushalte, in denen wir immer wieder darüber diskutiert haben, ob wir lediglich ein Einnahmen- oder ein Ausgabenproblem haben. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben natürlich ein Ausgabenproblem, und zwar immer dann, wenn wir mehr Geld ausgeben als wir einnehmen. 98 % unserer Ausgaben sind aufgrund dauerhafter rechtlicher Verpflichtungen ohnehin gebunden. Deswegen kann die Haushaltskonsolidierung nur mühsam, Schritt für Schritt vonstatten gehen und muss struktureller Art sein.

Die Zukunft unserer Kinder hat hierbei für die Fraktionen der FDP und CDU sowie die von ihr getragene Landesregierung hohe Priorität. 92 Millionen € mehr für die frühkindliche Bildung, 47 Millionen € zusätzlich für die offene Ganztagschule, 38 Millionen € mehr als im letzten Jahr für die Ersatzschulen. Aber es ist nicht nur mehr Geld, sondern das ist alles unterlegt mit inhaltlichen Konzeptionen, die auch eine qualitative Verbesserung bewirken.

Soziale Gerechtigkeit drückt sich dadurch aus, dass wir jedem Kind die Chance geben, einen Platz in der Gesellschaft zu finden und am allgemeinen Wohlstand teilzunehmen. Meine Damen und Herren, Bildung ist die Schlüsselqualifikation unserer Gesellschaft. Das haben wir an dieser Stelle immer wieder betont. Auch die frühkindliche Bildung ist dabei von enormer Bedeutung. Da gibt es in diesem Haus auch keinerlei Dissens. Investitionen in die frühkindliche Bildung haben andere Schulabschlüsse, andere Schullaufbahnen, andere Beiträge zur Produktivität unserer Gesellschaft und damit ein höheres Bruttoinlandsprodukt, niedrigere Arbeitslosigkeit, höhere Steuereinnahmen und dergleichen mehr zur Folge. Deswegen, meine Damen und Herren, ist jeder Cent, den wir im Landeshaushalt 2008 für Bildung ausgeben, gut investiertes Geld, auch wenn das nicht vom eigentlichen Investitionsbegriff umfasst wird.

Lassen Sie mich noch einige andere Aspekte, die etwas grundlegenderer Art sind, anführen.

Wir haben an verschiedenen Stellen eine demografische Veränderung unserer Gesellschaft zu beobachten. Der Einstieg in den Ganzttag und die Kinderbetreuung sind Maßnahmen, um dieser demografischen Veränderung zu entsprechen. Wenn wir nämlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für junge Männer und junge Frauen verbessern können, dann, meine Damen und Herren, haben wir auch die Chance erhöht, dass all unsere gut ausgebildeten Männer und Frauen, die dies wollen, dem Erwerbsleben zur Verfügung stehen und damit zur Wertschöpfung und schließlich auch zum Steueraufkommen beitragen können.

„Bildung“ ist ein zentraler Standortfaktor. Wir müssen gerade unter dem Aspekt der demografischen Veränderung unserer Gesellschaft mit neuen Antworten reagieren. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, dass hochqualifizierte Fachkräfte unser Land verlassen, sondern wir müssen wieder ein attraktiver Standort für hochqualifizierte Fachkräfte – auch aus anderen Ländern – werden. Deswegen, meine Damen und Herren, sind unsere Anstrengungen und Bemühungen darauf gerichtet, das Land Nordrhein-Westfalen mit einer attraktiven Innovations- und Forschungslandschaft bis zum Jahr 2015 zum Innovationsland Nummer 1 zu machen.

Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz haben wir die notwendigen Grundlagen geschaffen, um die Universitäten und Fachhochschulen national und international zurück an die Spitze zu bringen.

Außerdem wollen wir im Jahr 2008 – so sieht es auch der Entwurf der Landesregierung vor, 45,1 Millionen € für den Hochschulpakt und 20 Millionen € für die weitere Umsetzung der Exzellenzinitiative bereitstellen.

In Bezug auf diese für uns so wichtigen politischen Felder möchte ich hier Herrn Minister Dr. Pinkwart und Frau Ministerin Sommer herzlich dafür danken, dass sie gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihrer Ministerien, den vielen Lehrerinnen und Lehrern, Hochschulprofessoren und Mitarbeitern der Hochschulen daran arbeiten, diese ehrgeizigen Ziele auch zu erreichen. Ich bin sicher, dass wir das gemeinsam auch schaffen werden.

Meine Damen und Herren, auch mit dem Bürokratieabbau haben wir notwendige Weichen für eine Senkung der Kosten der Verwaltung und eine schlanke Verwaltung gestellt. Das ist auch ein entscheidender Standortfaktor für die Unternehmen und daher wichtig für den Erhalt und Ausbau des wirtschaftlichen Wohlstands in unserem Land.

Für diesen Bürokratieabbau darf ich an dieser Stelle unserem Innenminister ganz herzlich danken

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Landesverwaltung zu sprechen kommen. Wir – nicht nur CDU und FDP, sondern auch die Vorgängerregierung – haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, sowohl Angestellten als auch Beamten, in den vergangenen Jahren erhebliche Beiträge zur Konsolidierung des Landeshaushaltes abverlangt und tun das noch. Kurz vor der Sommerpause haben wir hier im Landtag ja noch darüber debattiert.

Ich bin froh, dass wir mit einer Erhöhung der Bezüge im Jahr 2008 – wobei ich das sicher nicht überbewerten will; von dem einen oder anderen wird es vielleicht nur als ein kleiner Schritt empfunden – immerhin wieder eine Teilhabe auch der Beamtinnen und Beamten an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung erreicht haben.

Dies möchte ich auch mit einem sehr klaren und deutlichen Wort des Dankes meiner Fraktion FDP für das Engagement aller Bediensteten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Umsetzung der Politik dieses Parlamentes und damit für die Lösung der Probleme der Menschen in unserem Land verbinden. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind uns wichtig, und wir ihr Engagement auch an. – Bei diesem Dank könnten Sie, sogar über alle Fraktionsgrenzen hinweg, durchaus einmal Zustimmung signalisieren.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Danke! Wenigstens meine eigene Fraktion folgt diesem Appell.

(Gisela Walsken [SPD]: Ihre Fraktion ist hier ja auch „gut“ vertreten!)

– Prozentual sind wir stärker vertreten als die SPD;

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Widerspruch von der SPD)

im Übrigen auch stärker als die SPD während Ihrer Rede, Frau Kollegin Walsken.

(Gisela Walsken [SPD]: Das glaube ich nicht!)

Lassen Sie mich noch einige Worte zum Thema Verschuldung verlieren, weil wir uns im Haushalts- und Finanzausschuss, in einer Arbeitsgruppe und in einer Anhörung schon intensiver mit den Verschuldungsregelungen beschäftigt haben und uns nach meiner Meinung auch über alle Frakti-

ongsgrenzen hinweg Gedanken darüber machen müssen, wie wir es für die Zukunft verhindern können, unsere Haushalte nochmals in eine Sackgasse zu führen, aus der mit einer verantwortungsvollen Gestaltung nur schwer herauszukommen ist.

Wir haben im Augenblick das Glück, eine positive Einnahmeentwicklung zu verzeichnen. Positiv ist sie eigentlich nur deshalb, weil die Einnahmen höher ausfallen als prognostiziert. Ansonsten ist die Frage, ob die Steuerquellen sprudeln oder nicht, ja durchaus von beiden Seiten zu betrachten. Zumindest sind die Einnahmen aber höher als ursprünglich erwartet, und es besteht Aussicht auf eine weitere positive Entwicklung.

Trotzdem dürfen wir jetzt nicht anfangen, zu überlegen, wie wir die oberhalb der ursprünglichen Prognosen liegenden zusätzlichen Steuereinnahmen möglichst wieder egal für was ausgeben – quasi als ob uns dieses Geld unter den Fingern juckte –, solange wir nur mit der Nettokreditaufnahme immer noch gerade so an der durch die Investitionen gesetzten Grenze entlangschrammen.

Meine Damen und Herren, genau dieser Denkfehler ist über viele Jahre und Jahrzehnte gemacht worden. Ich billige zu, dass daran auch keine politische Kraft unbeteiligt gewesen ist; es geht hier also keineswegs um eine Schuldzuweisung. Über Jahre und Jahrzehnte ist immer nur auf die Verfassungsmäßigkeit der Nettokreditaufnahme geschickt worden. Man hat aber nie gesagt: Wir nehmen es als Normalfall an, dass überhaupt keine Kredite aufgenommen werden, und nur das Geld ausgegeben wird, was man auch tatsächlich einnimmt.

An dieser Stelle gibt es unterschiedliche Konzepte. Unter anderem führen wir die Diskussion um die Aufnahme eines Verschuldungsverbotes in die Landesverfassung, möglicherweise auch in das Grundgesetz. Dass es die dazu erforderlichen politischen Mehrheiten geben wird, sehe ich im Augenblick leider noch nicht. Trotzdem möchte ich, dass wir diesen Gedanken weiter verfolgen.

Ich persönlich habe eine große Sympathie dafür, in unserer Verfassung ein Verschuldungsverbot zu verankern und nur eine Ausnahme zulassen: Wenn wir einen Kredit für eine Investition aufnehmen, muss diese Kreditaufnahme – genauso wie von jedem privaten Häuslebauer oder jedem, der eine Produktionsstätte errichten will – direkt mit einem Tilgungsplan unterlegt werden. Meine Damen und Herren, dieses Ziel müssen wir erreichen.

Die Frage des Investitionsbegriffs wird sich in diesem Zusammenhang ebenfalls noch einmal neu – und anders – stellen. Mit dem Investitionsbegriff, der im Augenblick bei der Berechnung zugrunde gelegt wird, werden wir meines Erachtens nicht weiterkommen. „Investition in Bildung und Ausbildung“ ist bei uns im politischen Raum ein geflügeltes Wort. Wir sprechen in diesem Zusammenhang immer von Investitionen. Aus meiner Sicht sind es auch Investitionen.

(Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Wir müssen dazu übergehen, dies auch – zumindest im Ansatz – beim Investitionsbegriff des Haushaltsrechts abzubilden.

(Frank Sichau [SPD]: Damit man mehr Schulden aufnehmen kann!)

– Nein, Herr Kollege Sichau, Sie haben – das ist genau der Punkt – es immer noch nicht verstanden. Es geht darum, dass wir grundsätzlich keine Schulden machen. Aber Investitionen müssen dennoch auch Investitionen genannt werden. Das ist genau das, was wir im politischen Raum tun. Es sind auch Investitionen. Sie sind genauso wichtig für den Standort Nordrhein-Westfalen, Bundesrepublik Deutschland und Europa wie ein vernünftiger Straßenbau, eine vernünftige Infrastruktur, eine Versorgung mit Krankenhäusern und vieles andere mehr. Wir müssen hier weiter denken, und trotzdem gekoppelt an ein Verschuldungsverbot. Dann kann man vielleicht nicht mehr so einfältig denken, wie das hier gerade leider zum Ausdruck gekommen ist.

Meine Damen und Herren, hierzu hat es auch Ausarbeitungen des Parlamentarischen Gutachterdienstes unseres Hauses gegeben. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

Ich freue mich auf die Diskussionen, die wir, um strukturelle Veränderungen in unserem Haushaltsrecht zu erreichen, und zwar auch in der Art, wie wir Haushalte beraten, zwingend führen müssen.

Wir müssen den Ressourcenverbrauch anders abbilden, als wir das bislang tun. Vielleicht können wir uns dann zukünftig solche Diskussionen wie beim Nachtragshaushalt 2007 zum Thema „Zuführung an den Pensionsfonds“ ersparen. Denn Pensionsverbindlichkeiten von morgen sind Verpflichtungen, die schon heute bestehen. Das sind inzidente Schulden, die das Land Nordrhein-Westfalen heute schon hat. Diese müssen wir klar und deutlich abbilden. Wir müssen heute Vorsorge für die Pensionsverbindlichkeiten treffen. Alles andere wäre dauerhaft nicht nur ein Beschum-

meln von uns selbst, sondern auch ein Beschummeln der Menschen in diesem Land. Das sollten wir tunlichst vermeiden. Wir sollten vielmehr der Wahrheit verpflichtet bleiben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält der Kollege Groth das Wort.

**Ewald Groth (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr lange Reden haben wir heute gehört.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Jetzt noch eine!)

– Ja, es kommt noch eine lange Rede hinzu, denn man muss Ihnen ja noch einiges ins Stammbuch schreiben. – Was ich heute bei all diesen langen Reden gelernt habe, ist eigentlich eine kurze Geschichte: Ich habe gelernt, dass die Länge der Fraktionssitzungen der CDU nicht auszureichen scheint, dass der Ministerpräsident es schafft, seine eigenen Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Fraktion eigentlich sein müssten – heute sind ja nur noch zwei vorhanden –, so einzunorden, dass sie ihm nicht hinterrücks in den Rücken springen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist eine Tatsache. Das habe ich heute gelernt. Als er über die Schulstruktur gesprochen hat, hat er nur Sie angeschaut. Er hat es nicht gewagt, der Opposition ins Auge zu blicken.

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht einmal!)

Er musste bei den Aussagen, die er gemacht hat, zusehen, dass ihm seine eigenen Leute aus dem ländlichen Raum nicht ins Kreuz springen. Er hat nämlich gesagt, die Schulen würden bei Umsetzung des neuen Konzeptes der Opposition geschlossen. – Das Gegenteil ist der Fall. Die Schulen werden mit Ihrem alten Konzept des dreiteiligen Schulwesens geschlossen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist eine Tatsache. Deshalb bekommen Sie auch keine Ruhe in die Fraktion.

Auch was KiBiz und andere Geschichten angeht, werden Sie keine Ruhe in die Fraktion bekommen.

Da muss man mit hypnotischem Blick schauen, dass niemand aus dem Ruder läuft. Das ist das, was ich bei den langen Reden beobachten konnte. Zuhören musste man Ihnen ja nicht, weil wir

die Verschleierungstaktik, die Sie anwenden, statistisch sehr schnell aushebeln können.

Wohnortnahe Schulversorgung gibt es nur mit dem neuen Konzept der Grünen. Sie haben für diese Frage eben kein Zukunftskonzept. Ich frage Sie: Was sagen denn die Eltern? Wo bleiben denn die Stellen? Wo bleibt die Verbesserung in der Schullandschaft? Fragen Sie doch einmal nach. Gehen Sie doch einmal herum. Es ist alles versprochen, aber bislang nichts eingehalten worden.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Schüler-Lehrer-Relation!)

Es ist beeindruckend, mit welcher Nibelungen-treue und mit welcher Ritualität die Regierungsfaktionen versuchen, jede Handlung der Regierung als glorreiches Husarenstück zu qualifizieren. Es ist aber mitnichten so, dass die Politik dieser Landesregierung, auch nicht die Finanzpolitik, Herr Finanzminister, zukunftsweisend ist. Dies hat schon unsere Fraktionsvorsitzende Frau Löhrmann herausgearbeitet. An einigen Stellen werde ich dies noch vertiefen.

Der Finanzminister rechnet für 2008 mit Steuereinnahmen von insgesamt mindestens 41,1 Milliarden €. Die Steuereinnahmen liegen damit fast 7,2 Milliarden € über denen des Jahres 2004. Hierzu kann man nur sagen: Helmut im Glück! Die Nettoneuverschuldung geht aber im gleichen Zeitraum nicht entsprechend um die 7,2 Milliarden € zurück, sondern nur um 4,7 Milliarden €. Alles, was Sie in dieser Hinsicht versprochen haben, Herr Finanzminister, halten Sie nicht ein.

Zusätzlich zu den 7,2 Milliarden € Steuermehreinnahmen, die Ihnen zufällig zufallen, weil die Konjunktur gut läuft und wir rot-grüne Strukturpolitik gemacht und Veränderungen in der Steuerpolitik durchgesetzt haben, sacken Sie strukturell jährlich fortlaufend fast 500 Millionen € auf Kosten der Kommunen ein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da wäre, um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen, die Verdopplung des Anteils der Kommunen an der Krankenhausfinanzierung von 20 auf 40 %, der Wegfall des kommunalen Anteils, Beteiligung an den Einnahmen der Grunderwerbsteuer, der Wegfall der Landesfinanzierung bei niedrigen Elternbeiträgen für Kindertagesstätten in den Kommunen, in denen die Eltern über ein geringes Einkommen verfügen.

Was haben Sie damals in der Opposition getönt, als Rot-Grün die 20%ige Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung eingeführt hat?! – Sie

haben getönt, das sei der Untergang des Abendlandes, und gesagt, das könne man nicht tun und das würden Sie rückgängig machen. Jetzt haben Sie es verdoppelt. Wir mussten es damals angesichts sinkender Steuereinnahmen tun. Das, was Sie jetzt tun, nämlich die Kommunen noch mehr beteiligen, noch mehr rasieren, tun Sie bei steigenden Steuereinnahmen. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das, was Sie tun, ist eine simulierte Konsolidierungspolitik. Das ist Raubrittertum, Land gegen Kommunen. Dies ist in Wahrheit keine Konsolidierung der Staatsfinanzen, sondern eine Verschärfung der kommunalen Finanzsituation gerade in strukturschwachen Kommunen. Das sind Taschenspielertricks zulasten der Eltern mit Kindern. Dies hat nichts mit seriöser Politik zu tun.

Die Lage des Landeshaushaltes könnte aber noch deutlich besser sein, Herr Finanzminister. Das wissen Sie auch. Hätte die CDU aus parteipolitischen Kalkül nicht jahrelang den dringend notwendigen Subventionsabbau vor allem bei der Eigenheimzulage blockiert, hätte Nordrhein-Westfalen bereits heute gut 330 Millionen € mehr im Säckel.

Allein NRW hat 1 Milliarde € aus Landesmitteln in diesen Bereich hineingesteckt. Das ist eine gigantische Subventionierung, die Sie mitgetragen und nicht beendet, sondern aufrechterhalten haben – eine gigantische Subventionierung der Eigentümer, wie wir alle wissen. Endlich kommen wir langsam von dieser dramatischen Fehlallokation herunter. Erst im Jahre 2014 wird das Land keine Zulagen mehr auszahlen müssen und steht dann auf der Habenseite mit 1 Milliarde € besser da als 2005. Ihr „Verdienst“ an diesem Subventionsabbau ist allerdings, Herr Finanzminister, dass er spät kommt und Sie ihn lange verhindert haben.

Aber, meine Damen und Herren, wie geht es – weil immer so ein rosiges Bild gezeichnet wird – jetzt eigentlich mit NRW weiter?

Die Schulden steigen trotz gigantischer Mehreinnahmen weiter an. Ende 2007 werden es gut 118 Milliarden € sein. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie Sie uns schon im Wahlkampf das Ende vom Abendland aufgrund der hohen Schulden von 110 Milliarden € vorgeworfen haben. Wo aber ist die versprochene Umkehr geblieben? – Sie können sie nicht herbeiführen, und Sie wollen es auch nicht. Ende nächsten Jahres wird der Schuldenberg auf 120 Milliarden € angewachsen sein. Allein aus Ihrer Regierungszeit resultieren jetzt schon zusätzliche Zinsausgaben in Höhe von

400 Millionen € jedes Jahr – Tendenz, Herr Finanzminister: steigend.

Ein Blick auf die nackten Zahlen belegt auch dies: NRW fällt wirtschaftlich zurück. Schwarz-Gelb versucht, den Menschen einen Aufschwung zu suggerieren. In Wahrheit geht es hinunter. Die Mittel für den originären Länderfinanzausgleich werden für 2008 noch auf 150 Millionen € beziffert. Im Jahre 2005 betrug der Aufwand hierfür immerhin noch 550 Millionen €, Herr Finanzminister.

Das Bruttoinlandsprodukt – eine zweite Zahl – ist in NRW im Jahre 2006 um 2,4 % gestiegen. Bundesweit waren es im Durchschnitt unter Einschluss der Ostländer 2,7 % – auch dort fallen wir zurück.

Schon diese beiden Hinweise belegen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den anderen Bundesländern deutlich positiver ausfällt als in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Ja, Herr Finanzminister, dass Sie das nicht gerne hören, kann ich gut verstehen. Natürlich kommt da Widerspruch, weil das Ihre Politik enttarnt. Sie versuchen, das schönzureden. Was tatsächlich passiert, ist: Es geht wirtschaftlich bergab, und die Schulden steigen weiter an. Es kann Ihnen natürlich nicht recht sein, wenn jemand einmal die Wahrheit sagt.

NRW zählt nur noch sehr knapp zu den Geberländern. Sollte sich diese Entwicklung der letzten Jahre fortsetzen, wäre NRW möglicherweise noch vor der Wahl 2010 – vielleicht schon im nächsten oder übernächsten Jahr – ein Nehmerland. NRW holt unter Schwarz-Gelb also nicht auf, sondern fällt zurück. In den jeweils ersten Monaten des I. und II. Quartals – Sie waren ja so nett, uns das mitzuteilen, Herr Linssen – waren wir bereits Nehmerland.

Meine Damen und Herren, welche Folgen aber hat diese Entwicklung? – Der sich gerne selbst als soliden und vorsichtigen Kaufmann bezeichnende Finanzminister muss schon sehr, sehr tief in seine Trickkiste greifen – das hat er auch getan –, um der staunenden Öffentlichkeit eine kontinuierlich sinkende Nettoneuverschuldung zu verkaufen, obwohl es diese gar nicht mehr gibt. Es gibt sie nicht mehr; das ist vorbei. Es gibt die Trendumkehr, und das ist statistisch auch zu belegen.

Im Nachtragshaushalt 2007 stellt der Finanzminister von zusätzlichen Steuereinnahmen etwa die Hälfte – also 680 Millionen € – in die Versorgungsrücklage ein. Allerdings dient diese Operati-



on nur vordergründig der Konsolidierung der Versorgungslasten. Um hier kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Dieser Schritt wird von uns Grünen trotz haushaltspolitischer Probleme begrüßt.

**(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)**

Aber was veranlasst den Minister denn dazu, gerade in dieser Situation diesen Schritt zu gehen? – Immerhin kostet diese Operation das Land jährlich mindestens 3 bis 4 Millionen €, da es sich um eine kreditfinanzierte Rücklage handelt. Er nimmt also auf der einen Seite Geld auf – sehr teuer – und steckt es auf der anderen Seite in eine Rücklage. Die wird natürlich schlechter verzinst als er für das, was er an Krediten aufgenommen hat, Zinsen zahlen muss. Es kostet uns also ca. 3 bis 4 Millionen € jedes Jahr.

Der Finanzminister muss dieses Geld vor den zunehmenden Begehrlichkeiten der Regierungsfractionen in Sicherheit bringen. Das ist einer der Gründe. Die zunehmende Nervosität, gerade der gelben Regierungsfraction, ist in diesem Punkt unübersehbar. Die erhofften Gelder für liberale Lieblingsprojekte wie den Innovationsfonds wollen nicht mehr so richtig fließen. Erlöse aus dem Verkauf der WestLB sind kaum noch zu erwarten – zumindest zurzeit nicht. Auch der skandalöse Verkauf der Wohnungsbestände wird die Finanzsituation des Landes nicht verbessern können. In so einer Situation werden Papke und Co. schon einmal zappelig und würden gerne auf andere Töpfe des Finanzministers zurückgreifen.

Es ist also eine teure, aber nachvollziehbare Reaktion des Finanzministers. Die 4 Millionen €, die er jedes Jahr aus der Landeskasse dafür zahlen muss, sind in Wahrheit Schmerzensgeld. Der Finanzminister trägt die Schmerzen gerne. Er rettet damit die 680 Millionen € vor den Begehrlichkeiten der FDP-Fraction.

Der zweite Grund dafür ist, dass er versuchen will, auch in 2008 noch eine positive Haushaltsentwicklung zu suggerieren. In den letzten beiden Jahren sank die Nettoneuverschuldung aufgrund immenser Steuermehreinnahmen, aber eben nicht, weil diese Regierung gespart hätte. Sie hat eben nicht gespart; sie hat einfach nur mehr eingenommen. Gespart haben Sie nur auf Kosten anderer, auf Kosten der Kommunen und durch kontinuierliches Brechen von Wahlkampfversprechen.

Das Anlegen der 680 Millionen € in diesem Sparstrumpf führt jetzt dazu, dass sich die Einnahmementwicklung nicht nur um 1,2 Milliarden €, sondern um 1,9 Milliarden € verbessert. Die Nettoneuverschuldung

2007 hätte ohne die Operation Versorgungsrücklage im Nachtragshaushalt nur etwa 1,66 Milliarden € betragen gegenüber den geplanten 1,99 Milliarden € für das Jahr 2008. Die Nettoneuverschuldung wäre 2008 also trotz erheblicher Mehreinnahmen – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – erstmals wieder um 20 % angestiegen.

Herr Minister, Ihre Nettoneuverschuldung steigt um 20 % an. Die Trendumkehr ist da. Wir sacken nicht nur wirtschaftlich ab, sondern auch die Nettoneuverschuldung steigt wieder um 20 % und sinkt nicht um 15 %. Das ist ein einfacher und sehr schnell zu durchschauender Taschenspielertrick, den Sie angewendet haben. Das, was Sie heute behauptet haben, Sie könnten die Nettoneuverschuldung auch im nächsten Jahr senken, ist eindeutig falsch. Sie steigt wieder an, und zwar um 20 %.

Das Kaufmannsimage, Herr Linssen, hat einen weiteren erheblichen Schaden erlitten. Zu Regieren ist nämlich etwas anderes, als nur im Wahlkampf allen alles zu versprechen, denn in der Regierung muss man diese Versprechen tatsächlich auch umsetzen können. Das schaffen Sie zurzeit nicht.

Meine Damen und Herren, hier hat die schwarze Regierung auf der ganzen Linie versagt und hat es allein der guten Konjunktur zu verdanken, dass es im Moment noch nicht so auffällt, wie die Statistik es schon ausweist.

Aber auch von der bundespolitischen Ebene hat sich NRW verabschiedet. Der Ministerpräsident ist mittlerweile als Robin Hood vollständig abgetaucht und mutiert zunehmend zum Sheriff von Nottingham.

Der Finanzminister hat gar nicht erst den Versuch unternommen, die berechtigten Interessen Nordrhein-Westfalens als größtes Bundesland überhaupt bundesweit zu vertreten. Es taucht nicht auf. In der bundesdeutschen Steuer- und Finanzpolitik spielt NRW nahezu keine Rolle mehr.

Im Rahmen der Föderalismuskommission II haben sich die Herren Linssen und Rüttgers bisher in keiner Weise inhaltlich eingebracht. Statt sich für mehr Finanzautonomie der Länder einzusetzen, schweigen Sie. Sie schweigen.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Wo bleiben Ihre Initiativen für eine eigenständigere und nachhaltigere Finanzpolitik der Länder, Herr Minister? Es reicht nicht, von der Regierungsbank aus einmal zwischenzurufen. Sie müssen sich auch bundespolitisch einbringen. Wo

sind Ihre Initiativen und Konzepte in diesem Bereich? Es reicht nicht, im Haushalts- und Finanzausschuss pflichtgemäß über die Lage im Bund zu unterrichten. Es reicht nicht.

Sie sollten endlich inhaltliche Vorstöße zum Beispiel für ein Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer starten. Sie könnten sich für eigene Gesetzgebungsrechte bei den Ländersteuern oder für mehr Freiräume im Länderfinanzausgleich als Anreiz für eine nachhaltige Haushaltspolitik der Länder einsetzen. Das alles tun Sie nicht.

Stattdessen wird, von der FDP angetrieben, in Regierungskreisen nur über ein Schuldenverbot diskutiert, das in dieser Form sowohl landes- als auch bundespolitisch chancenlos ist. In der Sache ist es sogar peinlich und auch lächerlich, da NRW trotz guter konjunktureller Lage weit von einer Null-Neuverschuldung entfernt ist. Da lachen ja die Hühner.

Wir haben Ihnen zumindest Vorschläge für eine Schuldenbremse gemacht. Ich fände es sehr anständig, wenn wir eine konsensfähige Lösung, die auch Nordrhein-Westfalen in Zukunft umsetzt und die die Haushaltspolitik hier nachhaltig beeinflusst, gemeinsam beschließen könnten. Unsere Vorschläge dazu liegen jedenfalls vor; Ihre, Herr Finanzminister, vermissen wir bislang.

Wenn wir in den Ländern mehr Verantwortung wollen – ich setze in diesem Haus voraus, dass wir für das Land mehr Verantwortung wollen –, dann müssen wir dieser auch gerecht werden. Wir wollen uns dieser Auseinandersetzung stellen und setzen darauf, dass die Föderalismuskommission II den Ländern klare und eindeutige Einnahmekompetenzen zuweist.

Wir befürchten allerdings, dass sich die Regierungsfractionen und der Finanzminister einer ganz konkreten Gerechtigkeitsdebatte in NRW über eine mögliche verfassungskonforme Ausgestaltung der Erbschaft- und der Vermögensteuer entziehen möchten. Sie möchten diese Diskussion nicht so gerne führen. Aber das wäre der Weg. Wir machen Ihnen Vorschläge dazu.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat vor der Wahl 2005 blühende Landschaften versprochen und ist jetzt in den Niederungen der Realpolitik gescheitert. Sie haben die Situation des Landes durch eigenes Zutun jedenfalls nicht verbessert, sondern Sie haben sie verschlechtert. Sie haben Wahlkampfversprechen gebrochen und sich auf dem Rücken der Kommunen und des Personals von Kosten entlastet. Einer stümperhaften Verwaltungsstrukturereform, die sogar vom

Landesrechnungshof zumindest im Bereich der Versorgungsverwaltung gerügt wird, folgen immer neue Pleiten, zuletzt bei den Versuchen, die WestLB zu verkaufen. Auch hier kein Konzept, das in die Zukunft weist!

Statt endlich das Thema Schulesen für alle Kinder mit den Beteiligten anzugehen und dafür die notwendigen Mittel im Haushalt bereitzustellen, werden die alten Schlachten des Schulklassenkampfes fortgeführt. Das wird uns in Nordrhein-Westfalen nicht voranbringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Haushaltspolitik ist weder modern noch besonders erfolgreich. Sie führt NRW zunehmend ins bundesweite Abseits. Das hat NRW nicht länger verdient. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Groth. – Als Nächster spricht der Abgeordnete Sagel.

**Rüdiger Sagel<sup>\*)</sup>** (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Gäste! Es ist für mich schon eine etwas ungewohnte Situation, hier als fraktionsloser Abgeordneter zu reden. Aber ich werde mich bemühen, einiges zur Debatte beizutragen. Das kann dem Parlament nur guttun. Zu dieser späten Stunde – fünfeinhalb Stunden dauert die Debatte schon – habe ich jetzt die Möglichkeit, das eine oder andere zu sagen.

Es war schon verwunderlich, was Herr Rüttgers heute zur Geschichte, insbesondere von SPD und Linken, vorgetragen hat. Ich war schon sehr verwundert darüber. Er hat hier ein äußerst verzerrtes Geschichtsbild gezeichnet. Die Angst vor der Linken, die noch gar nicht im Parlament ist und die sich auch noch gar nicht als Partei gegründet hat, scheint sehr groß zu sein. Es ist schon sehr interessant, wie man sich dazu aufseiten der Landesregierung äußert.

Ich bin es schon gewohnt. In der Vergangenheit haben wir Ähnliches erlebt. Bei den Grünen war es damals in der Gründungsphase nicht viel anders. Da hat man sich sehr despektierlich über sie geäußert.

Bei den Grünen möchte ich mich an dieser Stelle übrigens für das stachelige Signal an meinem Platz bedanken.

(Auf dem Platz von Rüdiger Sagel [fraktionslos] steht ein Kaktus. – Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist kein Geschenk!)

Ich verspreche, weiter stachelig zu bleiben. Ich hoffe, dass ich das auch bald an einem neuen Platz im Landtag tun kann. Im Moment ist das nur eine Übergangsphase.

Wenn ich schon einmal bei den Grünen bin: Es ist gut, dass sich die Fraktion nun auch meinem Antrag auf Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu dem Subventionskandal in Gelsenkirchen angeschlossen hat. Vielleicht gibt es im Landtag morgen eine Mehrheit für Transparenz und Aufklärung. Vielleicht gibt es sogar, wenn es zu einer Mehrheit kommen sollte, für mich die Möglichkeit, dort mitzuarbeiten. Das wäre sicherlich ein positives Signal.

Ansonsten möchte ich einiges zu dem sagen, was vonseiten der Koalitionsfraktionen vorgetragen worden ist.

Zur Forderung von Herrn Papke nach einem Mindestlohn – so darf man das wohl verstehen –: Ich fand es sehr ungewöhnlich, dass so etwas in diese Richtung von einem Neoliberalen geäußert wird. Ich frage mich allerdings nach der Brandrede, die Herr Papke vorhin gehalten hat, ob ich auch im Visier des Verfassungsschutzes stehe, denn nicht viel anders konnte man das verstehen, was er vorhin zum Besten gegeben hat.

Ich frage mich im Übrigen auch, was das für ein Demokratieverständnis in den Reihen der Koalition ist, wenn man hier die Kommunalwahl und die Bundestagswahl trennen und diese Wahlen manipulieren will. Denn es ist nichts anderes als Wahlmanipulation, was Sie hier mit dieser Trennung der Wahlen beabsichtigen. Außerdem hat sich neben anderen auch der Bund der Steuerzahler eindeutig geäußert, welche Mehrkosten das bedeuten würde, nämlich Mehrkosten in einer Größenordnung von 40 Millionen €.

Die Angst auf der rechten Seite hier scheint sehr groß zu sein, dass es tatsächlich zu einer Mehrheit jenseits von CDU und FDP kommt. Es ist schon sehr interessant, wie man sich angesichts der politischen Lage versucht aufzustellen, indem man, wie gesagt, offensichtlich bis zum letzten Mittel der Wahlmanipulation greifen will.

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

– Genauso ist das. Wenn Sie versuchen, einen Wahltermin, an dem tatsächlich eine hohe Wahlbeteiligung erreicht werden könnte, was immer eingefordert wird, zu verhindern, indem Wahlen auseinandergelagt werden, dann ist das eine kla-

re Wahlmanipulation. Das ist das, was Sie hier vorhaben. Das ist Ihr Demokratieverständnis in diesem Landtag.

(Zurufe von der CDU)

Kommen wir zum Landeshaushalt. Ich will zumindest noch einiges dazu sagen, obwohl heute eher eine Generaldebatte geführt wurde. Wie gesagt: Sie läuft schon fünfeinhalb Stunden. Ich möchte zumindest einiges zum Haushaltsentwurf 2008 sagen.

Die unsoziale Politik soll auch 2008 fortgesetzt werden. Schwarz-Gelb hat die Senkung der Nettoneuverschuldung mit Sicherheit nicht dem eigenen Handeln, sondern den immens steigenden Steuermehreinnahmen zu verdanken und natürlich auch dem Brechen von Wahlversprechen.

Trotzdem: Die Schulden steigen auf über 120 Milliarden € Ende nächsten Jahres. Das heißt: Man lastet sich weitere Schulden auf. Eine hohe Zinsschuld wird angehäuft. Sie wird ab dem nächsten Jahr über 5 Milliarden € jährlich betragen. Das ist die konkrete Konsolidierungspolitik, die man vonseiten der Regierungskoalitionen erlebt. Das ist die Politik, für die der Finanzminister in Nordrhein-Westfalen steht.

Dies geschieht, obwohl NRW nach wie vor zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa gehört. Doch man muss auch konstatieren, dass der wirtschaftliche Reichtum sehr ungleich verteilt ist. Er hat gerade in NRW auch Schattenseiten: Auf der einen Seite gibt es Großkonzerne mit Sitz in NRW wie RWE oder Bayer, die alljährlich Milliardengewinne erwirtschaften und Managergehälter in Millionenhöhe bezahlen. Auf der anderen Seite gibt es aber viele Leute, die hier unter ärmsten Bedingungen ihr Leben fristen.

Was macht die Koalition in Berlin jetzt? Sie senkt die Unternehmenssteuern weiter. Die Auswirkungen werden auch in Nordrhein-Westfalen zukünftig sichtbar werden. Das heißt, es gibt eine ganz klare Steuersenkungspolitik gerade für die, die sowieso schon die Milliardengewinne in Nordrhein-Westfalen erwirtschaften.

Der Armutsbericht hat auf der anderen Seite deutlich gemacht, dass die Kluft zwischen Arm und Reich dramatisch gestiegen ist. Zwei Drittel aller Vermögen in NRW liegen in der Hand von 20 % der Haushalte, von denen wiederum 5 % fast 30 % des Gesamtvermögens kontrollieren.

Wenn man sich zum Beispiel die Statistik der Bundesagentur für Arbeit anschaut, stellt man fest, dass mittlerweile 1,65 Millionen Menschen in Bedarfsgemeinschaften leben; das sind so viele

wie noch nie. Bezogen auf NRW bedeutet das: Seit der Einführung von Hartz IV im Januar 2005 kann eine Zunahme von fast genau 26 % festgestellt werden.

Besonders problematisch in diesem Zusammenhang und ein besonderer Skandal ist aus meiner Sicht, dass nicht nur Erwachsene ihr Leben unter diesen Bedingungen fristen müssen, sondern dass vor allem auch jedes fünfte Kind in Nordrhein-Westfalen arm ist. 207 € für Kinder und 2,42 € pro Tag für die Versorgung von Kindern mit Nahrungsmitteln machen sehr deutlich, wie die Situation ist.

Insgesamt leben gut 540.000 Kinder und Jugendliche in unserem Bundesland unterhalb der Armutsgrenze und werden unter sozial schlechtesten Bedingungen groß. Von einer Chancengleichheit für alle sind diese Menschen und das Land weit entfernt.

Im Übrigen gibt es nach wie vor mehr als 850.000 Arbeitslose; die Dunkelziffer ist deutlich höher. Aber auch viele, die in NRW Arbeit haben, erhalten für diese zum Teil härteste Arbeit keinen auskömmlichen Lohn, sondern müssen ergänzende Sozialhilfe beziehen.

654.000 Personen sind auf Sozialhilfe als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Der Anteil der armen Menschen in NRW ist von 12,5 % in den 90er-Jahren auf mittlerweile über 15 % gestiegen und liegt dabei noch über dem Bundesdurchschnitt. Auch das macht sehr deutlich, wie die soziale Situation in Nordrhein-Westfalen aussieht.

Eine große Anzahl von Menschen lebt tatsächlich unter der Armutsgrenze von 604 € im Monat. Chancengleichheit ist in Nordrhein-Westfalen also nach wie vor nicht gegeben, was man auch in vielen anderen Bereichen sieht: Sie haben Studiengebühren eingeführt. Auch das trifft besonders die jungen Erwachsenen, die keine reichen Elternhäuser haben. Das sind Ihre Sozialpolitik und Ihre Bildungspolitik, die Sie in Nordrhein-Westfalen machen.

(Zuruf von der CDU: Schwachsinn!)

Wir brauchen eine neue Haushalts- und Finanzpolitik für NRW. Wir brauchen eine Umverteilung der Lasten und ein solidarisches Steuersystem. Das Prinzip der Solidarität muss wieder in die Steuerpolitik des Landes NRW einziehen. Dazu bedarf es einer sozial gerechten ökologischen und nachhaltigen Finanzpolitik im Bund und in NRW.

Um den finanzpolitischen Rahmen zu vergrößern, muss vor allem die Einnahmeseite zur Sicherung

des Handlungsspielraums wieder ins Zentrum der politischen Debatte rücken. Das findet bei Ihrer Politik kaum Berücksichtigung.

Sie sparen – vor allem beim Sozial- und beim Umweltetat. Wenn man in Ihren Haushaltsentwurf 2008 schaut, sieht man, dass in diesen beiden Etats gekürzt worden ist. Alle anderen Haushaltsbereiche wurden aufgestockt. Sie machen weiter eine knallharte Klientelpolitik. Ich konnte zum Beispiel feststellen, dass der Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück mit 2,3 Millionen € weiter gefördert wird.

(Zuruf von der CDU: Sehr vernünftig!)

Das macht sehr deutlich, wie Sie Politik in NRW machen.

Wir brauchen eine Stabilisierung der Steuereinnahmen und eine Stärkung der öffentlichen Finanzen. Das ist nur durch die Einnahmeseite zu erreichen. In Berlin ist die CDU mit an der Regierung. Dort senken Sie die Unternehmenssteuern weiter. Das führt dazu, dass aufgrund der Steuerreform auf der einen Seite immer weniger Geld für die öffentliche Hand zur Verfügung steht und dass auf der anderen Seite die Einnahmen aus Lohnsteuer und aus Mehrwertsteuer, bei der Sie den Steuersatz um 3 % erhöht haben, zulasten der niedrigen Einkommen gehen. Das heißt: Hierdurch wird nach wie vor Geld bei den Leuten, die wenig Geld haben, abgezockt. Auf der anderen Seite entlasten Sie die Unternehmen, die sowieso schon Milliardengewinne machen.

Auch in anderen Bereichen ist die Schließung von Steuerschlupflöchern bei Ihnen kein Thema. Auch die Einstellung von Steuerprüfern – das halte ich Ihnen schon jahrelang vor – ist auch bei Ihnen kein Thema. Sie haben wieder kw-Stellen in Ihrem Haushalt, anstatt dafür zu sorgen, was Ihnen der Bund der Steuerzahler und die Deutsche Steuerwerkschaft empfehlen, nämlich mehr Steuerprüfungen durchzuführen, damit tatsächlich die Unternehmen, die Gewinne machen, auch die Steuern zahlen, zu denen sie verpflichtet sind. Aber diese Steuerprüfungen finden unter Ihrer Ägide nicht so statt, wie sie stattfinden müssten. Der Bund der Steuerzahler spricht zum Beispiel davon, dass dabei insgesamt ungefähr 20 Milliarden € verloren gehen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Die Lasten müssen die Kommunen tragen. In Münster habe ich von einem aktuellen Beispiel erfahren: 80 Millionen € Gewerbesteuererinnahmen brechen der Stadt Münster weg. Das ist darauf zurückzuführen, dass in Berlin Steuergesetze

geändert worden sind. Es gibt jetzt die Möglichkeit, bei großen Unternehmen und bei Aktiengesellschaften Verluste anders anzurechnen. Verluste von Unternehmen im Ausland oder an anderen Standorten können gegengerechnet werden. Das führt zum Beispiel in den Haushalten von Städten wie Münster dazu, dass im nächsten Jahr 2008 80 Millionen € – das ist ein riesiger Batzen – fehlen. Das wird in anderen Städten vielleicht nicht ähnlich dramatisch sein, aber doch zu heftigen Steuereinbrüchen führen.

Mit anderen Worten: Auch da richtet sich Ihre Steuer- und Finanzpolitik wieder gegen Bürgerinnen und Bürger, denn ganz klar ist: Wenn der Stadt 80 Millionen € fehlen, wird wieder der Sozialetat beschnitten und werden im Umwelt- und Ökologiebereich Projekte wieder nicht verwirklicht werden können. Das wird zulasten von Kindern und Jugendlichen gehen. Das ist Ihre reale Politik in Nordrhein-Westfalen.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorbei.

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Ich komme zum Ende. – Wir werden ja noch dazu kommen, einiges mehr sagen zu können, wenn der Haushalt in seinen Details betrachtet wird.

Zunächst einmal stelle ich nur fest: Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist völlig unsozial, ökologisch nicht nachhaltig und ungerecht gegenüber den nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürgern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Sagel. – Meine Damen und Herren, damit ist der erste Teil der Haushaltsberatungen beendet. Wir kommen zum zweiten Teil, der **Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes**.

Für die SPD-Fraktion gebe ich dem Abgeordneten Jäger das Wort.

**Ralf Jäger** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die diesjährige Beratung des GFG unterscheidet sich von der des letzten Jahres. Der Innenminister ist von Beginn an anwesend. Es freut mich ganz besonders, Herr Wolf, dass Sie die Beratungen vollständig mitverfolgen können.

Die Überschrift zu diesem GFG 2008 müsste eigentlich lauten: Gute Konjunktur, gute Zeiten für die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. – Das scheint aber, wenn man in die Tiefen dieses GFG und auf die Ausstattung, die Finanzkraft der Ge-

meinden Nordrhein-Westfalens schaut, keinesfalls der Fall zu sein. Zwar steigen die Schlüsselzuweisungen in diesem Jahr um 650 Millionen €, aber der Grund sind sprudelnde Steuerquellen, von denen die Gemeinden im Rahmen des Verbundsatzes, der bei 23 % bleibt – dort war er, dort ist er, und dort muss er auch bleiben –, partizipieren.

Um das direkt klar zu sagen: Es ist weder Ihr Aufschwung noch Ihr Verdienst, dass den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen etwas mehr Geld zufließt. Es ist der Not, der gesetzlichen Festlegung geschuldet, 23 % der großen Steuereinnahmen an die Gemeinden weiterzureichen.

Wenn man in die Tiefen des Gemeindefinanzierungsgesetzes einsteigt, zeigt sich aber eins: Sie setzen den Raubzug durch die Kassen, den Sie vorletztes Jahr begonnen haben, unverfroren fort, obwohl das Land über deutlich höhere Einnahmen verfügt.

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen: Der Innenminister hat bei seiner Einbringung darauf hingewiesen, dass 80 Millionen € mehr für die Bildungspauschale zur Verfügung stehen, die in dieses GFG neu eingeführt worden ist. Tatsächlich handelt es sich lediglich um eine Umschichtung innerhalb des Haushalts von der Investitionspauschale hin zu der neuen Bildungspauschale. Herr Wolf, nicht ein Euro frisches Geld fließt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist ein Taschenspielertrick, das ist „rechte Tasche – linke Tasche“, das ist verbales Marketing, und das ist diesem Parlament eigentlich unwürdig. Wofür, Herr Wolf, schlagen Sie sich eigentlich dabei auf die Brust?

Wenn wir weiter in die Tiefen dieses GFG hineingehen – immer unter dem Gesichtspunkt, dass die Steuerquellen in Nordrhein-Westfalen ohne eigenes Zutun kräftig sprudeln –, löst es zumindest Verwunderung aus, dass Sie an einem Budgetbewirtschaftungsinstrument festhalten, genannt Befrachtung, das die Flexibilität der Kommunen bei der Verfügung über gemeindliche Mittel stark eingrenzt. Ich frage Sie – auch Sie, Herr Lux –, wieso Sie angesichts der Finanzsituation des Landes diese Befrachtung, diese Einengung für die Gemeinden nicht aus dem GFG herausnehmen.

Ich will drei weitere Beispiele nennen: Die Erhöhung der Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung von 20 auf 40 % ist skandalös, vor allen Dingen deshalb, Herr Lux, weil Ihre Fraktion noch vor vier Jahren, als wir eine 20%ige Beteiligung eingeführt haben, angekündigt hat, dies rückgängig



zung der Umweltverwaltung und der Versorgungsverwaltung. Es wird in diesen Fällen nicht wie früher sein, dass man den Kommunen einfach nur die Aufgabe zuweist. Vielmehr muss die Erledigung dieser Aufgabe auch bezahlt werden. Es ist aber völlig klar, dass eine desolante Haushaltslage nicht binnen weniger Tage in Ordnung gebracht werden kann.

Die Botschaft lautet, dass die Kommunen 650 Millionen € mehr haben. Diese Botschaft haben auch die beiden Redner aus den Koalitionsfraktionen noch einmal deutlich gemacht. Damit sind die Tiefstände aus der rot-grünen Regierungszeit endlich beendet. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, mit welchen Tricks Sie arbeiten mussten, nämlich mit Kreditierungen und ähnlichen Dingen, um den Kommunen zum Scheine zu helfen. All diese Fehlentwicklungen mussten wir begradigen. Jetzt gibt es wieder ein klares Fahrwasser. Jetzt weiß man, was man hat. Herr Lux hat schon gesagt, dass Transparenz geboten ist. Mit der Verabschiedung des Haushalts können wir sagen, wie die Planungsgrundlage für das nächste Jahr aussieht. Das ist, glaube ich, das Wichtigste, was die Kollegen der Kommunen haben wollen: Planungssicherheit und Transparenz.

(Beifall von der FDP)

Bei der Beratung des GFG sind alle möglichen Nebenkriegsschauplätze angesprochen worden. Das reicht von den Kindergartenbeiträgen bis zu den Kommunalwahlen. Zum Schluss hat Herr Becker auch noch eine Querverbunddiskussion angezettelt. Ich weiß nicht, wie er an der Stelle auf das Erfordernis von Ideologie kommt. Wenn der Bundesfinanzhof ein Urteil über die Zulässigkeit des Querverbundes zu fällen hat, dann bedarf es einer steuerrechtlichen Expertise und keiner Ideologie. Es geht ausschließlich um die Frage der rechtlichen Bewertung. Das ist Ihnen fremd, Herr Becker; okay, das muss man hinnehmen. Wir wollen uns ausschließlich nach Recht und Gesetz verhalten.

In den letzten Jahren hat niemand von unserer Seite gefordert, dass der Querverbund beseitigt werden muss. Es geht lediglich um die Frage, ob dieser rechtlich weiterhin trägt. Solche Fragen muss man natürlich stellen dürfen, und zwar gerade deshalb, weil es darüber in der wissenschaftlichen Literatur seit Jahren Auseinandersetzungen gibt.

Einige Bemerkungen zum Sparkassengesetz und zur WestLB: Meine Damen und Herren, das, was die Landesregierung plant und was diskutiert wird, sind Regelungen, die beispielsweise in Rheinland-

Pfalz völlig unproblematisch längst in Kraft sind. Deswegen ist das Verhetzungspotenzial, was Sie hier vermuten, relativ gering.

Was die WestLB angeht, bin ich sehr dankbar für die Ausführungen des Ministerpräsidenten. Er hat heute sehr deutlich gemacht, dass wir keinen Ausverkauf der WestLB wollen, dass wir eine Politik mit Augenmaß betreiben, dass wir dabei den Standort im Auge haben und dass wir anders als Sie nicht nach der erstbesten Lösung schauen, sondern nach der besten Lösung insgesamt. Das ist das Ziel, meine Damen und Herren. Das ist auch und gerade im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WestLB. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Wolf. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind damit am Ende der ersten Lesung der Gesetzentwürfe der Landesregierung.

Wir kommen zur Abstimmung erstens über den **Haushaltsgesetzentwurf 2008 Drucksache 14/4600** und die **Finanzplanung 2007 Drucksache 14/4601**. Der Ältestenrat empfiehlt deren **Überweisung** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Wer ist für die Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zweitens haben wir über die Überweisung des Entwurfs des **Gemeindefinanzierungsgesetzes 2008 Drucksache 14/4602** abzustimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 2 **Bildung, Bildung, Bildung und nochmals Bildung**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4865

